

4405

Stenographisches Protokoll.

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Donnerstag, den 12. Oktober 1922.

Tagesordnung: Wahl von drei Mitgliedern und drei Ersahmännern in das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds.

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 4409).

Beschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. betreffend die Durchführung von Investitionen bei den Bundesmontanbetrieben (1226 der Beilagen [Seite 4409] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 4448]);
2. betreffend den weiteren Bestand der im Abbaugesetz eingesetzten paritätischen Kommission (1227 der Beilagen [Seite 4409] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 4448]);
3. betreffend die Mündelsicherheit der fünfprozentigen Hypothekenschuldverschreibungen des von der Wasserkraftwerke-N. G. in Wien aufzunehmenden Anlehens (II. Emission) im Nennbetrage von 6000 Millionen Kronen (1228 der Beilagen [Seite 4409] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß [Seite 4448]);

4. betreffend die am 4. Oktober l. J. in Genf unterzeichneten Protokolle Nr. I, II und III (1225 der Beilagen und zu 1225 der Beilagen [Seite 4409] — Antrag des Abgeordneten Miklas auf Einsetzung eines 26gliedrigen Sonderausschusses für die Beratung der Genfer Konvention [Seite 4448] — Annahme des Antrages [Seite 4448] — Wahl des Ausschusses [Seite 4448] — Zuweisung der Vorlage an diesen Ausschuß [Seite 4448]).

Erklärung

des Bundeskanzlers Dr. Seipel, betreffend den Abschluß des Garantieübereinkommens in Genf (Seite 4410) — Antrag des Abgeordneten Seber auf Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung [Seite 4413] — Redner: Abgeordneter Dr. Renner [Seite 4413], Bundesminister für Äußeres Dr. Grünberger [Seite 4423], die Abgeordneten Hauser [Seite 4423], Dr. Dinghofer [Seite 4426], Seitz [Seite 4432], Dr. Schönbauer [Seite 4437], Kunzhat [Seite 4442], Eiderich [Seite 4446] — Ablehnung des Antrages des Abgeordneten Dr. Renner [Seite 4447] — Annahme des Antrages der Abgeordneten Fink, Dr. Dinghofer und Genossen [Seite 4447]).

4406

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1922.

Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds.

Wahl der Abgeordneten Hölzl, Partik und Dr. Schürff zu Mitgliedern und der Abgeordneten Seidel, Birbaumer und Stradal zu Erzhmännern in diesem Kuratorium — Redner: Berichterstatter des Hauptausschusses Miklas (Seite 4447).

Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. 1222 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 4448);

2. 1219 und 1221 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 4448);

3. 1220 und 1223 der Beilagen an den Justizauschuß (Seite 4448);

4. 1224 der Beilagen an den Heeresauschuß (Seite 4448);

5. 1233 der Beilagen an den Finanz- und Budgetauschuß (Seite 4448).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. des Abgeordneten Dr. Hampel und Genossen, betreffend ein Gesetz über die Tanzlehranstalten (1229 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Pauly, Gleßin, Dr. Straßner und Genossen, betreffend eine Novellierung des § 21 des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1922 über die Ausschreibung einer inneren Bundesanleihe (Zwangsanleihegesetz) (1230 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Dr. Schmidt, Dr. Urfin, Dr. Zeidler und Genossen, betreffend die gesetzliche Regelung des Flächenmaßes und der Qualität des für den Handel bestimmten Oberleders (1231 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Rudel-Behnek, Stradal, Dr. Urfin und Genossen, betreffend Eincäumung von Nachtragskrediten für Zwecke der Jugendgerichtshilfe und der körperlichen Ertüchtigung der Jugend (1232 der Beilagen);
5. des Abgeordneten Dr. Hanusch und Genossen auf Verlängerung der Wirksamkeit des Abbaugesetzes (1233 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Morawitz, Hammerstorfer und Genossen auf ein Gitterbeamtengegesetz (1234 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die tschechische Heßpropaganda in Wien (Anhang I, 438/I);
2. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wollinger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Zulassung der von den Burgenländern gezeichneten Kriegsanleihen und betreffend deren Freigabe aus der bankmäßigen Verwahrung (Anhang I, 439/I);
3. des Abgeordneten Dr. Angerer und Genossen an den Bundesminister für Heereswesen und für Inneres, betreffend die Arbeiterwehren in Klagenfurt (Anhang I, 440/I);
4. der Abgeordneten Gruber, Birbaumer, Hofer, Kollmann und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Rückgabe von Grundstücken, die während des Krieges vom Militärärar angefordert wurden (Anhang I, 441/I);

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1922. 4407

5. der Abgeordneten Gruber, Birbaumer, Hofer, Kollmann und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Vergütung von Explosionschäden (Anhang I, 442/I);

6. des Abgeordneten Dr. Feidler und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend den an Frau Lippmann verübten Brillantendiebstahl (Anhang I, 443/I);

7. der Abgeordneten Zwanzger, Schlager, Viehhauser, Witternig und Genossen an den Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die weitere Beteiligung des Bundes am Gold- und Silberbergbau (Gewerkschaft Radhausberg) im Hohen Tauern (Anhang I, 444/I).

Zur Verteilung gelangen am 12. Oktober 1922:

die Regierungsvorlagen 1218, 1225, zu 1225 und 1226 der Beilagen;

die Anfragebeantwortung 194;

die Anträge 1219 bis 1224 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Dr. Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident
Dr. Dinghofer.

Schriftführer: **Bösch**, **Dr. Gimpl**.

Bundeskanzler: **Dr. Seipel**.

Vizekanzler und Leiter des Bundes-
ministeriums für Inneres und Unterricht:
Dr. Frank.

Bundesminister: **Dr. Grünberger** für
Äußeres, **Dr. Waber** für Justiz, **Daugoin** für
Heereswesen, **Ségur** für Finanzen, **Buchinger**
für Land- und Forstwirtschaft und Leiter des
Bundesministeriums für Volksernährung, **Kraft**
für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten,
Schmiz für soziale Verwaltung, **Dr. Döehnel**
für Verkehrswesen, **Dr. Schneider**, betraut mit
der Führung der Angelegenheiten des Unterrichtes
und des Kultus.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom
4. Oktober ist in der Kanzlei zur Einsicht für die
Abgeordneten aufgelegt, unbeanstandet geblieben
und gilt daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete Czernin hat sich
krank gemeldet.

Es sind Zuschriften eingelangt, in denen
die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung
angekündigt wird. Ich ersuche um Verlesung dieser
Zuschriften.

Schriftführer **Bösch** (liest):

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 4. August d. J. erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend die Durchführung
von Investitionen bei den Bundesmontan-
betrieben (1226 der Beilagen), mit dem Er-
suchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage
der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Be-
handlung zu unterziehen.“

Wien, 9. Oktober 1922.

Der Bundesminister:
E. Kraft.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 28. September 1922 erteilten
Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend den weiteren Bestand
der im Abbaugesetz eingesetzten paritätischen
Kommission (1227 der Beilagen), mit dem Er-
suchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage
der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Be-
handlung zu unterziehen.“

Wien, 12. Oktober 1922.

Der Bundesminister:
Schmiz.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des
Ministerrates vom 9. Oktober 1922 erteilten Er-
mächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines
Gesetzes, betreffend die Mündelsicherheit der
fünfprozentigen Hypothekarschuldverschrei-
bungen der von der Wasserkraftwerke-Aktien-
gesellschaft in Wien aufzunehmenden An-
leihe (II. Emission) im Nennbetrage von
6.000 Millionen Kronen (1228 der Beilagen),
mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf
als Vorlage der Bundesregierung der verfassungs-
mäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 12. Oktober 1922.

Der Bundesminister:
Ségur.“

„Das Bundeskanzleramt beehrt sich namens
der Bundesregierung in der Anlage die am
4. Oktober d. J. in Genf unterzeichneten
Protokolle Nr. I, II und III samt deutscher
Übersetzung (1225 und zu 1225 der Beilagen),
mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese in ihrem
Zusammenhange einen Staatsvertrag darstellenden
Protokolle ehestens der Beschlussfassung des National-
rates im Sinne des Artikels 50, Absatz 1, des
Bundesverfassungsgesetzes zuführen zu wollen.“

Wien, am 9. Oktober 1922.

Der Bundeskanzler:
Seipel.“

Präsident: Diese Vorlagen werden der
geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu-
geführt werden.

Vor Eingehen in die Tagesordnung hat sich zum Worte gemeldet der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel; ich erteile ihm das Wort. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Glöckel: Es lebe die unabhängige Republik Österreich! — Begeisterte dreimalige Hochrufe. — Abgeordneter Schneidmadl: Es lebe der Anschluß an Deutschland! — Stürmische dreimalige Hochrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Der Herr Bundeskanzler hat das Wort.

Bundeskanzler Dr. Seipel: Hohes Haus! Meine Frauen und Herren! Zum dritten Male in derselben Sache stehe ich heute vor Ihnen. Der gegenwärtigen Regierung ist es niemals vergönnt gewesen, nur die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu führen und dem hohen Haus die Erledigung der gewöhnlichen Vorlagen, wie sie das normale öffentliche Leben erfordert, zu empfehlen. Die gegenwärtige Regierung hat vom ersten Tag an, seit den sie im Amte ist, eine ganz besondere Aufgabe übernommen. Es war die Aufgabe in der schwersten Zeit für unser Volk und Land einen Ausweg aus der größten Gefahr und aus dem tiefsten Elend zu suchen.

Auf der Suche nach diesem Auswege bin ich auch nach Genf entsendet worden und ich habe dort dem Völkerbund eine Botschaft auszurichten gehabt von meinem Lande. Und nun bin ich zurückgekommen und ich bringe eine Botschaft des Völkerbundes an Österreich *(Beifall)*. Was sagt uns nun der Völkerbund? Der Völkerbund hat zunächst das Eine ausgesprochen: Österreich kann gerettet werden. Österreich ist sanierungsfähig.

Die Sachverständigen des Völkerbundes haben sich mit der Frage beschäftigt, ob die Pfänder, die wir für eine große Auslandsanleihe bieten können, ausreichen zum Zwecke der finanziellen Sicherstellung einer solchen Anleihe und sie haben festgestellt, daß wir genügend Pfänder bieten können; daß wir in finanzieller Beziehung nicht so gestellt sind, daß das Ausland nur Mißtrauen gegen uns haben müßte.

Der Völkerbund hat freilich zweitens auch noch ausgesprochen, daß Österreich in dem Zustande, in dem es nun ist, nicht saniert werden kann, ohne eine Hilfe durch Auslandskredite. Diese Feststellung hat für uns eine ganz besondere Bedeutung.

Es gab ja Zeiten, in denen alle Parteien dieses hohen Hauses auf dem Standpunkt standen, daß durch den Staatsvertrag von Saint-Germain ein Österreich geschaffen worden ist, daß wenigstens für die nächste Zeit nicht aufrecht, auch wirtschaftlich nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht

jene, die dieses Österreich geschaffen haben, das Ihrige dazu tun, um ihm über die schwersten Anfangszeiten hinwegzuhelfen. Indem der Völkerbund und die Sachverständigen des Völkerbundes sich dafür ausgesprochen haben, daß unsere Staatswirtschaft nicht saniert werden kann ohne eine solche Auslandshilfe, wie wir sie alle so oft begehrten, hat der Völkerbund unsere Stellungnahme dem Vertrag von Saint-Germain gegenüber bekräftigt. Das soll in dieser Stunde ausdrücklich festgestellt sein.

Der Völkerbund schickt Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Herren, drittens auch die Botschaft: die Auslandshilfe, die wir begehren, sie ist für uns zu haben, sie ist aber nur dann zu haben, wenn Österreich diese Auslandshilfe wirklich zur Sanierung seiner Wirtschaft verwenden will. Sollte man jedoch im Auslande den Eindruck gewinnen, daß wir neuerdings eine Kredithilfe nur zu dem Zwecke in Anspruch nehmen, um wieder über einige Zeit hinweg kommen zu können, vielleicht selbst von Anfang an den Zweifel im Herzen haben, ob uns auch eine solche neue und größere Auslandshilfe wirklich zur Sanierung unserer Wirtschaft helfen kann, dann ist für uns keine Auslandshilfe zu haben.

Das ist es, was der Völkerbund in Genf festgestellt hat und was er uns sagen läßt.

Aber es handelt sich für uns in unserer Lage nicht nur darum, was der Völkerbund sagt und welche Botschaft er uns sendet, wir mußten gleich in Genf eine andere Frage stellen. Es war die Frage: Was bietet uns der Völkerbund zu dem Zwecke, daß, was er uns sagen läßt, auch wirklich geschehen kann? Der Völkerbund bietet uns erstens eine politische Garantie der Mächte für den Fortbestand, die Aufrechterhaltung unseres Staates. Wir schätzen solche politische Garantien ja nicht als zu hoch ein. Erklärungen sind leicht abgegeben. Aber ich bitte das hohe Haus, in diesem Augenblick an manche bange Stunden zurückzudenken, die wir in den letzten Monaten durchgemacht haben, manche Stunden, die für andere in diesem hohen Hause, die weniger optimistisch zu sein pflegen als ich, noch mehr bange waren als für mich.

Es waren die Stunden, in denen viele den Zusammenbruch, zunächst den wirtschaftlichen und dann den sozialen schon für den nächsten oder übernächsten Tag erwartet haben. Es waren Stunden, in denen Gerüchte umgegangen sind, daß die Nachbarn nur darauf warten, Teile unseres Landes an sich zu reißen, oder daß einer oder der anderen der Mächte ein Mandat erteilt werden soll, um unser Land zu besetzen, um die Ordnung, die wir selbst nicht aufrechterhalten könnten, im Interesse des Friedens der Nachbarstaaten und der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Und es gab in diesen bangen Stunden natürlich auch Zweifel, ob wirklich nur die

Sorge darum, daß hier in Mitteleuropa die Ruhe und der Frieden nicht gestört werden, diese andern Mächte beeinflussen könnte, ob nicht irgendeine Begehrlichkeit ihrerseits dahinter steckt. Das hat nun der Völkerbund, die Großmächte und die zunächst interessierten Nachbarn dazu veranlaßt, uns neuerdings eine politische Garantie zu geben, vor den Augen der ganzen Welt, daß derartige Absichten nicht bestehen. Viele, die bisher unter Gerüchten, wie ich sie gekennzeichnet habe, gefürchtet und ge bangt haben, brauchen nicht mehr zu fürchten und zu hängen.

Der Völkerbund bietet uns aber mehr. Er hat die Mächte veranlaßt, uns eine finanzielle Garantie für die Auslandsanleihe zu geben, die uns gewährt werden soll. Diese finanzielle Garantie ist durch die Regierungen bereits übernommen und es sind ganz genau die Bedingungen aufgestellt, unter denen diese Regierungen auch an ihre Parlamente herantreten werden, um die Garantie zu ratifizieren. Und schließlich bemüht sich der Völkerbund durch seine Organe jene Finanzgruppen zusammenzubringen, die uns dann auf Grund der politischen und der finanziellen Garantie die angesprochenen Kredite wirklich geben sollen.

Das bietet uns der Völkerbund. Nun allerdings, hohes Haus, verlangt der Völkerbund auch verschiedenes von uns. Er verlangt von uns zunächst, daß wir einen Finanzplan oder vielmehr einen Reformplan für unsere Wirtschaft aufstellen und daß dieser Finanzplan im Zusammenwirken mit seinen Organen, mit seinen Delegierten, die in den nächsten Tagen in Wien eintreffen werden, ausgearbeitet werde. Der Völkerbund überläßt uns nicht jenen Reformplan, der die Sicherheit geben soll, daß die große Auslandsanleihe schließlich wirklich dazu führt, daß unser Staatshaushalt saniert wird, allein aufzustellen; er will durch seine Sachverständigen mitbeteiligt sein. Der Völkerbund verlangt dann, daß wir uns einer Kontrolle, und zwar einer doppelten Kontrolle, unterwerfen; eine Kontrolle, über die wir nicht viel zu sprechen brauchen, die sich auf die Verwendung des zu gewährenden Kredits und auf die Verwaltung der Pfänder für diesen Kredit bezieht. Es ist klar, daß die Mächte, die den Kreditgebern gegenüber die Garantie übernehmen, daß sie das Geld nicht verlieren werden, sich darum kümmern, wie die Anleihe verwertet wird und wie die Pfänder verwaltet werden, die wir für die Anleihe zu stellen haben.

Der Völkerbund verlangt aber auch eine andere Art von Kontrolle, die für uns nicht ebenso leicht anzunehmen ist.

Er verlangt, daß wir die Bestellung eines Generalkommissärs zulassen, der bei der Beaufsichtigung unserer Finanzwirtschaft in jener Zeit, in der wir daran arbeiten müssen, unseren Staats-

haushalt in Ordnung zu bringen, mitwirken soll. Das ist eine direkte Auslandskontrolle über unsere Finanzverwaltung; und da selbstverständlich die Finanzverwaltung fast das ganze öffentliche Leben irgendwie berührt, so ist damit eine gewisse Möglichkeit gegeben, daß der Generalkommissär des Völkerbundes auch auf unsere inneren Angelegenheiten Einfluß gewinne. Schließlich verlangt der Völkerbund von uns, daß das Parlament der Regierung im Rahmen eines vom Parlamente selbst zu beschließenden Finanzprogrammes Vollmachten überträgt, die diese instand setzen soll, die zur Sanierung unseres Staatshaushaltes notwendigen Maßregeln zu treffen, ohne in jedem einzelnen Falle wieder an das Parlament herantreten zu müssen.

Diese Forderungen sind dadurch stark gemildert, daß es der Völkerbund ist, der sie stellt, daß das Organ der unmittelbaren Kontrolle, sowohl in bezug auf die Verwendung der Anleihe und die Verwaltung der Pfänder als auch, wo es sich um die Beaufsichtigung unserer Finanzwirtschaft handelt, ein Organ des Völkerbundes ist und daß sogar bestimmt wurde, aus welchem Staatentreise dieses Organ nicht genommen werden soll und aus welchem anderen es genommen werden darf. Diese Bestimmungen sind ferner dadurch gemildert, daß es einen Instanzenzug gibt. Wir können gegen einen Mißbrauch dieser Kontrolle einen Rekurs ergreifen und die oberste Instanz wird der Völkerbund sein, in dem wir, wenn unsere Angelegenheiten verhandelt werden, sitzen und daher auch selbst zu Worte kommen können. Und endlich sind diese Forderungen besonders dadurch gemildert, daß das Parlament keineswegs für diese Übergangszeit bis zur Gründung unserer Wirtschaft ausgeschaltet sein soll. Es wird dem Parlament unbenommen sein, gegen etwaige Übergriffe des Generalkommissärs aufzutreten und von der Regierung zu verlangen, daß sie dagegen den Rechtsweg, der vorgezeichnet ist, einschlägt. Es wird dem Parlament unbenommen sein, die Regierung selbst, wenn sie mit ihren Vollmachten Mißbrauch treibt, zur Verantwortung zu ziehen, sie zu stürzen, eine andere Regierung einzusetzen. Also ausgeschaltet ist das Parlament nicht.

Aber dennoch sage auch ich Ihnen heute, daß das, was der Völkerbund von uns verlangt, nicht ganz leicht angenommen werden kann. Es ist schwer, für unsere Staatswirtschaft, unser parlamentarisches Leben, unsere Regierungstätigkeit, solche Vorschriften und mögen sie auch vom Völkerbund kommen, anzunehmen.

Nicht leicht ist auch, sich eine Kontrolle gefallen zu lassen, und zwar deswegen, weil es erstens unangenehm ist, einen solchen Kontrollor zur Seite zu haben und weil zweitens in der Forderung einer solchen Kontrolle ein gewisser Vorwurf gegen uns gelegen ist. Dieser Vorwurf ist bei den Ver-

handlungen des Völkerbundes nicht direkt ausgesprochen worden, aber wir hören ihn aus der Forderung heraus.

Hohes Haus! Als ich zum ersten Male in meiner Eigenschaft als Bundeskanzler vor Ihnen stand, habe ich hier nach bester Überzeugung ein Bekenntnis zu einer gewissen Schuld abgelegt.

Ich habe gesagt, daß auch wir nicht alles getan haben, was wir hätten tun können und was wirklich zur Sanierung unserer Wirtschaft und damit zur besseren Sicherung unseres Vaterlandes hätte führen können. Ich habe damals als ein Mann gesprochen, der eben von der Führung einer Partei in die Regierung übergegangen ist und habe natürlich keinen Vorwurf den Regierungen gemacht, die vor uns waren, denn ich wußte ja ganz genau, welche Anstrengungen auch sie gemacht haben, sowohl auf dem Wege der Selbsthilfe als auch auf dem anderen Wege, uns die notwendige Auslandshilfe zu verschaffen. Und auch jetzt weiß ich, daß die gegenwärtige Regierung die Zusicherungen, die ich Ihnen von Genf mitbringen konnte, nicht ohne die Vorarbeit der Regierungen, die vor ihr gewesen sind, hätte erlangen können. Ich habe damals vielmehr aus meinem Empfinden heraus, namens des Parlaments, namens der Parteien zugestanden, daß manches hätte besser gemacht werden können. Heute stehe ich wieder vor Ihnen, und zwar nachdem ich seit einigen Monaten an der Spitze der Regierung bin, und ich stehe nicht an zu sagen: Wenn man jetzt im Ausland gegen uns Mißtrauen äußert, wenn man uns sagt: Ihr habt euch zwar bemüht, aber ihr habt doch nicht alles getan, was ihr hättet tun sollen, und ich gestehe zu, auch die gegenwärtige Regierung wird einen Teil dieser Schuld auf sich nehmen müssen. Ich brauche dem hohen Hause nicht zu sagen, welche Entschuldigungsgründe für die Regierung, für dieses hohe Haus und für unser Volk angeführt werden könnten.

Ich habe das an jenem anderen Orte, als ich zum ersten Male vor dem Völkerbund sprach, offen und freimütig gesagt, daß auch die draußen ihren Anteil an der Schuld tragen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Immerhin aber empfinden wir es unangenehm, wenn man uns daran erinnert, daß wir hätten mehr tun können.

Was von uns verlangt wird, kann auch gefährlich werden, ich leugne es nicht. Eine Kontrolle, in der besten Absicht eingesetzt, kann Gefahren, aber wirkliche Gefahr für unsere Unabhängigkeit nur in sich schließen, wenn die Organe der Kontrolle nicht vertrauenswürdig wären oder wenn wir nicht Mannes genug sind, um die Lebensinteressen unseres Volkes und Vaterlandes selbständig zu vertreten. *(Lebhafte Zustimmung.)* Darum spreche ich, wie ich glaube, mit gutem Gewissen zu Ihnen, wenn ich Ihnen heute empfehle, die Botschaft des Völkerbundes an-

zunehmen, und zwar so anzunehmen, daß Sie auch die Bereitwilligkeit erklären, die Forderungen, die in dieser Botschaft enthalten sind, zu übernehmen und zu erfüllen.

Ich glaube, Ihnen dies deswegen raten zu müssen, weil ich ein Ziel, ein hohes und schönes Ziel vor Augen sehe. Wir wollen ja unser Vaterland wirklich retten und wir wollen zu diesem Zwecke unsere Staatswirtschaft wirklich sanieren. Ich habe die feste Überzeugung, wenn wir die uns angebotene Retterhand zurückweisen, so mag das vielleicht ungeheuer stolz, selbstischer und nationalbewußt aussehen, aber unser Volk würde es nicht verstehen. Unser Volk will, daß wir ihm über diese letzte schwere Zeit hinweghelfen, und zwar so, daß ihm wenigstens das Ärgste, das Äußerste erspart werde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn wir auch unser Volk durch schwere Monate und Jahre hindurchführen müssen, so tun wir es nur, weil wir die feste Überzeugung haben, daß wir unser Volk dann in neue Lebensbedingungen hineinführen, ohne daß es in der Zwischenzeit allzu große Opfer bringen müßte, wenn es auch selbstverständlich Opfer bringen muß.

Ich persönlich habe noch eine Hoffnung, die ich hier vor Ihnen nicht verkleinern will. Wenn nach dem Plane, den der Völkerbund uns vorschlägt, wirklich an der Sanierung unserer Wirtschaft und an der Rettung unseres Vaterlandes gearbeitet wird und wenn sich, wie ich fest hoffe, in den kommenden Jahren zeigen wird, daß uns der Völkerbund mit seinen Ratschlägen nicht in die Irre geführt hat, dann glaube ich, wird vielleicht für den Völkerbund selbst etwas Großes zu erwarten sein, es wird der Grund gelegt werden für eine neue Entwicklung des Völkerbundes, es werden auch jene, die jetzt noch nicht dem Völkerbunde angehören, in ihn hineinkommen und wir werden einen Schritt weiter gemacht haben zur großen Organisation der Welt, die sich nicht hemmen läßt durch allzu engherzige Rücksichtnahme auf die Souveränität und auf das Prestige der Einzelstaaten. *(Zustimmung.)*

Ich bitte nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren, gehen Sie in den nächsten Tagen daran, gut zu erwägen, was Ihnen der Völkerbund sagen läßt, was er Ihnen bietet und was er von Ihnen verlangt und nach reichlicher und eingehender Erwägung fassen Sie Ihre Beschlüsse! Aber ich bitte Sie auch noch um folgendes: Bedenken Sie gleichzeitig: So wie in den vergangenen Wochen Ihre Aufmerksamkeit und die Aufmerksamkeit unseres Volkes auf Genf gerichtet war und beobachtet wurde, was dort in Verhandlung stand, so blickt heute und in diesen Tagen die ganze Welt auf uns, auch auf dieses Parlament. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Es kommt nicht nur darauf an, was hier beschlossen wird, sondern auch darauf kommt es an, wie hier verhandelt wird, ob die ganze Welt sehen wird, daß hier nicht die Parteileidenschaft triumphiert, sondern daß hier Frauen und Männer beisammen sitzen, denen es sich wirklich um nichts anderes handelt, als die Interessen ihres Volkes zu vertreten, und zwar in würdiger Form zu vertreten. Das bedenken Sie, meine Frauen und Herren! (*Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zur Stellung eines formalen Antrages erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sever das Wort.

Abgeordneter **Sever:** Ich stelle den Antrag, über die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers jetzt sofort die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Sever stellt den formalen Antrag, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das hohe Haus hat die Debatte beschlossen.

Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Renner.

Abgeordneter **Dr. Renner:** Hohes Haus! Ich will mich bemühen, die Erregung, die mich und einen großen Teil Österreichs beherrscht, durch alle Kraft meines Willens zu bemeistern und die Vorlagen, wie sie vor uns liegen, nicht nur leidenschaftslos zu behandeln, sondern in erster Linie vom Interesse des ganzen Landes selbst. Und wenn der Herr Bundeskanzler das Haus aufgefordert hat, gut zu erwägen, so werde ich mit der guten Erwägung dadurch beginnen, daß ich mich in Einzelheiten der Bestimmungen einlasse, die uns angeblich als Botschaft des Völkerbundes hier vorgelegt werden. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß alle, die in Genf mitgearbeitet haben, und daß das weite Ausland auf uns sieht, und ich will hoffen, wenigstens das eine zu bewirken, daß das Ausland nicht glaube, man könne uns eine Kontrolle auferlegen und wir sagen dafür: Danke schön, wir sind glücklich darüber! (*Beifall und Händeklatschen.*)

Meine Herren! Der Herr Bundeskanzler hat eingangs seiner Rede an Saint-Germain angeknüpft und ich gestehe Ihnen offen, ich bin der Überzeugung, daß dieses Haus, daß die Volksvertretung der Republik Österreich seit dem Vertrage von

Saint-Germain nie eine so wichtige Erklärung zu beraten gehabt hat wie diese. Das ist eine schicksalsvolle Stunde, in der wir verhandeln, und die Entscheidung darüber wird nicht nur die Entscheidung von zwei Jahren sein und nicht nur die Entscheidung über eine Nützlichkeit, sondern die Entscheidung über unsere Ehre und unsere Zukunft. (*Lebhafter Beifall.*)

Wenn aber schon angeknüpft worden ist an Saint-Germain, so möchte ich vorher einiges über den äußeren Vorgang bemerken.

Als das hohe Haus mich nach Saint-Germain als Delegierten der Friedensverträge geschickt hat, da haben wir vorher uns beraten auch mit der Opposition und es haben die Parteien, auch die Partei der Opposition, ihre Experten mitgeschickt und alle Entscheidungen, die getroffen worden sind, sind im Einvernehmen mit diesen Experten erfolgt. Diesmal jedoch war es anders. Es hat der Herr Bundeskanzler allein gefertigt und er hat politische Experten nicht einmal von der Mehrheit herangezogen, geschweige denn von der Opposition, obwohl es unser ganzes Verhalten durch die vier Jahre des Bestandes der Republik erwiesen hat, daß wir in allen auswärtigen Angelegenheiten bereit und entschlossen sind, das Interesse der Partei und der Klasse zurückzustellen und das Interesse der Republik zu wahren. Ich mache aber noch auf einen Umstand aufmerksam. Als der Friedensvertrag über uns verhängt war und wir darangingen, ihn zu unterfertigen, sind meine Experten und ich zurückgekommen in dieses Haus und haben erst den Vertrag hier vorgelegt und haben uns dann bevollmächtigen lassen, zu unterschreiben. Wäre dieser Vorgang eingehalten worden, ich bin überzeugt, gar manches in diesem Vertrage würde anders aussehen, als es heute der Fall ist (*Zustimmung*), und wenn es einmal zur Durchführung dieses Vertrages käme — was ich nicht glaube — so würde sich die Durchführung unter diesen Vorzeichen ganz anders und viel leichter gestaltet haben als so.

Das sind Unterschiede. Aber es sind noch andere Unterschiede, die ins Auge gefaßt werden müssen, damit wir den richtigen Zusammenhang gewinnen. Es wird vielleicht not tun, kurz aufzurollen die Entwicklung unserer Beziehungen vom ersten Tage der Republik an bis zum heutigen Tage — fürchten Sie nicht einen langen historischen Exkurs — um zu zeigen, wohin wir gekommen sind.

Als wir in Saint-Germain unterschrieben, da hatten wir noch die italienische Besetzung im Lande, als wir in Saint-Germain unterschrieben, waren wir nicht nur ein besiegter Staat, sondern ein Staat, auf den das völkerrechtliche Wort *debellatio* zutrifft, ein Staat, der durch den Krieg vernichtet war. Unsere Grenzen waren durch feindliche Armeen abgesperrt und im Lande hatten wir weder Brot zur

Ernährung, noch Rohstoffe für die Industrie. Und jedermann, der seine Stimme erhob für die Unterschrift, wußte, daß wir handelten unter einem unwiderstehlichen Zwang, aber zugleich handelten unter allgemeinem Protest. So haben wir den Frieden unterschrieben. Aber nachdem wir den Frieden unterschrieben hatten, gingen wir daran, das Land freizumachen, und der Politik der Nationalversammlung und des Nationalrates ist das auch gelungen. Wir hatten hier im Lande eine feindliche Besatzung — sie ist außer Landes gebracht worden; wir hatten hier eine Sektion der Reparationskommission — sie ist außer Landes gebracht worden; wir hatten hier militärische Kommissionen — sie sind außer Landes gebracht worden. Und zwei Jahre ungefähr, nachdem der Friede geschlossen war, waren wir Herren unseres eigenen Landes und waren befreit von unmittelbaren ausländischen Einflüssen. *(Lebhafter Beifall.)* Es ist der Politik der Nationalversammlung und des Nationalrates gelungen, die Grenzen zu öffnen und die vormalig feindlichen Völker so weit zu gewinnen, daß Handel und Wandel begannen. Wir konnten Rohstoffe einführen, wir konnten Brot einführen, wir haben Kredite erlangt und wir konnten unsere eigene Wirtschaft aufnehmen. Und nun führen wir seit zwei Jahren unsere eigene Wirtschaft — bedenken Sie wohl, Männer und Frauen! — und zwei Jahre, nachdem wir unsere eigene Wirtschaft geführt haben, nachdem wir frei geworden sind, wenden wir uns an den Völkerbund, führen die ausländische Kontrolle zurück und verlangen und bitten die Fremden, daß sie uns einen Wirtschaftsdiktator setzen. Ich empfinde das als eine Niederlage dieses Hauses und unserer Politik, die seit zwei Jahren geführt wurde, als eine Niederlage, die damit endet, daß wir unsere Unterwerfung unter das fremde Diktat selbst aussprechen.

Ich will über die Schuldfrage in diesem Augenblicke noch nicht sprechen. Aber wenn man sagt, wir führen einen fremden Diktator ins Land, so kann man vielleicht meinen, das ist ein Schlagwort. Aber die Wahrheit ist doch, daß uns diese Regierung ein Bantprojekt vorlegt, das die Notenbank, das Mittel unseres nationalen Geldwesens ausschließlich in die Hände fremden und privaten Kapitals legt. Und es ist keine Phrase, wenn man sagt, die Regierung liefert die Schlüssel unserer Notenbank und unseres eigenen Geldwesens fremden und privaten Kapitalisten aus. *(Lebhafter Beifall.)* „Finanzdiktator“ ist vielleicht ein Schlagwort, aber ich werde nach den Protokollen beweisen, das wir in unserer Wirtschaftspolitik keinen einzigen Schritt ohne die Genehmigung dieses Mannes tun dürfen. Und vor allem anderen können wir über unsere Finanzen ohne ihn nicht verfügen. Es ist keine Phrase, wenn ich sage: wir liefern die Schlüssel

unseres Staatsschatzes dem Kontrollor aus. Und wenn wir diese Schlüsselübergabe vollziehen — ich weiß nicht, ob Sie nicht ein Parteeivorteil, den Sie errungen zu haben meinen, blendet — wenn Sie dieses Ereignis so freudig begrüßen. Ich sage Ihnen: wir müssen alle trauern über diese Auslieferung unserer Schlüssel! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Mir schwebt das unsterbliche Bildwerk vor „Die Bürger von Calais“. Es stellt dar, wie die Bürger von Calais, vom Eroberer gezwungen, die Schlüssel der Stadt übergeben. Wilder und stolzer Trotz spricht aus ihren Mienen und macht die Erniedrigung gut, die sie äußerlich erleiden. Mir will es um der Seele unseres Volkes willen nicht gefallen, daß so viele Leute bei diesem Augenblick der Schlüsselübergabe nicht wilden Trotz empfinden, sondern schmunzelndes Behagen. *(Stürmische Rufe: Sehr richtig! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir Sozialdemokraten — und nun spreche ich von meiner Partei — waren überzeugt, daß eine Kreditgewährung in diesem Maße und in dieser Art überhaupt nicht notwendig war. Wir haben Ihnen wiederholt ein Programm der opfervollen Selbsthilfe vorgelegt; jetzt vor einem Jahre, dann aus Anlaß der Verhandlungen über den Vertrag von Lana und endlich im August dieses Jahres, wo eine sozialdemokratische Reichskonferenz stattgefunden und sich dazu bekannt hat, daß sich die sozialdemokratische Partei trotz aller bitteren Erfahrungen von ehemals bereit erklärt, an einer Konzentration zum Zwecke der Selbsthilfe des Landes mitzuarbeiten. Man hat dieses Anerbieten nicht aufgegriffen. Man ist darüber hinweggegangen und es ist begreiflich, daß wir unter diesen Umständen die Verantwortung für einen anderen Weg ablehnen müssen. Wir haben aber niemals, vor allem andern nicht in diesem Maße und mit diesen Bedingungen, die Kredite für nötig gehalten. Wir haben selbst in Saint-Germain im Namen und unter der Mitarbeit der ganzen Delegation, die mich begleitet hat, die Forderung gestellt, daß man uns Kredite gewähre. Die Mantelnote hat uns diese Kredite zugesagt, wir haben solche Kredite selbst auf Grund der Mantelnote als unser Recht in Anspruch genommen. Wir haben von Amerika den 46 Millionen-Dollarkredit bekommen — es war von einer Kontrollkommission und von einer Entmündigung des Parlaments keine Rede. Der Bundeskanzler Schöber hat unlängst Kredite nach Hause gebracht — es war von einer Kontrolle keine Rede. Die Bedingungen, unter denen die Kredite gegeben werden, sind neu und sie kommen unvermutet über uns und die Kontrollvorschriften im einzelnen sind von unserer Öffentlichkeit nicht geahnt worden und unsere Öffentlichkeit hat noch keine Gelegenheit gehabt, darüber ausführlich genug

zu urteilen. Und jetzt werden uns Kredite im Zusammenhang mit einer Sanierungsaktion geboten, die im zweiten und dritten Protokoll umschrieben ist, Kredite unter Bedingungen, die wir näher betrachten müssen.

Zunächst einmal das Protokoll Nr. I, über das der Herr Bundeskanzler mit der tröstlichen Versicherung hinweggegangen ist, daß es unseren politischen Besitzstand, unsere territoriale Integrität garantiere, daß damit auch Beruhigung in manche Kreise bei uns einkehren werde. Dieses Protokoll Nr. I hat zwei Teile, einen ersten Teil, in dem sich die unterschreibenden Mächte verpflichten, und einen zweiten Teil, in dem wir uns verpflichten. Enthält nun dieser erste Teil der Erklärung des Protokolls wirklich eine Garantie der territorialen Integrität unserer Grenzen? Wer richtig liest, wird gestehen müssen: nein. Die Mächte, und zwar England, Frankreich, die Tschecho-Slowakei und Italien, sagen, daß sie die politische Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs „respecteront“, daß sie sie selber respektieren werden. Daß sie sie garantieren, davon ist keine Rede. Diese territoriale Integrität wird respektiert. Wir haben aber ja diese Garantie schon vordem, wir haben sie einerseits durch die Unterschrift von einigen Dutzenden Mächten im Friedensvertrage von Saint-Germain selbst, und wir haben die Garantie in der Aufnahme in den Völkerbund und wir haben erfahren, was diese weitergehenden Garantien wert sind. Wir haben es erfahren, als wir vor den Willkürlichkeiten der magyarischen Banden zittern mußten, wir haben gesehen, daß uns mitten im Zustande dieses Garantierteins, dieses Ziwel des Burgenlandes, Ödenburg, weggenommen worden ist. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Wir haben gesehen, daß die Autorität des Völkerbundes nicht imstande war und auch heute nicht imstande ist, uns zu schützen, wo nach unserem Gefühle uns wieder Stück für Stück von diesem Burgenlande — Sie haben es dieser Tage gelesen — wieder weggenommen wird, aus Motiven, die ich hier gar nicht prüfen will.

Wir sehen also, was diese Garantie wert ist. Sie ist aber dem reinen Wortlaute nach nicht einmal so viel, als die Garantie, die im Völkerbundpakt einerseits und im Friedensvertrage von Saint-Germain andererseits gegeben ist. Man kann sagen, daß das Wort hat: Ich meine schon, daß es für den Herrn Bundeskanzler selbst und seine Partei Wert hat, denn er wird wenigstens jetzt seinen Vorarlbergern sagen können: macht nicht Hochverrat, es ist aussichtslos! (*Heiterkeit!*) Ich verstehe also schon, daß diese Garantie für ihn Wert hat, vielleicht hat das auch bei gewissen Strömungen in Kärnten ufm. Wert, aber international nicht. Es hat höchstens einen Wert in der

Hinsicht, daß die Geldleute, die uns Kapital geben sollen, nicht fürchten müssen, daß nach den neuesten völkerrechtlichen Praktiken das Land, wenn es einmal verschwindet, den Gläubiger klagend an der Bahre des Staates zurückläßt. Aber für uns selbst ist diese Garantie nichts besonderes und sie ist der Kraft nach nicht einmal so stark als die Garantien, die wir besitzen.

Der Völkerbund versichert uns seines Wohlwollens und der Herr Bundeskanzler hat sich hier und im Ausschuß öffentlich und auch schon vor seiner Kanzlerschaft für die Idee des Völkerbundes bekannt und ich gebe zu, daß darin wenigstens seinerzeit ein gewisses Verdienst gelegen war. Aber ich glaube, daß dieses Bekenntnis zum Völkerbund immer, von Tag zu Tag kritischer werden muß.

Wir haben die Völkerbundsidee, wie sie von Amerika propagiert wurde, nicht nur mit Leidenschaft aufgegriffen, wir haben die Empfindung gehabt, daß bei der Internationalität unserer Politik und bei der Erkenntnis, daß die Menschheit nicht länger der Selbstsucht der einzelnen Nationen ausgeliefert sein darf, sondern daß über den Nationen eine Rechtsordnung bestehen muß, welche den Refurs an die Gewalt ausschließt, die Völkerbundsidee mit Begeisterung aufgenommen und konnten sogar erwarten, daß, wenn Amerika dabei ist, diese Völkerbundsidee konkrete Wirksamkeit in nützlicher Form auch dann bekommt, wenn zugleich der Wille des Siegers zu stark im Völkerbund zum Ausdruck käme.

Was ist aber inzwischen geschehen? Amerika ist dem Völkerbund fern, Deutschland ist dem Völkerbund fern, Rußland ist vom Völkerbund ausgeschlossen; die drei größten abendländischen Nationen stehen außerhalb des Völkerbundes und der Völkerbund ist beinahe — nicht ganz — schon zu einer Art lateinischer Union geworden mit slawischen und andern Vorposten im Osten, die allzusehr unter den Einfluß französischer Imperialisten gerät. Wir leugnen gar nicht den guten Willen der Männer, die über uns verhandelt haben. Aber es ist ja sichtbar und merkbar: Die meisten derjenigen, die im Völkerbunde mitwirken, fühlen selbst die Schranken, welche ihrer Macht gezogen sind; die meisten beklagen die Ablenkung ihres Willens durch die imperialistischen Interessen der Mächte, die hinter ihnen stehen und stärker sind als sie, und beklagen in ihrem Herzen selbst die Übermacht der kapitalistischen Interessen, die sich auch gegen den Völkerbund durchsetzen. Und ist es uns sichtbar geworden, wie in der Abgrenzung zwischen Volk und Volk drüben in Asien die Interessen des Petroleumkapitals, wie im Saarrevier und in Oberschlesien die Interessen kapitalistischer Gruppen mächtiger geworden sind als das lebendige Leben des Volkes, als die Sprachgrenzen, als die Kultur-

grenzen, als das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker selbst? *(Lebhafter Beifall.)*

Ich will durchaus nicht irgendeine Anklage gegen die Männer erheben die berufen sind, die große und erhabene Zukunftsidee des Völkerbundes unter den Widerwärtigkeiten dieser imperialistischen Welt und mit den gebundenen Mandaten ihrer imperialistischen Regierungen zu vertreten. Aber wir müssen sagen: Nachdem wir das Regime im Saarrevier kennen gelernt haben *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, nachdem wir erfahren haben, wie in Oberschlesien das klare und offensichtliche Recht gewaltsam gebeugt worden ist *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, nachdem wir gesehen haben, wie in Danzig unter der Ägide des Völkerbundes verwaltet wird *(Beifall)* und nachdem wir unsere kleine, aber nicht minder schmerzliche Erfahrung von Ödenburg hinter uns haben, haben wir den Glauben an die Macht dieser Männer verloren. Wenn es eine Möglichkeit gibt, den Völkerbund in die richtige Bahn zurückzuführen, so ist es heute nicht die Verhimmelung der Idee, sondern die aufrichtige und wahrhaftige Kritik dieser Praxis. *(Zustimmung.)* Wir stehen mit der Idee gegen diese Praxis. *(Beifall.)*

Angeichts dieser Vorkommnisse und angesichts dieser Haltung beachten wir nun den zweiten Teil dieses Protokolls I der politischen Garantien. Da lesen wir denn: „Die Regierung der Republik andererseits verpflichtet sich, gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben.“ Es wird also diese verlogene Phraseologie des Friedensdikates hier rezipiert.

„Sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen.“ Wir sehen also, daß der Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint-Germain mit dem Anschlußverbot hier rezipiert wird.

Nun könnte jemand sagen: Was dort steht, das kann auch hier stehen. Das leugne ich und ich bitte, mir in diesem Punkte wohl Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, denn es wird Zeit sein, sich in der Geschichte darauf zu berufen: Was wir in Saint-Germain hingeschrieben haben, das haben wir offensichtlich unter dem unwiderstehlichen Zwange der Waffen und der Erschöpfung geschrieben *(Zustimmung)* und wir haben es geschrieben unter unserem Protest und solche Unterschriften haben in der Geschichte ihre Rolle. Aber wir haben von der glorreichen französischen Nation gelernt, wie solche Unterschriften, etwa die des Friedensvertrages von Frankfurt, zu lesen sind. Auch wir können uns in bezug auf Saint-Germain auf den unwiderstehlichen Zwang, auf die unausweichliche Not berufen. Aber hier ist das anders. Hier kommen wir mit dieser

Berufung nicht aus. Denn hier kommen wir doch aus freien Stücken und bitten, uns diese Artikel aufzuerlegen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Mit welchem Recht werden wir uns gegen diesen Teil des Vertrages berufen, meine Herren auf den deutschnationalen Banken? Wie sollen wir uns dagegen berufen, da wir das freiwillig übernommen haben? Dann aber noch die Ausdehnung des Ganzen in der Sache, die Ausdehnung weit über das hinaus, was uns in Saint-Germain auferlegt worden ist, die gefährliche Detaillierung und dabei noch die Einfügung des Ganzen in den Kontrollapparat! Dann aber: Wie lange gilt das? Ich war verwundert, daß die Meinung aufkam, dieses Protokoll gelte nur für zwei Jahre. Es gibt keine Bestimmung in allen drei Protokollen, die jenes Protokoll I zeitlich beschränken würde. Es ist ewig, solange es nicht die äußeren Machtverhältnisse und ein anderes Europa revidieren. Es ist ewig und es bindet uns nicht unter dem Titel des Zwanges, sondern unseres eigenen Witzganges. Das Protokoll bindet uns. Jemand könnte sagen, es bindet uns nur so lange, als eben Protokoll II und III nicht durchgeführt sind. Das Anleihen aus dem Protokoll II sieht aber eine Amortisationsdauer von 20 Jahren vor. Solange besteht das Kontrollkomitee in Geltung und also sind wir selbst dann — in diesem Fall — auf 20 Jahre gebunden. Ich habe vordem den Friedensvertrag von Frankfurt erwähnt und ich knüpfe daran die Bemerkung, daß sich die Franzosen damals und in bezug auf den Elsaß gesagt haben: Immer daran denken, nie davon reden! Und nun haben wir das alles selbst in ein von uns gewillkürtes Protokoll hineingeschrieben. Es kommt mir so vor, als wenn auf dem Ballhausplatz in der Anschlußfrage eine andere Version bestünde: Immer davon reden, nie daran denken! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir aber sehen die schmerzliche Konsequenz voraus, daß wir, wenn wir das aus freiem Willen und noch dazu aus Gnade unterschreiben, wenn dieses Haus das vermöchte, auf mindestens 20 Jahre Abschied nehmen müßten von der Idee, die von der Geburtsstunde dieser Republik bis zum heutigen Tage doch jeden Bürger beherrschte. Auf 20 Jahre! Das ist länger, als einer von uns, die wir hier im Saale anwesend sind, zu leben Hoffnung hat. Darum, hohes Haus, werden wir für das Protokoll I unter gar keinen Umständen stimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Nun kommen wir zum Protokoll II. Zwei Großmächte, England und Frankreich, zwei Nachbarmächte — Italien und die Tschecho-Slowakei — vereinigen sich und garantieren die Verzinsung und Rückzahlung von Staatsobligationen an Kapitalisten, bei denen wir uns die Anleihe suchen sollen. Und man sagt, es soll ein amerikanisches Haus sein, das die Anleihe übernehmen soll.

Zunächst einmal empfinde ich, wenn die Unterzeichner im Auge haben, daß bis zum 31. Dezember d. J. die Sache parlamentarisch verabschiedet werden soll, eine gewisse Sorge und ich müßte im Falle des Herrn Bundeskanzlers die Sorge empfinden, wie es denn mit der Ratifikation werden wird; es sind ja zum Schlusse zehn Mächte geworden. Aber wir hören, daß das Parlament Englands aufgelöst werden und vor Weihnachten verschwinden wird, wir hören, daß die Faschisten die Auflösung des italienischen Parlaments erzwingen und wir lesen heute, daß die amerikanische Regierung eine Erklärung herausgegeben hat, daß europäische Staaten Kredite überhaupt nicht mehr bekommen sollen. Ich sehe also nicht sehr klar die Möglichkeiten, die sich uns auf Grund dieses Protokolls bieten.

Wir kommen nun zu diesem besonderen Anleihegeschäft, für das uns der Völkerbund die Garantie gibt. Zunächst setzt er uns einen Generalkommissär als das eine Kontrollorgan ein, das in Wien sitzt, und als das zweite setzen die vier Mächte ein Kontrollkomitee ein, das in Genf fungieren soll. Dieses Kontrollkomitee in Genf, das eine Organ der Kontrolle, hat es angeblich nur mit der Eintreibung und Sicherung des Anlehens zu tun und auch der Herr Bundeskanzler hat diese Interpretation gebraucht und gemeint, dieses Kontrollkomitee, diese Kontrolle Nr. 1 wird eine unmittelbare Beeinflussung unseres Staates und unserer Wirtschaft nicht haben, sondern nur der Generalkommissär, der der Hauptsache nach im Dienst des Protokolls Nr. III fungieren wird. Es ist nicht so; denn wenn man den Artikel 13 des Protokolls Nr. II liest, so sieht man, daß das Kontrollkomitee in Genf in ständiger Verbindung mit dem Kommissär steht. Und es heißt hier (*liest*): „Das Kontrollkomitee oder jedes seiner Mitglieder wird alle Auskünfte und Aufklärungen über die Ausarbeitung und Durchführung des finanziellen Reformprogramms verlangen können. Das Komitee wird dem Generalkommissär alle Wahrnehmungen mitzuteilen“ (*Hört! Hört!*) — das hat der Herr Bundeskanzler angeführt — „und alle Vorstellungen zu machen berechtigt sein, die für die Wahrung der Interessen der garantierenden Staaten als notwendig erkannt werden würden.“ Das heißt: Der Generalkommissär steht auch in bezug auf das Protokoll Nr. III, in bezug auf die Durchführung der Reformen innerhalb des Staates unter der Herrschaft des Kontrollkomitees.

Welche Funktionen hat nun dieses Kontrollkomitee? Im Protokoll II heißt es, daß jede andere Anleihe, die der Staat machen wollte, jeder Versuch, sich irgendwo Geld zu verschaffen, ohne die Zustimmung dieses Kontrollkomitees ausgeschlossen ist, ja selbst die Konversion des Anlehens kann nur mit Zustimmung des Kontrollkomitees erfolgen.

Wenn wir also finden, daß die Zinsenlast zu hoch wäre, daß wir uns die Bedingungen auf Grund einer bestimmten Konjunktur des Geldmarktes erleichtern könnten, wir könnten es nur mit Zustimmung des Kontrollkomitees.

Aber nun wird diese Bestimmung erst im Zusammenhang mit einem Vorfalle klar, der sich in Genf ereignet hat und der zutage brachte, daß der italienische Vertreter ausdrücklich erklärte, daß Italien und die Mächte auf Reparationen nicht verzichteten. Gesezt also den Fall, daß sich, wenn diese Konvention angenommen ist, die öffentliche Meinung Österreichs ermannt und sich sagt: ich werde diese Last abschütteln, ich werde diese Anleihe durch eine andere ersetzen und werde auszahlen, so können wir es nicht ohne Zustimmung dieser Leute. Aber gesezt den Fall, wir kaufen einmal diese Annullitäten auf, um sie selbst in die Hand zu bekommen, was dann? Dann haben wir endlich Reparationsgut, dann werden uns die Obligationen einfach abgefordert.

Ich weiß ja nicht, ob es so kommen muß, aber ich sehe, daß gegen alle diese Gefahren eine Sicherung nicht vorhanden ist, so daß wir unter Umständen uns mühen können, diese Lasten abzutragen, ausschließlich im Interesse der Reparationen fordernden Mächte.

Nach Artikel 11 müssen wir andere Pfänder hingeben, es genügt nicht die Verpfändung des Tabakmonopols, der Bahnen usw., der Bruttoerträge, wobei wir noch für die Deckung der Unkosten selbst sorgen müssen, es können außerdem noch alle anderen Pfänder verlangt werden. Überdies bestimmt der Artikel 13, daß das Komitee alle Auskünfte, Aufklärungen usw. anfordern lassen und den Generalkommissär zum Organ der Kontrolle machen kann. Da dieser Dienst aber mindestens zwanzig Jahre dauern muß, so können wir durch zwanzig Jahre über unsere Einnahmen nicht frei verfügen und keine Anlehen begeben, dieses Anlehen nicht einmal amortisieren ohne Zustimmung des Kontrollkomitees.

Nun muß hier ein Wort gesagt werden, um Mißverständnisse auszuschließen. Der Herr Bundeskanzler hat es selbst so durchklingen lassen, als wenn wir von seiten der Opposition eine jede Kontrolle schlechthin und unbedingt ablehnen würden. Das entspricht nicht ganz der Wahrheit. In den Kämpfen im auswärtigen Ausschuss ist ausdrücklich festgelegt worden, daß eine Kontrolle nur unter ganz bestimmten, im Vertrage vorgesehenen Bedingungen für die Deckung des Finanzdienstes zulässig sein soll (*So ist es!*), und es hat der Herr Bundeskanzler auch den Auftrag bekommen, in diesem Sinne zu verhandeln. (*Lebhafte Zustimmung.*) Ich vermeide es prinzipiell, persönlich zu sein, aber in diesem Falle muß ich es sagen: Der Herr Bundeskanzler hat die klar erteilte und eingegrenzte Vollmacht des

Ausschusses überschritten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Aus diesem Grunde kann ich nicht umhin, ihm im Namen meiner Partei die Mißbilligung auszusprechen. Wir werden auch darüber durch Abstimmung zu entscheiden haben.

Ich komme zum Protokoll III. Dieses Protokoll III nun mit den Anträgen zu den Protokollen bedeutet in Wahrheit die Auslieferung unserer ganzen Staats- und Volkswirtschaft an den Generalkommissär, und zwar die Auslieferung im Wege einer Regierung, welche sich selbst des Rückhaltes des Parlaments beraubt. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, wir müssen selbst dann Mann genug sein, um uns unsere Rechte zu wahren, und wir können den Refus an den Völkerbundrat ergreifen. (*Heiterkeit.*) Eine Regierung hat so viel Macht, als das Parlament ihr gibt, das hinter ihr steht. Aber der Herr Bundeskanzler hat doch das Talent gehabt, sich als kaiserliche Regierung ohne Kaiser zu empfinden. Er hat gemeint, eine Regierung könne Macht haben ohne Parlament, als ob noch ein anderer Machtfaktor da wäre, der sie stützt. Eine Regierung ohne Parlament, eine Regierung, die sich selbst der Stütze des Parlaments beraubt, ist auswärtigen Mächten gegenüber immer machtlos. (*So ist es!*) Und deshalb ist der Ausweg, den der Herr Bundeskanzler ergriffen hat, durchaus verwerflich. Ich werde über die Frage dieser Kontrolle und ihrer Wirkungen später sprechen, ich möchte aber schon jetzt den Glauben verscheuchen, wie er sich insbesondere bei den gegnerischen Parteien breit macht, als ob die Kontrolle das einzige wäre, was uns an den ganzen Entwürfen bedenklich macht. Uns macht ja alles bedenklich, aber seine ganze katastrophale Bedeutung enthüllt das Werk erst, wenn man es im Zusammenhange mit dem sieht, was hier als Reform und Sanierungsprogramm dargestellt wird.

Vor allem andern sagt das Reformprogramm, ich nehme nur die Hauptsachen heraus, nicht die Mittel, sondern bloß die Ziele, daß binnen zwei Jahren die Herstellung eines dauernden Gleichgewichtes im Staatshaushalte zu bewirken ist. Nun muß ich mich fragen, ob die Vertreter des Finanzministeriums, welche diesen Satz in das Protokoll hineinschreiben ließen, und ob der verantwortliche Minister der Finanzen, ob der verantwortliche Minister des Äußern hier mitgewirkt haben. Ist es denkbar, innerhalb zwei Jahren das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen? Nehmen wir doch einen stärkeren Staat, nehmen wir Frankreich und fragen Sie, ob die Franzosen die Meinung haben, sie könnten in zwei Jahren das Gleichgewicht in ihrem Staatshaushalte herstellen. Das Volk, das in dieser Hinsicht das gewissenhafteste ist, das englische Volk, das immer die Kraft gehabt hat, wenn es Kriege führte, schon im Kriege selbst die

Hauptlasten durch ganz unerhörte Kriegsteuern zu tragen, hat dennoch zur Wiederherstellung des Staatshaushaltes Jahre gebraucht, um so einfache Kriege, wie den Burenkrieg aus dem Budget herauszubringen. (*Sehr richtig!*) Es hat, wenn ich nicht irre, fünf Jahre gedauert, bis der englische Staatshaushalt wieder sein volles Gleichgewicht erlangte. Und wir, der allerärmste Staat, sollen tatsächlich imstande sein, in zwei Jahren das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen? Ich frage mich, ist es notwendig, sich einen Rahmen von zwei Jahren zu stellen? Ich glaube nicht, es ist nicht notwendig und durch nichts geboten, es ist nicht möglich. Es kann in den Vertrag nur hineingenommen sein mit der bewußten Absicht, den Bürgern Österreichs die Kontrolle leichter und kürzer erscheinen zu lassen als sie ist. (*Lebhaftes Zustimmung.*)

Ein zweites Ziel, das uns in diesem Reformprogramm gestellt ist und das wir schon aus den Bankvorlagen der Regierung kennen, ist jede weitere Inflation auszuschließen, also sofort die Notenpresse einzustellen. Ein Ziel, das natürlich sehr zu wünschen ist. Fragt sich nur, ob es möglich ist, das sofort zu tun. Das sollen wir zur selben Zeit tun, wo wir uns selbst durch keinerlei Anleihen helfen können und zu jeder Anleihe, die wir von den Geldgebern bekommen sollen, die Ermächtigung des Generalkommissärs haben müssen. Früher war die Sache so, daß man von Monatsraten geredet hat. Offenbar hat man das Odiose der Monatsraten gefürchtet und sie herausgenommen. Nun steht drin „jeweils“, also nicht einmal in großen Partien, wie es sein muß, es kann alltäglich sein und selbstverständlich muß der Staatsbedarf unter den Umständen, die ich noch kennzeichnen werde, alltäglich in Schwierigkeiten sein. Die Folge ist, daß wir bei der Führung des Staatshaushaltes Tag für Tag beim Kommissär werden betteln müssen, daß er eine nächste Summe freigibt. Ich frage: ist es notwendig, wenn schon überhaupt Kontrolle, eine Kontrolle in einer so erzwingenden Weise? War es notwendig, uns des letzten Restes der Freiheit selbst zu berauben und uns ganz und gar der fremden Willkür preiszugeben? Ich glaube nicht. Ich finde, daß die Verhandlungen so geführt worden sind, daß man leicht hin vieles bewilligt hat, was selbst unter den Voraussetzungen, von denen das ganze Elaborat ausgeht, nicht so hätte abgeschlossen werden müssen. Denken wir an folgendes: Wir stehen vor einer Krise; nicht nur wir, sondern Europa, die ganze Welt steht vor einer schweren Wirtschaftskrise. Niemand kann wissen, wie sich unser Wirtschaftsleben gestaltet. Es ist völlig klar — und wir haben ja Beispiele von ganz gesunden Staaten — daß, solange die Volkswirtschaft im allgemeinen passiv ist und solange man mehr kaufen muß, als man verkaufen kann, die Bank entweder ihren Goldschatz abfließen lassen muß oder, um ihn zu

verteidigen, die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln droffeln muß. Es ist für uns völlig klar, daß in einer allgemeinen Wirtschaftskrise dieser Versuch, alles, die Produktion, den Konsum, die soziale Ordnung im höchsten Grade gefährdet zu haben, aber dabei doch die Notenbank rein und sauber und unberührt zu erhalten, ganz katastrophal enden muß. Wissen Sie, wie mir das vorkommt, um das populär auszudrücken? Jeder ordentliche Mensch braucht eine Uhr, damit er sich seine Zeit genau einteilen kann. Damit er eine ordentliche Ökonomie der Zeit führe, hat er am besten eine goldene Uhr, die gut geht, und eine Bank ist für die Ökonomie auch so eine Art goldener Uhr. Mir kommt es nun vor, daß keine Rücksicht genommen wird, ob wir produzieren oder konsumieren werden, keine Rücksicht darauf, ob der Mensch leben wird, aber eine goldene Uhr soll er haben, die gut geht. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Der Gedanke selbst, das Problem unserer Volkswirtschaft mechanistisch aufzufassen, vom Gesichtspunkte der Bank, nicht aber als ein allgemeines Problem der Produktion und der Konsumtion und der Zirkulation, dieser Gedanke offenbart die Oberflächlichkeit des Finanzministers, der für unser Wirtschaftsleben verantwortlich ist. Wir leiden immer und haben immer gelitten unter einer großen Krise des Zirkulationsmittels, aber wir haben produziert, wir haben konsumiert, wir haben das vom Krieg erschöpfte Volk halb und halb herausgefüttert, die Menschen haben wieder eine Zeitlang essen können. Und nun drehen wir die Sache um: Wir setzen die Produktion in Zweifel, wir stellen die Konsumtion, wir stellen die ganze wirtschaftliche Entwicklung in Frage, indem man plötzlich die Reinheit des Umlaufmittels haben will, so wie sich es etwa die Engländer vorstellen. Daß eine so einseitige Wirtschaftspolitik möglich ist in einem Lande wie bei uns, beweist nur das eine, daß unsere bürgerliche Politik sich nie ökonomisch bestimmt, sondern weiß Gott um welche Fragen sich gedreht hat. Ich will nicht den seltsamen Nachtwächter von Leitomischi heraufbeschwören und auch nicht die einzelnen kleinen Fragen, die die christlichsoziale Partei berührt haben, wie die Häuserhandelsfrage und so weiter, ich will ja von dem allen absehen. Aber Wahrheit ist, daß unsere bürgerliche Politik nie wirtschaftlich orientiert war und auch nicht wirtschaftlich unterrichtet ist und deshalb zu einzelnen mechanischen Auskunftsmitteln greift, um zwangsweise für den Geldumlauf innerhalb einiger Wochen bis zur Begründung der Bank und für die gesamte Volkswirtschaft und Staatswirtschaft binnen zwei Jahren auf einmal alle Probleme zu lösen, eine Illusion, die dem Volke vorgemacht wird und die es verschönnen soll mit der Tatsache, daß selbst diese Illusion nur erkaufte werden kann durch die Hingabe unserer wirtschaftlichen Freiheit.

Und nun ist es ja nicht bloß der Fehler im einzelnen, es ist nicht bloß dieser Gedanke allein, dieser Gedanke an rasch wirkende Wundermittel, sondern es ist die Politik, die diese zwei Jahre in dieser Hinsicht überhaupt geführt worden ist, die uns in diese Lage geführt hat und diese Politik ist beherrscht — und hier muß ich wiederum persönlich werden, so leid es mir tut — von zwei Dogmen, die gerade der Herr Bundeskanzler verkündete. Er hat die bürgerliche Politik in diesen zwei Jahren entscheidend und bestimmend beeinflusst und seine Politik verantwortet es auch, daß wir zu dieser Krise der Selbstaufopferung gekommen sind. Vor allem ändern war das das Dogma von der Freiheit im Wirtschaftsleben, vom Ausschluß des staatlichen Zwanges. Dieses Dogma ist von uns verkündet worden nach allen Seiten hin, und wir sind ja verfolgt worden von Ausländern, die uns dieses Rezept verzeht haben an jedem Gange und bei jeder öffentlichen und privaten Zusammenkunft. Ich habe einmal einen Amerikaner, der hier gepredigt hat, ja ihr müßt ein Freihandelsstaat werden, ihr müßt für die Freiheit des Verkehrs, für die Aufhebung aller Grenzsperren eintreten, gesagt: Nun gut, wir haben die volle Freiheit. Werden uns aber dann, wenn wir mit voller Freiheit viel erzeugen, die Amerikaner alles einführen lassen? Nein sagte er darauf, den Schutzzoll brauchen wir. Und wenn wir dann, fragte ich weiter, nicht erzeugen werden, nicht verkaufen können, wird Amerika dann wenigstens die Menschen aufnehmen, die in unserem Lande überflüssig sind? Nein, sagte er, ein Einwanderungsverbot müssen wir haben. Die Starken selbst sehen, daß sie den Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben nicht missen können, die stärksten kapitalistischen Kreise in den stärksten Ländern sagen, wir brauchen den Staat als Instrument unseres Wirtschaftslebens. Bei uns aber das Dogma: Der Staat hat nichts dreinzureden, die Wirtschaft muß vollständig frei sein! Und was war das anders als das Signal dafür, daß die Starken, die Ausländer uns einfach ausgekauft haben und weiter auskaufen? Was war das anders als das Signal dafür, daß hier einige der geriebensten Geschäftsleute sich aus der Not des Landes bereichert haben? Ich weise hin, daß einer der schlauesten Bankpekulanten, die aus dieser Übergangszeit hervorgegangen sind, die sich in Österreich bereichert haben, zum Schluß seine Erkenntlichkeit für die gewährte Freiheit in Österreich damit bekundet hat, daß er erklärte, Zwangsanleihe zeichne ich nicht, ich bin Italiener.

Die Politik, die für den Starken gemacht wird, kann nicht für den Schwachen gemacht werden. Ich gebe zu, daß in einem großen Staat, in einem großen Imperium wie England mit dieser außerordentlich starken Kapitalismacht die Politik möglich

ist, die hier in diesem Lande propagiert wurde. Aber dem Schwachen sagen, du brauchst nicht die Hilfe des Staates und den Schutz des Staates, das heißt den Schwachen ausliefern dem Starken, das heißt Selbstmord treiben und dessen beschuldige ich die Regierung Seipel insbesondere. Den Grundsätzen, von denen sie geleitet wurde, ist es zu danken, daß unser Staat als Wirtschaftsstaat vollständig abgerüstet hat, daß wir heute nahezu keine Mittel haben, um uns zu wehren und daß wir dahin gekommen sind, daß unsere Valuta hemmungslos bis zu dieser Tiefe herabstürzte. Das geht vor allem darauf zurück, daß man den Staat entwaffnet hat und wenn Sie den Gegenbeweis für die schweren Fehler, von denen der Herr Bundeskanzler gesprochen hat und die in erster Linie in der Lehre wurzelt, die von seiner Person getragen wurde, haben wollen, wenn Sie die Fehler genau beurteilen wollen, haben Sie jetzt ein Musterbeispiel. Sie haben die Devisenbewirtschaftung abgebaut und die Folge davon war, daß die auswärtigen Devisen in die Höhe gestiegen sind und die Krone gefallen ist. Nun haben Sie den Versuch unternommen, die Devisen wieder zu beherrschen und Sie waren hiedurch imstande, die Krone durch viele Wochen zu halten. Ich weiß, daß das nicht der einzige Grund ist, daß mehrere Anstände zusammenwirkten, aber das Wesentliche ist doch, daß wir als schwaches, als niedergetretenes Volk nicht darauf verzichten können, den Staat und die Staatswirtschaft so einzurichten, daß sie ein Schutz der Volkswirtschaft wird, daß wir uns nicht ausliefern dürfen den privattapitalistischen Kräften, die den sogenannten freien Markt beherrschen. Natürlich, die Kriegswirtschaft war nicht haltbar, das mußte jedermann, aber worum hat es sich gehandelt? Der Staat hat im Kriege die Wirtschaft zerstört. Der Staat hat im Frieden die Aufgabe die Wirtschaft wieder aufzubauen. Wir brauchen eine systematisch organisierte Staatswirtschaft, welche die Volkswirtschaft führt, den Schwachen schützt, den Starken in Kontribution setzt, das Ausland abwehrt, unser nationales Geldwesen verteidigt. In meinen Augen ist es ein Irrsinn, wenn ein so schwaches Volk sein Geldwesen fremden Kapitalisten in die Hand gibt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und wenn Sie wissen wollen, was die Ursache ist, daß wir zwei Jahre, nachdem wir die fremden Vormünder aus dem Lande hinausgeführt haben, sie nun, wie Sie meinen, zurückbitten müssen, so sage ich Ihnen: Die Ursache ist dieses altliberale Wirtschaftssystem, das hier angewendet wurde, in einem Staate, in einem Volke, wo die strengste Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte durch einen wohlbeleuchteten Wirtschaftsstaat notwendig gewesen wäre. Da hätte es sich darum gehandelt, alle die Ungleichheiten und Unmöglichkeiten der Kriegswirtschaft allmählich und

systematisch mit Hilfe des Staates hinüberzuführen in die normale Wirtschaft, dort, wo Unterpreise sind, nicht plötzlich die ökonomische Entwicklung darüber hinwegrasen lassen, um das auszugleichen, sondern diese Verhältnisse mit Hilfe des Staates schrittweise in Ordnung bringen.

Ich habe vorhin gesagt: daß wir überhaupt dahin kommen, unsere Schlüssel ausliefern zu müssen, das ist eine Niederlage, und ich kann es jetzt sagen: es ist eine Niederlage der bürgerlichen Wirtschaftspolitik im allgemeinen und insbesondere und gerade aus eine Niederlage des Systems Seipel. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir haben dagegen immer das wirtschaftliche Reform- und Sanierungsprogramm gehabt, das Programm der Selbsthilfe des Volkes durch das Mittel des Staates. Wir haben das Programm der Selbsthilfe immer wieder aufgeworfen. Wir haben es im August aufgeworfen und heute noch rufen wir unser Volk auf: Bevor ihr diese Fremdherrschaft über Euch ergehen läßt, bringt jedes Opfer, um die Selbsthilfe möglich zu machen! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Auch heute noch, wiewohl es die zwölfte Stunde ist. Denn was dann kommt, wenn diese Selbsthilfe nicht gelingt, das ist allerdings vollkommen ungewiß. Aber in der zwölften Stunde noch rufen wir unserem Volke zu: Es handelt sich wirklich und wahrhaftig um 500 Millionen Goldkronen. Ich frage Sie: Haben wir diese Werte nicht in unserem Lande? Nehmen Sie in Wien selbst zehn unserer wohlhabendsten Familien. Es fällt mir nicht ein, Ihnen zu empfehlen, daß Sie sie expropriieren. Ich will Ihnen nur sinnfällig den Beweis liefern, daß diese 500 Millionen Kronen im ganzen Lande aufzubringen, keine Schwierigkeit sein kann. Und wenn zehn wohlhabende, begüterte Familien in Wien nicht das Vermögen von 500 Millionen Goldkronen haben, so muß doch das Land als Ganzes diesen Betrag aufbringen können. Nehmen wir das, was wir erbt haben an allgemeinen Besitz, nehmen wir das, was wir in unseren Sammlungen besitzen, nehmen wir das, was wir in unserer Schatzkammer besitzen, nehmen wir das, was wir an freien Besitztümern im ganzen Lande haben, nehmen wir das alles zusammen, und ich frage Sie: Sollen wir nicht die Kraft haben, um uns der Fremdherrschaft zu entziehen, diese 500 Millionen Goldkronen aufzubringen? Ich halte es für möglich, ich halte es für geboten, und bei einem Programm der Selbsthilfe wären wir bereit, mitzutun, um es möglich zu machen. Es handelt sich da um Maßregeln, die selbstverständlich alle Klassen ergreifen müssen. Und wenn es dazu kommt, daß das Volk von der Aufgabe erfüllt ist, wenn jedermann weiß, es handelt sich um die Rettung des Ganzen, um die Rettung seiner selbst und um die Freiheit und Selbstbestim-

mung, so bin ich überzeugt, daß das Volk einer heroischen Anstrengung fähig ist, um das aufzubringen, was man braucht. Und wir glauben an unser Volk!

Nun ist gerade diese Vorlage ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel für unser ganzes Volk und insbesondere für die bürgerlichen Klassen. Ich erinnere mich, daß bei einer ganz maßvollen Besteuerung die bürgerlichen Parteien hier vor dem Parlament eine Demonstration aufgeführt haben, um gegen diese Besteuerung zu protestieren. Ich habe noch in Erinnerung, was durch zwei, drei Jahre in der ganzen bürgerlichen Presse über den sozialdemokratischen Steuerfanatismus und Bolschewismus gezeitert wurde. Und nun sehen wir, wohin es führt, daß man nicht den Mut gehabt hat, wie wir es gefordert haben, eine energische Besteuerung einzuführen; zur wirtschaftlichen Sklaverei, zur Abhängigkeit von den Ententemächten. Wenn nun der Herr Kommissär kommt — ich freue mich schon auf den Wandel in der bürgerlichen Psychologie — an dem Tage an dem der Herr Kommissär kommt. *(Heiterkeit.)* Es gibt viele Menschen in diesem Lande, die meinen, daß dann eine Schreckenszeit für die Arbeiter beginnen werde. Hohes Haus! Männer und Frauen! Die Arbeiterklasse wird immer die Macht haben, die ihr ihre Stellung im Produktionsprozesse gibt. *(Sehr richtig!)* Sie werden dem Arbeiter nicht weniger geben können, als er hat; den der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte hat im großen ganzen nur den Durchschnitt den er zum Leben braucht. Wollten Sie ihm diese Lebensnotdurft nicht in der Form des Arbeitslohnes sichern, so müßten Sie es in der Form der Arbeitslosenversicherung tun, und wenn das schon zu sozialpolitisch wäre, in der Form der Armenversorgung. Was aber die Rechte der Arbeiterklasse betrifft, so sind wir auch in diesem Punkte ganz ruhig; denn die Arbeiterklasse hat das 20. Jahrhundert für sich. Das ganze Jahrhundert gibt uns recht und dagegen werden alle Versuche, wo immer sie auch unternommen werden, ganz ohnmächtig sein. Übrigens ist die Frage der Belastung der Arbeiterklasse durch Selbsthilfe oder durch den Kommissär und alles das ein Thema, das wir an einem andern Orte behandeln werden.

Jetzt wende ich mich insbesondere an die besitzenden Klassen. Glaubt irgend jemand, daß der Kommissär, der die Anleihen bringt, die natürlich für den Staatshaushalt verwendet werden müssen, kommt und ihm etwas an Steuerlasten erspart? Man hat ausgerechnet, daß 70 Millionen Goldkronen jährlich an Zinsen und Tilgungsraten geleistet werden müssen. Ich weiß nicht, wieviel Billionen das sind. Es wird heißen: Zahlen! Und gezahlt kann nur werden aus dem Besitz, aus dem Vermögen, aus dem Überschusse. Wir alle werden das

auf das Gebot des Generalkommissärs zahlen müssen, während wir doch viel kluger daran täten, es aus eigenem Entschlusse zu zahlen. *(So ist es!)* Es liegt auf der Hand, daß wir uns nichts eintauschen als die Unfreiheit; es liegt auf der Hand, daß die Lasten größer sein werden, wenn sie uns von Fremden auferlegt werden, und die Lasten werden so groß sein als unter Umständen der Appetit der Nachbarn es wünschenswert erscheinen läßt. Die Arbeiterklasse wird von den Fremden nicht fortgetragen werden; aber das eine wissen wir, daß von den Fremden eine Fabrik nach der andern, ein Unternehmen nach dem andern angeeignet wird, und dieses ganze Kontrollsystem muß in seiner zwanzigjährigen Dauer damit schließen, daß der wesentliche Teil unserer nationalen Besitztümer in die Hände der Fremden übergegangen ist. Es ist nicht unser Schaden allein und nicht der Schaden des Proletariats allein, sondern in erster Linie das Verderben dieses Bürgertums.

Ich möchte nicht, daß diese Stunde vorübergeht, ohne daß man auch das Bürgertum warnt. Jedes Opfer, das freiwillig gebracht wird, wird billiger sein, als das von außen erzwungene Opfer. Vielleicht hat ein Generalkommissär das eine Gute — wir wissen ja, wie viele Österreicher ihre Werte ins Ausland verschleppt haben und, wenn es sich darum handelt, 500 Millionen Goldkronen zu zeichnen, so bin ich überzeugt, daß die Österreicher im Auslande mehr als diese 500 Millionen Goldkronen besitzen, um die Anleihe zu zeichnen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Es ist wahr, wir haben selbst nicht die Mittel, sie hereinzurufen, aber vielleicht wäre es doch denkbar, daß der Völkerbund, statt uns einen Kontrollor zu schicken, der hier im Lande etwas kontrolliert, Kontrolloren in die schweizerischen, tschechischen und italienischen Banken schickt und die Guthaben der Österreicher uns zurückgibt, die dort erliegen. *(Sehr richtig!)* Das wären ganz andere Mittel zur Sanierung Österreichs, die für uns viel wichtiger und entscheidender wären.

So können wir in dieser Stunde nur immer wieder sagen, solange wir Gehör finden: Ziehen wir die Selbsthilfe vor, lehnen wir jede fremde Einmischung ab, bestehen wir auf den Krediten der Mantelnote! Aber unser Ruf war vergebens nach Lana, unser Ruf war vergebens im August, denn es war ja vom Herrn Bundeskanzler und vielleicht von der Mehrheit längst beschlossen, daß dieser Weg nach Genf gegangen wird, und zwar gegangen wird, um uns ein Finanzprogramm diktieren zu lassen. Zu diesem Zweck ist auch die sonderbare Bestimmung des Punktes 3 im Protokoll III, welche lautet *(liest)*: „Die österreichische Regierung wird dem österreichischen Parlament sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, der jede Regierung, die während der nächsten zwei Jahre im Amte sein wird, bevoll-

mächtigt, ohne neuerlich an das Parlament herantreten zu müssen, innerhalb der Grenzen dieses Programms alle Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um bis zum Ende dieses Zeitabschnittes das budgetäre Gleichgewicht wiederherzustellen.“ Das heißt, die Regierung ist eingenommen für diese Generalvollmacht und sie hat sich die Sanierung Österreichs so vorgestellt, das der fremde Delegierte mit dem durch diese Generalvollmacht dem Volke entfremdeten Ministerium zusammen dem Volke die Lasten auferlegt, von denen die Regierung die Meinung hat, daß das Volk sie selbst auf sich zu nehmen, nicht den Verstand und die Kraft hat.

Nun frage ich mich: woher diese Bestimmung, woher auch die Bestimmung des Punktes 7, daß „die österreichische Regierung alle Vorsorge zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung treffen wird?“ Ist das wirklich von den Ententemächten der österreichischen Regierung nahegelegt oder ist das nicht vielmehr umgekehrt von österreichischer Seite den Ententemächten souffliert worden? (*So ist es!*) Diese Bestimmung ist im höchsten Grade auffällig und ich glaube einfach nicht daran, daß die Ententemächte aus freiem Entschlusse das in das System der Kontrolle aufgenommen haben. Ich glaube daran nicht, denn es widerspricht ganz und gar dem Verhalten, das die Mächte in allen diesen Fragen bisher beobachtet haben. Überall haben sie Wert darauf gelegt, daß die Volksvertretung selbst die Verpflichtung übernimmt und nicht bloß die Regierung und sie haben Wert darauf gelegt, daß in jedem einzelnen Schritte das Volk selber das vollzieht und nicht die Regierung. Nach den Erfahrungen, die man in Rußland gemacht hat, gibt man im internationalen Verkehr auf nichts anderes mehr als auf Beschlüsse und Aktionen des Parlaments und Franzosen, Italiener und Engländer können nach meiner Vorstellung von selbst gar nicht auf die Idee kommen, man müsse ein Parlament ausschalten und einer Regierung eine Generalvollmacht geben. Das ist ihnen eingegeben worden und ich habe sehr den Verdacht, daß unser ständiger Vertreter beim Völkerbund, ein Graf des alten Regimes, ein Verwandter verschiedener Königshäuser, diese Idee lanciert hat, solange, bis man sie geglaubt hat, solange, bis man geglaubt hat, daß die Österreicher lauter unmündige Kinder sind, die man von oben herab beglücken müsse, denen man am besten ein Regime des § 14 auferlegt, weil sie es so gewohnt sind, ein Regime der Willkür von oben ohne eigene Verantwortung. Nur so ist es zu denken. Ich sage Ihnen, daß dieser Ungedanke im Westen so unmöglich ist, daß ich glaube, es hat Anstrengungen bedurft, um ihn durchzusetzen.

Wie steht es nun in Wahrheit damit? Wir sind es allesamt ohne alle Ausnahme unserem Staate

und Volke schuldig, aus eigener Kraft alle Anstrengungen zu machen, um uns in Freiheit zu retten. Aber niemand ist schuldig, das Diktat einer ausländischen Macht entgegenzunehmen und die Folge dieser Ordnung der Dinge wird nur die sein, daß alle die Dinge umgekehrt sind: Was die Kunst einer Regierung sein müßte, jedemann zu überzeugen und dazu zu verhalten, daß er aus freien Stücken das opfert, was das Vaterland erfordert und jeden dadurch auch zu verpflichten und die Erfüllung zu einer nationalen Ehre zu machen, das wird jetzt umgekehrt und jeder einzelne wird sich sagen: Ich leiste nur und soll nur leisten, weil ausländische Einflüsse mich zwingen. Und damit ist die Reform selbst gefährdet; so ist sie undurchführbar, denn niemand wird das einem fremden Kommissär zuliebe tun, was er seiner eigenen Partei und seinem eigenen Lande zuliebe getan hat. Es ist ein Ungedanke gewesen, der in diesem § 3 waltete und Sie werden es selbstverständlich begreifen, jeder von Ihnen wird es sofort fühlen, daß wir, die wir durch Jahrzehnte einen eisernen Kampf gegen den § 14 geführt haben, uns nun, was an uns liegt, einen § 14 in irgendeiner versteckten Form nicht in die Gesetzgebung werden einschmuggeln lassen. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*) Das Wirtschaftssystem, das Sie vorschlagen, daß Kontrollsystem, das Sie uns aufhaken wollen, und die Selbstentmündigung und Selbstentmannung dieses Parlaments machen uns die Annahme dieses Protokolls einfach unmöglich.

Nun kommt aber die schöne Bestimmung des § 7, wonach der Herr Bundeskanzler die Verpflichtung übernimmt, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Vorsorge zu treffen. (*Gelächter.*) Das hat er wahrscheinlich aus italienischem Munde gehört, weil bei uns soviel Gewalttaten geschehen, weil bei uns Bürgermeister, freigewählte Bürgermeister von Städten wahrscheinlich durch bewaffnete Banden zum Abtreten gezwungen werden, wie es in Bozen geschehen ist, nicht wahr (*Beifall und Händeklatschen*), weil man bei uns sowie in andern Ländern die Leichen aus der Donau herausfischt, Tag für Tag, die eine ungenannte aber wohl bekannte Gewalt zum Tode geschickt hat, weil bei uns der Bürgerkrieg auf der Tagesordnung ist.

Es heißt dann in einer Bestimmung der Anlage, daß eben die Gendarmerie in zuverlässiger Weise verstärkt werden soll. Ich weiß nicht, ob man dazu nach neu-europäischem Muster, weil sich Weiße zu Gendarmen über Weiße nicht mehr hergeben, vielleicht eine farbige Gendarmerie in Aussicht genommen hat; ich weiß es nicht, aber ich sehe daraus denselben Geist wie in dem Artikel 3: Es ist dem Volke nicht zuzumuten, daß es sich selbst hilft, daß es sich selbst entschließt, daß es freiwillig tut, was

es tun muß. Das ist dem Volke nicht zuzumuten; man muß ihm einen Diktator setzen. Aber weil doch wieder ein anderer Teil des Volkes sich diesen Diktator nicht gefallen läßt, muß man wieder die Polizei rufen. Das ist der alte vormärzlich-österreichische Gedankengang, das ist der reine Vormärz: Das Mißtrauen gegen das eigene Volk, der Glaube an alle, an die fernsten Dinge, an den Völkerbund, aber nicht der Glaube an das eigene Volk, nicht der Appell an das eigene Volk, das Äußerste zu tun, um die Freiheit zu erhalten. Nicht das, sondern: erst unterwerfen, ihm einen Diktator setzen und hinterher die Hoffnung aussprechen, daß es sich im Laufe der Jahrzehnte vielleicht ermannen, die Schulden zahlen und die Freiheit erringen wird.

Der Herr Bundeskanzler hat unseren jetzigen Gendarmen, hat unserer jetzigen Wehrmacht, die das Land in Frieden erhalten hat . . . (*Lachen und Zwischenrufe.*) . . . und nicht ein einziges Mal gemeutert hat . . . (*Lachen.*) Die Wehrmacht, diese braven Proletariersoldaten, haben den Bürgerkrieg verhindert! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.* — *Rufe: Hoch die Wehrmacht!*) Und ich sage Ihnen nach den Erfahrungen, die man in Italien und Ungarn gemacht hat: Ein Gemeinwesen, das die Waffe dem ehrlichen Proletarier in die Hand gibt, kann ruhiger schlafen als das, das sie dem Bürgersohn in die Hand gibt. (*Beifall und Händeklatschen.*) Melken Sie das sofort nach Genf! Ich werde es vor jedem Forum verantworten, es ist die geschichtliche Wahrheit. (*Lebhafter Beifall.*) Sie geben ein Mißtrauensvotum nicht nur unseren Gendarmen, nicht nur unserer Wehrmacht, Sie geben ein Mißtrauensvotum diesem Volke selbst. Sie glauben nicht an seine Reife, Sie wollen diese Reife auch nicht durch eine Probe wecken, Sie flüchten sich hinter das Ausland und Sie verkaufen dabei im Protokoll I die Zukunftshoffnung unseres Volkes; Sie werden begreifen: Nein, wir gehen nicht mit! Nein und nein und noch einmal nein! Den Weg gehen wir nicht! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

Und nun habe ich noch einen Antrag zu stellen:

„In Erwägung, daß der Bundeskanzler in den Verhandlungen mit dem Völkerbundsrat eine Konvention unterzeichnet hat, die die Unabhängigkeit der Republik schwer gefährdet, indem sie die Republik einer internationalen Kontrolle unterwirft, welche über die vom Ausschuß für Äußeres als hinnehmbar erklärten Grenzen einer solchen Kontrolle weit hinausreicht, spricht der Nationalrat dem Bundeskanzler die schärfste Mißbilligung aus.“ (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Seitz** (*welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Minister für Äußeres Dr. Grünberger; ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Äußeres Dr. **Grünberger**: Ich möchte mir erlauben, zu den Ausführungen des Herrn Vorredners einige ganz kurze Feststellungen zu machen.

Vor allem andern habe ich zu erklären, daß die Protokolle des Genfer Übereinkommens ein einheitliches Ganzes bilden und daß daher alle Protokolle die gleiche Geltungsdauer haben, wenn dies auch nicht in dem I. Protokoll ausdrücklich erklärt wurde. Es ist daher ausgeschlossen, daß ein Protokoll in Geltung bleibt, wenn die andern nicht mehr bestehen. Es steht auch dem hohen Hause zu, in dem Beschlußantrag diese Feststellung ausdrücklich noch einmal zu verlangen. Der Herr Vorredner hat weiters darauf aufmerksam gemacht, daß der im Protokoll II, Artikel 5, enthaltenen Verpflichtung der Regierungen zur Verabschiedung der Garantieerklärung in ihren Parlamenten dadurch Schwierigkeiten erwachsen könnten, daß, nach Zeitungsmeldungen in England Neuwahlen bevorstehen und in Italien eine Auflösung der Kammer erfolgen soll. Hierzu möchte ich zunächst bemerken, daß sich die Regierung selbstverständlich mit vollster Aufmerksamkeit um diese Vorgänge gekümmert hat. Was England betrifft, so tritt das englische Parlament in allernächster Zeit zusammen und es besteht volle Aussicht nach allen uns in Genf persönlich gemachten Zusagen, daß dieses Parlament noch vor Weihnachten die Erledigung der Garantiefrage vornehmen wird, vorausgesetzt daß die Bedingung, die im Protokoll III vorgesehen ist, durch unsere Nationalversammlung erfüllt wird. Was Italien anbelangt, so sind die Nachrichten über die Auflösung der Kammer vorläufig noch nicht bestätigt. Aber auch von Italien haben wir Zusagen, daß die Erledigung der Garantievorlage zum vorgesehenen Termin erfolgen wird.

Erlauben Sie mir, der ich von Anfang bis zum Ende den Genfer Verhandlungen beigewohnt habe, zum Schlusse, hohes Haus, noch festzustellen, daß alle Genfer Verhandlungen mit ganz besonderem Ernste geführt wurden, daß wir unser Bestes getan haben und überzeugt sind, daß bessere Bedingungen in Genf nicht zu erreichen gewesen wären. (*Beifall.* — *Zwischenrufe.*)

Präsident **Seitz**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hauser.

Abgeordneter **Hauser** (*mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt*): Hohes Haus! Ich gehöre gewiß nicht zu den Vielrednern des Parlaments; aber heute hat mich der Klub entsendet, als

Redner in dieser Angelegenheit aufzutreten, und ich habe diese Entsendung um so lieber übernommen, weil ich auch seinerzeit, wie es auch von Herrn Vorredner Dr. Renner und auch von Herrn Bundeskanzler konstatiert worden ist, in einer ähnlichen Lage, bei der Unterzeichnung des Friedens von Saint-Germain, von dieser Stelle aus zum hohen Hause gesprochen habe. Ich will Ihnen gleich sagen, hohes Haus, ich will nicht Öl in das Feuer hineingießen; ich komme nicht zu diesem Zwecke, sondern im Gegenteil, ich möchte für mich wenigstens das Wort des Griechen in Anspruch nehmen: Nicht mitzuhassen — mitzulieben bin ich da. Wir sind zur Rettung unseres Vaterlandes aufgerufen und ich will diesem Aufrufe willige Folge leisten.

Bevor ich mich über den Gegenstand weiter verbreite, möchte ich nur einiges über die Rede des Herrn Kollegen Dr. Renner sagen. Herr Kollege Dr. Renner hat von vornherein versprochen, daß er leidenschaftslos sprechen, daß er die Erregung zurückhalten wird, und er hat sein Versprechen gehalten. Er hat sich in die Einzelheiten des Genfer Vertrages eingelassen, hat über alles mögliche nebenbei gesprochen — viele Mutmaßungen geäußert, aber alles in der schwärzesten Farbe geschildert, wie man es überhaupt schildern kann. Geschlossen hat er mit einem dreifachen: Nein! und dann mit einem Mißbilligungsantrag. Ja, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir die Angelegenheiten, die uns jetzt so tief bewegen, in einer solchen Weise nur mit einem dreifachen „Nein“ beantworten, dann werden wir in der Aufrichtung unseres Vaterlandes nicht weiter kommen. (*Rufe: Sehr richtig!*) Mit „Nein“ allein ist es nicht getan. Es ist auch damit nicht getan, wenn man einen Vertrag hernimmt und interpretiert nach dem Grundsatz: „Im Auslegen sei frisch und munter! Was nicht darinnen ist, das leg' unter!“ Der Herr Kollege selbst hat wiederholt gesagt: Ich weiß ja nicht, was sein wird, ich mutmaße nur! Es sind immer mehr oder weniger Mutmaßungen gewesen. Es ist selbstverständlich eine Unterstellung, die ich im Namen der Mehrheit zurückweisen muß, wenn Herr Kollege Dr. Renner meint, daß wir zum Herrn Kontrollor, wenn er kommt, „Danke schön“ sagen werden. (*Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Sie haben es ja heute getan!*) Ich bitte, wir werden „Danke schön“ sagen, wenn uns geholfen wird, wenn wir gerettet werden, aber nicht, wenn der Kontrollor kommt. Der Kontrollor ist uns die lästige Beigabe, ohne die wir die Rettung des Vaterlandes leider nicht haben können. Aber daß wir gar so, ich möchte sagen, ergeben sein werden, das dürfen die Herren uns nicht zumuten.

Im übrigen gebe ich Herrn Kollegen Dr. Renner recht: eine Schicksalsstunde damals beim Friedensvertrag und eine Schicksalsstunde heute. Aber ich sage Ihnen, Herr Kollege, ganz offen und

ohne jede Bitterkeit: Ich spreche heute leichter und lieber von dieser Stelle aus als damals bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Damals, sagen Sie, sind wir in einer Zwangslage gewesen. Ich behaupte, heute ist die gleiche Zwangslage. (*Rufe: So ist es!*) Wir können nicht anders, wir stehen unter einem Zwang. Damals aber mußte ich in einem Augenblicke sprechen, wo uns alles genommen wurde, und heute spreche ich in einem Moment, wo ich mir denke, wir werden etwas erhalten und es gibt doch noch eine bessere Zukunft! (*Sehr gut!*)

Wenn ich auf die Einzelheiten, die Herr Kollege Dr. Renner vorgebracht hat, eingehen wollte, so müßte ich dem Ausschusse, der in dieser Angelegenheit eingesetzt werden dürfte, vorgreifen. Fällt mir gar nicht ein; ich will heute nur ganz kurz die Stellung unserer Partei hier klarlegen.

Wir fragen: Um was handelt es sich für uns? Für uns handelt es sich darum, daß wir Kredite bekommen. Ich erinnere mich noch sehr gut, die ganze Zeit hindurch war es das Um und Auf unserer Politik: wir müssen größere Kredite bekommen. Von keiner Seite des Hauses ist das gelungen worden. Heute werden uns diese größeren Kredite dargeboten, heute können wir sie erhalten, heute sind wir in der Lage, uns darüber zu entscheiden, meine verehrten Herren, wir von der Majorität, wir haben nicht den Mut, die Kredite zurückzuweisen. (*Zustimmung.*)

Allerdings, ich gebe zu, dasjenige, was wir mit den Krediten mitnehmen müssen, ist schwer und schmerzlich; aber unmöglich ist es nicht. Unmöglich jedoch ist es für uns, in dieser Lage zu bleiben, in der wir uns heute befinden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wir müssen endlich einmal einen sicheren Boden bekommen. Es ist unmöglich, daß heute irgend jemand, sei er wer immer, einen Blick in die Zukunft tut, weil alles unsicher ist. Er kann kein Kalkül machen. Und dann diese Not, die wir fortwährend haben, diese finanzielle Lage der öffentlichen Körperschaften, des Staates, der Länder und der Gemeinden. Das alles ist für die Zukunft und für die Dauer unerträglich. Gewiß, die Kontrolle wird für uns unangenehm sein. Aber, meine verehrten Herren und Damen, werden wir denn nicht auch schon heute kontrolliert? Haben wir denn nicht eine Kontrolle, die nur dazu aufgestellt ist, die Augenblicke ausfindig zu machen, in denen man aus unseren Taschen einen Fischzug machen kann? (*Rufe: Sehr richtig!*)

Meine Anschauung ist, es gibt für uns in der dermaligen Lage keinen andern Ausweg, als die Kredite anzunehmen. Es ist uns allerdings von Herrn Dr. Renner wiederum von der Selbsthilfe gesprochen worden. Meine Herren! Heute haben wir

den 12. Oktober. Wann soll denn die Selbsthilfe eingreifen? So lange Jahre haben wir zur Selbsthilfe Zeit gehabt. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Dr. Bauer: Zwei volle Jahre haben Sie dazu Zeit gehabt! — Gegenrufe. — Abgeordneter Dr. Ellenbogen: In fünf Tagen werden es genau zwei Jahre!)* Hohes Haus! Wollen wir die Schuldfrage nicht aufrollen. *(Abgeordneter Dr. Bauer: Davor haben Sie Angst, das glaube ich!)* Nein, ich habe keine Angst, aber ich würde mich sehr scheuen, die Schuldfrage aufzurollen. Ich berufe mich hier auf die mannhaften Worte, die der Herr Bundeskanzler in dieser Beziehung wiederholt ausgesprochen hat. Es braucht nichts davon abgeleugnet zu werden; aber die Tatsache können Sie nicht leugnen, daß es heute zur Selbsthilfe zu spät ist, daß uns infolgedessen gar nichts anderes übrig bleibt, als die Kredite und das üble Veinwerk, das dabei ist, anzunehmen. Das ist so klar, daß es etwas Klareres nicht geben kann. *(Zwischenrufe.)*

Meine Verehrten! Entschuldigen Sie, daß ich Sie nochmals auch bei dieser Gelegenheit erinnere an das Wort des Dr. Adler, des verewigten Führers Ihrer Partei: Wir können das Raufen erst anfangen, wenn wir einmal einen Boden unter uns haben. Sagen Sie mir: Haben wir den heute schon einen wirtschaftlichen Boden unter uns? Und wenn einmal eine Aktion eingreifen soll, um uns aus dem Elend herauszuführen, hören wir nichts als dreimal Nein! und Nein! und Nein! und einen Mißbilligungsantrag. *(Lebhafter Beifall. — Abgeordneter Dr. Bauer: Das ist nicht mehr unser Boden, wenn wir an das Ausland kommen!)* Und war dieser leidenschaftliche Kampf, der von Anbeginn über diesen Gegenstand begonnen hat, berechtigt, war er notwendig? Ich sage nein. Ich habe die Überzeugung, es ist uns jetzt noch einmal eine Gelegenheit gegeben, aus dem Elend herauszukommen. Erinnern Sie sich, meine Herren, an die Situation, welche wir hatten, als unser hochverehrter Bundeskanzler nach Verona usw. ging. Tagtäglich hat man die Katastrophe und den Zusammenbruch prophezeit. *(Zustimmung.)* Dadurch allein, daß er eine Aktion unternommen hat, ist schon eine Entspannung eingetreten *(Beifall)* und dadurch allein, daß er das getan hat, was wir heute vor uns liegen haben, haben wir eine ruhigere, bessere Situation. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und deshalb kann ich ruhig sagen: Wir, die christlichsoziale Partei, stehen in diesem Augenblicke geschlossen hinter dem Bundeskanzler *(stürmischer Beifall und Händeklatschen)* und hinter der Regierung. Wir stehen hinter ihm, trotzdem auch wir das Gefühl haben, daß wir ein großes Opfer bringen müssen. Wir haben aber die Überzeugung, es ist jetzt der Moment, wo wir aus dem Elend herauskommen können, und diesen Moment wollen wir benutzen und wollen

die Opfer freiwillig bringen, damit wir nicht dann am Ende unfreiwillig geopfert werden.

So erkläre ich im Namen unserer Partei: Wir stehen geschlossen hinter unserem Bundeskanzler, wir werden für den Vertrag von Genf eintreten. *(Abgeordneter Widholz: Im Verrat gehören Sie ja zusammen! — Stürmische Gegenrufe und Lärm.)*

Präsident Seitz *(wiederholt das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Wenn schon von der einen Seite gerufen wird, sollte sich mindestens die andere Seite der Ruhe befleißigen! *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Hauser *(fortfahrend)*: Ein Herr hat den Zwischenruf gemacht: im Verrat gehören wir zusammen. Es ist in Zusammenhang mit der Genfer Sache wiederholt von Verrat gesprochen worden. Es ist auch davon gesprochen worden, daß unser hochverehrter Herr Bundeskanzler vor den Verfassungsgerichtshof gehört usw. An Stelle des Herrn Bundeskanzlers würde ich ruhig vor den Verfassungsgerichtshof gehen *(Beifall)*; ich würde hingehen und würde sagen: Das habe ich erreicht — so viel wie noch nie ein Bundeskanzler von Österreich erreicht hat! *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Lebhaftes Gegenrufen und Lärm. — Präsident Seitz gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* An Stelle des Herrn Bundeskanzlers würde ich kein Wort der Verteidigung sagen, sondern ich würde nur das hinlegen, was er hier im hohen Hause und bei andern Gelegenheiten gesagt hat, und dann würde ich dem Verfassungsgerichtshof zurufen: So, jetzt urteilt über mich! Über diesen Bundeskanzler kann man ruhig urteilen: er hat getan, was er für sein Land, für unsere Republik tun konnte.

Wir sind uns der Opfer vollauf bewußt, die wir bringen müssen. Wir haben die Überzeugung, wir müssen sie bringen, weil wir keinen andern Weg kennen, unser Volk zur Rettung zu bringen. In alten Zeiten hat man gesagt: Dulce et decorum est pro patria mori. Es ist schön und es ist edel und es ist notwendig, für das Vaterland zu sterben. In diesem Falle aber sage ich: Es ist schön und es ist notwendig, daß wir für die Rettung unseres Vaterlandes ein Opfer bringen. *(Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)* Wir wollen wieder leben, wir wollen eine Zukunft haben, wir wollen unserem Volke eine Zukunft schaffen. Heute ist die Schicksalsstunde und hier ist der Anfang, wo wir wieder beginnen können. Wenn wir aber wieder so fortwursteln sollen, wie es bis jetzt geschehen ist, wo die Krone von Tag zu Tag sinkt, wo unsere Lebensbedingungen immer schlechter werden, dann sind wir ganz verloren. Und deswegen bitte ich das hohe Haus, die

Genfer Konvention anzunehmen. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Seitz**: Zum Worte gelangt der Abgeordnete Dr. Dinghofer. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

Präsident **Seitz**: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Dr. **Dinghofer**: Hohes Haus! Wenn wir in normalen Verhältnissen lebten, so würden wir uns selbstverständlich — und ich habe die Überzeugung, daß wir in dieser Meinung alle einig sind — mit dem Genfer Übereinkommen hier nicht zu befassen haben. Es wären sowohl die Reisen nach Prag, Verona als auch die Reise nach Genf überflüssig gewesen; wir hätten uns aus Eigenem erhalten können. Aber so liegt leider die Sache nicht. Wir befinden uns in einer Lage, in der vielleicht kaum jemals ein Volk gewesen ist von der kulturellen Höhe, wie es das deutsche Volk ist, und daher haben beide Vorredner Recht, wenn sie von einer Schicksalsstunde sprechen. Ja, meine sehr verehrten Frauen und Herren, wir stehen vor einer Schicksalsstunde, und zwar vor einer der schwersten, die jemals uns beschert worden ist, und daher ist auch die Verantwortung, die wir in dieser Schicksalsstunde zu tragen haben, die größte, die schwerste und die furchtbarste. Ich glaube, auch darüber sind wir einig, daß der Zustand in dem wir uns jetzt befinden, unmöglich so bleiben kann. *(Rufe: Sehr richtig!)* Ich glaube, darüber sind wir uns klar: wenn nicht ganz energisch in einer oder der andern Richtung — ich werde darauf zurückkommen, welche Richtungen ich meine — die Gesundung unseres Volkes versucht wird, werden wir hinabstürzen weiter in das Elend und russischen Zuständen unaufhaltbar zutreiben. Wir stehen heute nicht bloß in einer Staatskrise, sondern wir befinden uns auch schon sehr nahe einer Krise der Volkswirtschaft. Viele lebenswichtige Artikel, die das Volk in unserem Staate zu seinem notdürftigsten Leben unbedingt braucht, haben bereits die Weltparität im Preise überschritten: das Mehl, das Fleisch, die Schuhe, die Kohle stehen im Preise bereits höher als im Ausland. Das sind Dinge, die uns zu denken geben müssen. Denn es ist klar, daß damit auch die Lohnfrage im engsten Zusammenhang steht, die Frage der Exportfähigkeit unseres Staates in das Ausland und damit auch wieder die weitere Frage der Arbeitslosigkeit. Heute ist es ja nicht unsere Aufgabe, das hier weiter auseinanderzusetzen, doch ich glaubte, auch kurz von diesem Gesichtspunkt aus einige Worte verlieren zu müssen.

Meiner Meinung nach kommen für uns, hohes Haus, drei Wege in Frage, welche der

Beratung dienen müßten. Die Frage, welche uns am nächsten liegt und deren Lösung unser Hochziel bedeuten würde, ist die Frage der Möglichkeit der Eingliederung in ein größeres Wirtschaftsgebiet, der Eingliederung in das Deutsche Reich. Wenn wir diese Frage auf Grund der gegebenen Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, beantworten, so muß jeder, der nicht die Augen schließt, offen sagen, daß der Anschluß an das Deutsche Reich derzeit leider nicht möglich ist *(Sehr richtig!)*, nicht bloß deshalb, weil Österreich heute kein politischer Machtfaktor ist, politisch vollkommen machtlos geworden ist, sondern auch deshalb, weil sich Deutschland selbst in einer machtlosen Lage befindet und weil die Anschlußfrage heute von ganz andern Faktoren als von Deutschland und Österreich abhängig ist. Solange Frankreich über die stärkste militärische Macht verfügt und solange Frankreich nicht zur Einsicht zu bringen ist, daß es auch in seinem Interesse für ruhige Verhältnisse in Mitteleuropa liegt, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu achten und daher den Anschluß Österreichs, wenn auch nicht zu gestatten, so doch wenigstens zu dulden, solange die Verhältnisse in dieser Beziehung sich nicht ändern, sei es aus eigener Erkenntnis Frankreichs, sei es dadurch, daß sich die politische Weltkonstellation in einer Form bildet, daß von anderer Seite, sagen wir von England oder sonstigen alliierten Mächten ein derartiger Einfluß auf Frankreich ausgeübt wird, solange diese Tatsachen nicht zur Wahrheit werden, können wir leider mit einem wirklichen Anschluß an das Deutsche Reich nicht rechnen. Vielleicht wäre es im Frühjahr 1919 möglich gewesen, ihn zu vollziehen; leider hat damals die sozialdemokratische Partei, die sich heute so anschlussbegeistert zeigt, damals, wo sie die Macht gehabt hat, diese Gelegenheit nicht benutzt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Der zweite Weg, der in Frage kommt, ist der Weg der Selbsthilfe. Darüber sind wir auch alle in diesem Hause in dem Sinne einig, daß, wenn der Weg zur Selbsthilfe uns zum Ziele führen würde, wenn er uns wirklich die Möglichkeit bieten würde, uns aus diesem Elend herauszuführen, kein Mann und keine Frau in diesem Hause wäre, die nicht gerne diesen Weg der Selbsthilfe beschreiten würden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir von der Mehrheit sind aber der Überzeugung, daß die Verhältnisse bei uns in Österreich leider derartige sind, daß dieser Selbsthilfsweg, mag er theoretisch noch so schön ausschauen, nicht auch praktisch durchführbar ist, und das ist der Punkt und vielleicht der wesentlichste Punkt, der die Mehrheit des Parlaments von der sozialdemokratischen Auffassung in diesem Hause trennt. Der Selbsthilfsweg wurde ja mit Hilfe des Finanzplanes anfangs Juni versucht, wo eine Unzahl von Steuern

und weiß Gott was alles in diesem Hause in einem Arbeitstempo wie es noch nie dagewesen ist, beschlossen wurde, und wir haben gesehen, wie weit wir gekommen sind. Die Ereignisse waren viel stärker, die Ereignisse waren so stark, daß dieser ganze Finanzplan in wenigen Wochen eigentlich über den Haufen geworfen wurde, sich als verfehlt, als nicht durchführbar erwiesen hat, nicht durchführbar wenigstens in dem Sinne, daß er eine wirkliche Rettung Österreichs ermöglicht hätte. Wir sind im August und September wieder tief und tiefer hinabgesunken, so daß auch dem letzten Staatsbürger die Augen geöffnet werden mußten, daß es unmöglich so weiter gehen könne, daß eine entscheidende Tat geschehen müsse, wollen wir nicht vollends zugrunde gehen.

So sind wir wieder zum dritten Weg, der ja in diesem Hause schon so oft erörtert worden ist, zu dem Wege der Kredithilfe zurückgekehrt und so ist die Fahrt nach Genf und die Beratung in Genf entstanden. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich sage Ihnen ganz offen: Es ist klar, daß dieses Genfer Übereinkommen in niemandem von uns in Österreich Begeisterung erwecken kann. (*So ist es!*) Aber wir sagen uns: von allen Übeln, die uns bevorstehen, ist zweifellos die Annahme des Genfer Übereinkommens das kleinste. (*Zustimmung.*) Wir haben bei den Krediten immer die Frage zu beantworten gesucht, ob es möglich ist, daß sich eine Reihe von Staaten bereit finden, uns einen Staatskredit zu geben. Dieser Weg hat sich bald als ungangbar erwiesen. Ich sage, vielleicht auch zum Glück, denn meine sehr verehrten Frauen und Herren, einen Staatskredit von solchen Staaten, von denen er erträglich gewesen wäre, hätten wir kaum in so ausreichendem Maße bekommen, daß uns damit geholfen gewesen wäre. Ich meine damit einen Staatskredit von England oder Amerika. Amerika will bekanntlich von Europa sehr wenig wissen und ich glaube kaum, daß es uns gelingen wäre, die amerikanische Regierung so weit zu interessieren, daß sie uns einen Staatskredit gegeben hätte. Es wäre also nur ein Staatskredit von unseren Nachbarstaaten übrig geblieben. Da sage ich Ihnen ganz offen: Ein größerer Staatskredit von unseren Nachbarstaaten schiene mir außerordentlich bedenklich. Denn je mehr wir an unsere Nachbarstaaten verschuldet sind, desto größer ist die Gefahr, daß dann die politische Einflußnahme dieser Nachbarstaaten eine außerordentliche wird. (*Zustimmung.*) Das war auch der Grund, aus dem wir seinerzeit den tschechischen Kredit abgelehnt haben. So kam denn zu der Frage der Privatkredite. Nun steht die Sache so, daß auch kein Privatkredit für Österreich zu bekommen ist, und zwar meiner Überzeugung nach nicht deshalb, weil Österreich heute vielleicht nicht mehr so reich ist, daß es für die

Verzinsung und Amortisierung eines Privatkredites aufkommen könnte, sondern weil unsere Zustände, an deren meines Erachtens die sozialdemokratische Partei nicht zum letzten Schuld ist (*Zustimmung*), uns einen derartigen Ruf im Auslande verschafft haben, daß die privaten Kapitalisten fürchten, bei einem Kredit an Österreich keine genügende Sicherheit durch den Staat Österreich allein für ihre Anleihe erhalten zu können.

So ist man auf den Mittelweg verfallen, daß ein Privatkredit mit Staatsgarantie gegeben werden soll. Es ist nun die Frage zu beantworten, von wem diese Staatsgarantie gegeben werden soll. Da stehe ich wieder auf dem Standpunkt, daß es uns in Österreich lieber sein muß, wenn eine Gruppe von Mächten oder ein Gebilde, das seiner Verfassung nach über den Mächten stehen soll, diese Garantie bietet, als wenn vielleicht wieder nur der eine oder der andere Nachbarstaat diese Garantie übernehmen würde. So komme ich zu dem selbstverständlichen Schlusse, daß politisch und auch wirtschaftlich die Form des Kredites am ehesten erträglich ist, wie sie im Genfer Übereinkommen gefunden wurde: durch Vermittlung des Völkerbundes.

Wenn hier heute Worte in der einen oder andern Richtung über den Völkerbund gefallen sind, so rechne ich mich eigentlich mehr zu den Antiligionen, das heißt zu jenen Menschen, die kein besonderes Vertrauen zu der Wirksamkeit und der Dauer des Völkerbundes haben. Aber das ist sicher, daß der Völkerbund heute für uns ein Gebilde bedeutet, welches uns zweifellos mit Berechtigung den Schluß ziehen läßt, daß wir dort eine objektivere Beurteilung finden können, als vielleicht bei dem einen oder dem andern Staate, bei dessen Erwägungen politische und vielleicht auch wirtschaftliche und verkehrstechnische Interessen sehr stark mitspielen.

Was nun das Genfer Übereinkommen selbst anbelangt, so möge mir folgendes zu sagen gestattet sein. Ich bin unserem Bundesminister für Äußeres sehr dankbar, daß er von Regierung wegen heute hier im Hause klar zum Ausdruck gebracht hat, daß diese drei Protokolle, wie sie in Genf verfaßt worden sind, eine Einheit bilden und daß daher alle Termine, welche in den übrigen Protokollen sichtbar sind und im Protokoll I nicht aufscheinen, automatisch auch auf Protokoll I zurückwirken. Ich werde noch Gelegenheit nehmen, auf die Bedeutung dieses Umstandes zurückzukommen, möchte aber jetzt schon zum Ausdruck bringen, daß es meines Erachtens Aufgabe des Parlaments sein wird, bei der Beschlussfassung über diese Protokolle diese Einheit ausdrücklich in Beschlussform festzustellen und es dann Sache der Durchführung durch die Regierung sein wird, daß die Anerkennung der Einheit auch von der Gegenseite erfolgt.

Was das Protokoll I anbelangt, welches die politische Erklärung beinhaltet, so gebe ich unumwunden zu, daß uns die Stellung zu dem Genfer Übereinkommen durch dieses Protokoll I außerordentlich erschwert wurde. Wir sagten uns, wir haben den Friedensvertrag, der die Ursache und die Quelle alles Übels ist, der die Hauptursache und die Hauptquelle des Zustandes ist, in dem wir uns jetzt befinden, nicht genehmigt, wir haben auch den Vertrag von Lana nicht genehmigt und infolgedessen wäre es mit Rücksicht darauf, daß eine derartige politische Erklärung von österreichischer Seite jetzt wieder verlangt wird, konsequent, auch diese wieder abzulehnen. Das war unsere erste Ansicht. Als wir aber die Sachlage genauer prüften, sind wir zu einer anderen Überzeugung gekommen. Wir mußten uns zunächst die Frage vorlegen, wie denn eigentlich diese politische Erklärung entstanden ist. Nach unserer Anschauung wäre es gewiß besser gewesen, wenn diese politische Erklärung hätte vermieden werden können. Aber diese politische Erklärung ist nicht vielleicht deshalb entstanden, weil die Entente heute fürchtet, daß sich Österreich dem Deutschen Reiche anschließen könnte, sondern diese politische Erklärung ist aus anderen Gründen entstanden, nämlich aus dem Grunde, weil eine eventuelle Rivalität zwischen dem tschechischen und italienischen Interesse (*Sehr richtig!*) hinsichtlich der Republik Österreich eine Gefährdung des Friedens in Mitteleuropa bedeuten könnte. Aus dieser Erwägung wurde die politische Erklärung der garantierenden Mächte geboren, der dann die politische Erklärung Österreichs gegenübergestellt wurde.

Daß eine derartige Differenz und eine derartige Gefahr bestanden hat, auch darüber, hohes Haus, können wir, glaube ich, keinen Zweifel haben, denn schon die Entwicklung in den letzten Monaten hat uns solche Gefahren gezeigt. Erinnern wir uns, daß der Berichterstatter über den französischen 70 Millionen-Kredit, welchen wir erhalten haben, Mablemaire, in der französischen Kammer bereits zum Ausdruck gebracht hat, er meine, für Österreichs Rettung wäre es das Beste, wenn es wenigstens in Form einer Zollunion in die kleine Entente Aufnahme finden würde. Es war dies am 21. März und zwei Tage darauf erscholl sofort das Echo auf der tschechischen Seite, indem damals der Handelsminister Dr. Gottowetz eine ähnliche Ansicht zum Ausdruck brachte. Und am 24. März war die tschechische Presse davon voll, daß Beneš mit einem neuen Wirtschaftsprogramm, welches selbstverständlich auch die Verhältnisse Österreichs regeln soll, nach Genua gehe. Dann kam noch die Frage der Währungs- und Zollunion mit Italien, welche insbesondere von italienischer interessierter Seite, soweit es den Hafen von Triest betrifft, betont wurde, und so sehen wir, daß sich

die Nachbarstaaten immer intensiver in einer Art und Weise mit unserem Staate beschäftigt haben, die uns gewiß nicht gleichgültig bleiben konnte. So ist die Entstehung des Protokolls I zu erklären.

Wenn wir weiter bedenken, daß derartige politische Erklärungen zweifellos in außerordentlich großer Anzahl in der ganzen Welt in den verschiedensten Staaten existieren, daß derartige politische Erklärungen mehr oder minder nicht die Bedeutung haben, die man ihnen gewöhnlich zuschreibt, und wenn man ferner bedenkt, daß bei genauerem Zusehen durch diese politische Gegenerklärung Österreichs eigentlich die Rechtslage, wie sie durch den Friedensvertrag geschaffen wurde, nicht geändert wird, so kommt man von selbst dazu, diese politische Erklärung gegenüber dem Friedensvertrag wird nicht geändert. Nun behauptet der Herr Oppositionsredner Doktor Renner: Ja, es war damals eine ganz andere Sache. Der Friedensvertrag wurde unter einem Zwange unterschrieben und heute genehmigen wir diesen Artikel 88 freiwillig. Ich möchte dem Herrn Dr. Renner etwas anderes in Erinnerung bringen. Ich glaube, diese Entzweiung ist nicht so unbedingt ehrlich gemeint, und zwar deshalb nicht so unbedingt ehrlich gemeint, weil, wenn man auch zugeben würde, daß wir hier diesen Artikel 88 freiwillig anerkennen, dies bereits einmal in diesem Hause geschehen ist durch den Vertrag von Lana, den meines Wissens auch die sozialdemokratische Partei genehmigt hat. Ich bestreite aber, daß heute ein Zustand der Freiwilligkeit besteht. Wir sind in einer Zwangslage, und zwar meines Erachtens in einer viel größeren Zwangslage als wir seinerzeit es waren als es die Frage zu entscheiden galt, ob wir die von den Siegermächten diktierten Friedensbedingungen annehmen oder nicht. (*Zustimmung*).

Ich habe erwähnt, daß mir die Erklärung des Herrn Bundesministers für Äußeres hinsichtlich der Einheit aller Protokolle von außerordentlicher Bedeutung erscheint, und zwar deshalb von außerordentlicher Bedeutung, weil daraus hervor geht, daß die Geltungsdauer dieser politischen Erklärung unsererseits auch eine beschränkte ist, und zwar beschränkt — meiner Empfindung nach — auf zwei Jahre, im Gegensatz zu dem Friedensvertrag, der ja bekanntlich für alle, für ewige Zeiten gelten soll, im Gegensatz zu dem Vertrag von Lana, in dem der Friedensvertrag wieder ausdrücklich für drei Jahre anerkannt worden ist. Ob die zweijährige Frist gilt oder ob die zwanzigjährige Frist gilt, diese Frage bereits jetzt endgültig zu beantworten wage ich nicht, aber soviel ist mir klar: Wenn das österreichische Volk seine Situation ändern will, so kann es das jeden Tag; es kann es dadurch, daß es den Kredit zurückzahlt und infolgedessen aller Fesseln wieder ledig wird, selbstverständlich auch frei wird von dieser

politischen Bindung, wenn es glaubt, daß nunmehr der Weg zum Anschluß an das Deutsche Reich offen steht. Ich bin aber der Meinung, meine sehr verehrten Frauen und Herren, daß eigentlich niemand in diesem Hause vorhanden ist — auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in ihrem Innern nicht — der heute die Verantwortung dafür übernehmen könnte, wegen der Ablehnung dieser politischen Erklärung Folgen heraufzubeschwören, die unabsehbar sind, Folgen, die unser Volk direkt in den Abgrund stürzen würden. *(Beifall und Händeklatschen.)* Denn der Stein würde unaufhaltsam weiterrollen und es gäbe dann keine Hilfe mehr. Und so sage ich: Gerade vom Standpunkt der Anschließpolitik müssen wir das Protokoll I genehmigen, denn jetzt können wir den Anschluß nicht machen, aus Gründen, die ich bereits angeführt habe; aber es ist unsere Pflicht, das Ziel weiter zu verfolgen, daß uns endlich das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt wird, und uns daher so lange zu erhalten, bis die politische Weltlage derart ist, daß uns eben die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ermöglicht wird. *(Beifall und Händeklatschen.)* Wir schwören daher den Anschluß nicht ab, sondern halten an ihm fest und werden auch in Zukunft daran festhalten.

Nun noch einige Bemerkungen zum Protokoll III, das die Verpflichtungen Österreichs staatsfinanzieller Natur betrifft. In diesem Protokoll wird als oberster Zweck — und daran muß festgehalten werden — nicht vielleicht der Kredit festgelegt, sondern der Versuch einer Sanierung, das heißt einer Rettung Österreichs. Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Inhalt des Protokolls III geprüft werden. Zu diesem Zwecke dienen innere Maßnahmen. Diesem Zwecke sollen auch die Kredite und die Notenbank dienen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Kredite und die Notenbank die Situation nur erleichtern können. Das Schwergewicht ist auf die inneren Maßnahmen zu legen. In dieser Beziehung wird uns die härteste und wichtigste Aufgabe bevorstehen. Und diese Aufgabe wird nun durch ein Regierungsprogramm begrenzt und festgestellt, das dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Hohes Haus! Ich bin der Anschauung, daß es ein Erfolg der Regierung und unseres Bundeskanzlers war, daß uns nicht die Arbeit des finanziellen Komitees von Genf aufgetroffen wurde, daß nicht sie uns im Parlament zur Genehmigung vorgelegt wird, sondern daß unsere Regierung, die ja das Vertrauen der Mehrheit dieses Parlaments genießt, beauftragt wurde, ein eigenes Programm auszuarbeiten. *(Beifall und Händeklatschen.)* Es scheint mir aber auch noch folgende Bestimmung, die heute noch nicht erwähnt worden ist, wesentlich die Situation zu erleichtern. Es ist mir klar, daß heute auch die gescheiteste Regierung nicht imstande ist, die Zukunft

soweit voranzusehen, daß sie ein Programm herstellen könnte, das für die nächsten zwei Jahre voll und ganz ausreichen würde. Es ist ganz gut möglich, daß Ergänzungen und Änderungen notwendig sind. Und in dieser Beziehung finden wir wieder im Protokoll III die Bestimmung, daß auch bei Ergänzungen und Änderungen die Einwilligung des Parlaments einzuholen ist. Und so sehen wir, daß von einer Diktatur von außen keine Rede sein kann, daß das Parlament nicht ausgeschaltet ist, sondern in seinen Rechten bleibt.

Das Regierungsprogramm stelle ich mir natürlich so vor, daß es einen vollen Einblick gibt und daß es nur in der Durchführung die Möglichkeit eventuell eines weiteren Rahmens, eines erweiterten Wirkungskreises bietet. Wir müssen uns aber auch folgendes in Erinnerung bringen: Ich würde mit Bedenken der Frage nähertreten, wenn wir unter den altösterreichischen Verhältnissen leben würden. Altösterreichische Regierungen waren von dem jeweiligen Monarchen abhängig und nicht vom Parlament. Unsere Regierung kann nicht eine Stunde länger im Amt bleiben, wenn sie nicht die Mehrheit des Parlaments hinter sich hat. *(Zustimmung.)* So ist es selbstverständlich, daß jede Regierung nur dann am Platze bleiben kann, wenn das Parlament mit ihr geht, wenn das Parlament seine Arbeiten, seine Aktionen, seine Durchführungsmaßnahmen genehmigt.

Wir finden weiter im Protokoll III die Einsetzung eines Generalkommissärs. Als Aufgabe dieses Generalkommissärs wird besonders hervorgehoben, daß er die Durchführung des Reformprogramms, die Verwertung des Anleiheerlöses zu überwachen und daß er jede Entwertung der Pfänder, welche für den Anleihedienst gewidmet sind, zu verhindern hat. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Das sind eigentlich Dinge, die selbstverständlich sind, selbstverständlich zugunsten der Kreditgeber, besonders aber zugunsten der Garantiemächte. Wer heute jemandem eine Garantie über Kredit gibt, wird sich auch das Recht vorbehalten, etwas mitzureden und insbesondere in den Einnahmen sich ein Pfand sichern zu dürfen und darüber zu wachen, daß die Anleihe nicht einer Verwendung zugeführt wird, für die sie nicht bestimmt ist. Ich bin der Meinung, daß der Generalkommissär dann für uns ertragbar sein wird, wenn er die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse unserer Bevölkerung achtet, wenn er sich in unsere Verhältnisse hineinlebt. Daher scheint mir die Auswahl der Persönlichkeit des Generalkommissärs von besonderer Wichtigkeit zu sein; denn schließlich machen doch Menschen die Geschichte; daher möchte ich der Erwartung Ausdruck geben, daß die Auswahl des Generalkommissärs eine uns befriedigende wird. Befriedigen muß uns, daß kein Vertreter der

unmittelbaren Nachbarmächte und der Großmächte zum Generalkommissär bestimmt wird. Es ist das zweifellos ebenfalls ein Erfolg unserer Regierung.

Diesem Generalkommissär steht zur Seite, und zwar, Gott sei Dank nicht hier in Wien, sondern in Genf, die Kontrollkommission. Da führt nun der Herr Oppositionsredner an, daß diese Kontrollkommission ungeheuer schwer extragbar sei, weil der Aufgabenkreis, den dieselbe hat, uns die Freiheit usw. nehme. Er führt auch weiter an, daß im Friedensvertrag von einer Kontrolle keine Rede sei. Nun, meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich werde Ihnen mit wenigen Worten beweisen, daß der Herr Oppositionsredner offenbar vom Inhalt des Friedensvertrages gar keine Ahnung mehr hat (*Heiterkeit*), obwohl er bekanntermaßen denselben außerordentlich nahesteht. Denn an Stelle der Reparationskommission tritt die Kontrollkommission; nur ist der Unterschied zwischen den Aufgaben der Reparationskommission und der Kontrollkommission der, daß die Rechte der Kontrollkommission bedeutend geringere sind, als die der Reparationskommission.

Nach dem Staatsvertrage von Saint-Germain hat die Reparationskommission viel weitergehende Kontrollrechte über die österreichischen Finanzen. Bekanntlich haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen Österreichs an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Lasten, die sich aus dem Staatsvertrage von Saint-Germain ergeben. Die Reparationskommission hat ferner „das österreichische Steuersystem zu prüfen, damit alle Einkünfte Österreichs einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung aller inneren Anleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden“. Es stehen ihr die weitestgehenden Überwachungs- und Ausführungsbefugnisse sowie die Ermächtigung zur Auslegung der betreffenden Bestimmungen des Staatsvertrages zu, sie ist an keine Gesetzgebung, auch nicht an besondere Vorschriften über die Untersuchung und das Verfahren gebunden. Die Wiener Sektion der Reparationskommission hat, wie das hohe Haus sich ja erinnern dürfte, im Jahre 1920 an die Reparationskommission in Paris einen Bericht erstattet, in dem sie die Gewährung eines entsprechenden Kredits der alliierten Großmächte als unbedingt notwendige Voraussetzung der finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs beantragte und für den Fall der Gewährung dieses Kredits den Plan einer finanziellen Reformation unter ihrer Kontrolle entwarf. Die Regierungen der alliierten Großmächte lehnten die Gewährung eines solchen Kredits ab und verwiesen Österreich auf den Weg der Erlangung von Krediten seitens privater ausländischer Bankiers. Da sich dieser Weg als nicht gangbar

erwies, ersuchten die Regierungen der alliierten Mächte, im März v. J. den Völkerbund, die finanzielle Sanierung Österreichs in die Hand zu nehmen. Diese Aktion des Völkerbundes hat nun zu den Protokollen von Genf geführt.

Wenn wir die in ihnen enthaltene Kontrolle nun mit der im Staatsvertrage von Saint-Germain vorgesehenen Kontrolle vergleichen, so ergibt sich folgendes:

1. Die Kontrolle wird nach dem Staatsvertrage von der Reparationskommission der siegreichen Mächte, nach den Genfer Protokollen von einem Bevollmächtigten des Völkerbundes und von einem Völkerbundsomitee durchgeführt.

2. Nach dem Staatsvertrag erstreckt sich die Kontrolle auf allen Besitz, auf alle Einnahmen und Ausgaben Österreichs und dauert bis zur Abtragung aller Reparationen und sonstigen Verpflichtungen. Nach den Genfer Protokollen erstreckt sich die Kontrolle auf die Durchführung des Finanzprogramms und wird mit dieser beendet, soweit es sich nicht um die Kontrolle der konkreten, den ausländischen Gläubigern für die Anleihe gewährten Pfandobjekte handelt.

3. Nach dem Staatsvertrage von Saint-Germain hat die Kontrolle den Zweck, die aus diesem Vertrag entspringenden Reparationen und andere Zahlungen Österreichs zu sichern. Nach den Genfer Protokollen hat sie den Zweck, uns ausländische Kredite zu verschaffen und unsere finanzielle Sanierung zu gewährleisten.

Wenn man diese Entwicklung unbefangen betrachtet, so kann man nur sagen, daß sie eine Erleichterung der Fesseln gegenüber dem Friedensvertrage bedeutet. Wenn daher von Kuratel oder etwas Ähnlichem gesprochen werden kann, so ist dies meines Erachtens im vollen Sinne des Wortes richtig beim Friedensvertrage von Saint-Germain, zumindest in einem viel ausgiebigeren Maße.

Hohes Haus! Wir finden weiter im Protokoll III unter den finanziellen Bestimmungen auch die Frage der Errichtung einer Notenbank. Dieselbe soll mit einem Kapital von 30 Millionen Schweizer Franken errichtet werden. Wir haben gegen diese Herabminderung des Aktienkapitals nichts einzuwenden, wohl aber haben wir schwerste Bedenken — und das sagen wir auch ganz offen — daß im Notenbankstatut vielleicht die Frage der Virilstimmen, und insbesondere die Frage der Einstimmigkeit bei gewissen Beschlüssen verankert werden könnte. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es weiteren Verhandlungen unserer Regierung gelingt, in dieser Beziehung eine bedeutende Erleichterung zu schaffen.

Nun interessieren uns meines Erachtens auch noch die Termine, welche in diesen verschiedenen Protokollen enthalten sind.

Wir sind der Anschauung, daß diese Termine nur dann für uns Geltung haben können, wenn auch von der Gegenseite die volle Erfüllung der Verpflichtungen eintritt, und zwar nicht bloß in der Richtung, daß die verschiedenen Parlamente bis zum 31. Dezember 1922 das Garantieverprechen genehmigt haben, sondern auch in dem Sinne, daß die Kredite wirklich in absehbarer Zeit gegeben sind. Denn ich halte es für ausgeschlossen und bei dem Zustand, in dem wir uns befinden, geradezu untragbar, daß unsere schreckliche Lage in ihrer Unsicherheit und Ungewißheit vielleicht noch auf längere Zeit hinausgezogen wird. Jedenfalls scheinen mir in dem Protokoll in dieser Beziehung noch genauere Feststellungen notwendig zu sein und es wird daher Aufgabe des Ausschusses und der Regierung sein, auch in dieser Richtung unsere Vorteile möglichst zu wahren.

Nun lassen Sie mich mit einer allgemeinen Bemerkung schließen. Ich möchte unsere Bevölkerung vor allzu übertriebenen Hoffnungen warnen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die härteste Zeit jetzt erst beginnt. *(Zustimmung.)* Wir müssen uns klar sein, daß das Wichtigste, was wir zu leisten haben, die inneren Maßnahmen sind und daß diese selbstverständlich die schwersten Opfer von unserer Bevölkerung erfordern werden. Die Zeit ist eine so schwere, daß wir mit Kamillentee unmöglich kurieren können. Wir müssen trachten, mit allen Mitteln Ordnung in unserer Staatswirtschaft herzustellen und ich habe die Überzeugung, diese Ordnung der Staatswirtschaft wird nur dann gelingen, wenn alle mittun. Wenn aber weite Kreise unserer Bevölkerung den Versuch der Wiedergefundaung hindern oder sabotieren, dann wird uns niemand von dem Untergange retten.

Es scheint mir aber auch von außerordentlicher Wichtigkeit zu sein, daß wir bei der Frage der Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalte die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft nicht außeracht lassen. Denn in einer Staatskrise fürchterlichster Art befinden wir uns schon. Trachten wir, daß eine Krise der Volkswirtschaft unter allen Umständen vermieden werde! Und wenn der Herr Oppositionsredner Dr. Renner meint, daß wir „Bürgerlichen“, wie er uns bezeichnet — meines Erachtens mit Unrecht, denn weder die christlichsoziale noch die großdeutsche Partei ist eine Klassenpartei, sondern wir sind eine Partei der Volksgemeinschaft — für die Volkswirtschaft keinen Sinn haben, so befindet er sich in einem großen Irrtum. Ich habe dagegen die Überzeugung, daß gerade die sozialdemokratische Partei für wirtschaftliche Fragen sehr wenig Verständnis hat *(lebhaft Zustimmung)*, daß sie immer im eminentesten Sinne das war, was wir eine politische Partei nennen. Ich wiederhole noch einmal, achten wir auf unsere

Volkswirtschaft, denn wenn diese auch mitgerissen würde, dann fürchte ich, daß unser Staatskörper zu schwach ist, um auch noch dieses aushalten zu können.

Und so gehen wir also außerordentlich schweren Tagen entgegen. Aber ich habe die Hoffnung — und in dieser Beziehung bin ich Optimist — trotz meiner ernsten Beurteilung unserer Lage, daß diese schwere Schule, durch die unser Volk jetzt zu gehen gezwungen ist, unser Volk stählen und härten wird. Und so wird vielleicht doch einmal der Augenblick kommen, wo es uns gelingen wird, diese wirtschaftlichen und finanziellen Fesseln und damit auch die politischen Fesseln aus eigener Kraft abzuschütteln. *(Lebhafter Beifall.)* Heute sind wir leider nicht so weit. In dieser Auffassung befinden wir uns im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei. Wir haben die Überzeugung, daß wir heute nicht so weit sind, und daher bleibt uns, wenn wir unser Volk nicht dem grausamsten Schicksal des Hungersterbens aussetzen wollen, wenn wir unser Volk nicht russischen Zuständen zutreiben wollen, keine andere Wahl, als das Genfer Übereinkommen anzunehmen, um mit Hilfe dieses Genfer Übereinkommens die Rettung unserer Heimat, unseres Vaterlandes zu versuchen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat):* Der Herr Abgeordnete Dr. Renner hat folgenden Antrag überreicht *(liest)*:

„In Erwägung, daß der Bundeskanzler in den Verhandlungen mit dem Völkerbundsrat eine Konvention unterzeichnet hat, die die Unabhängigkeit der Republik schwer gefährdet, indem sie die Republik einer internationalen Kontrolle unterwirft, welche über die vom Ausschusse für Äußeres als hinnehmbar erklärten Grenzen einer solchen Kontrolle weit hinausreicht, spricht der Nationalrat dem Bundeskanzler die schärfste Mißbilligung aus.“

Der Antrag ist mit zehn Unterschriften gedeckt.

Die Abgeordneten Fink, Dr. Dinghofer und Genossen haben folgenden Antrag überreicht *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Nationalrat dankt dem Herrn Bundeskanzler und der Gesamtregierung für die erfolgreichen Bemühungen, unser Volk aus Not und Elend zu befreien und den Wiederaufbau des Vaterlandes zu bewerkstelligen. Indem der Nationalrat die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers über die Verhandlungen in Genf und deren

Ergebnisse zustimmend zur Kenntnis nimmt, spricht er dem Bundeskanzler und der gesamten Regierung das Vertrauen aus."

Auch dieser Antrag ist genügend mit Unterschriften versehen und steht in Verhandlung.

Ich will nur bemerken, daß die Geschäftsordnung keine Grundlage für solche Anträge bildet und daß ich ohne Präjudiz für die Zukunft, und wenn von keiner Seite ein Widerspruch erhoben wird, diese Anträge zum Schlusse der Debatte zur Abstimmung bringen werde.

Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Seiz.

Abgeordneter **Seiz**: Hohes Haus! Wir haben nunmehr drei Redner gehört — Seipel, Hauser, Dinghofer — die sich der nicht leichten Mühe unterzogen haben, die Tat des Herrn Professor Seipel zu rechtfertigen. In der Wüste der politischen, verfassungsrechtlichen, völkerrechtlichen Erörterungen dieser Reden ist wie eine Oase endlich erschienen ein Hinweis des unmittelbaren Vorgesprechers auf die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung der Tat Seipels. Ich will höflich sein und sie nicht so bezeichnen, wie sie zu bezeichnen wäre. Mit Recht sagt der Vorredner: Täuschen wir uns nicht — wenn dieses wirtschaftliche und finanzielle Programm des Völkerbundes durchgeführt werden soll, dann wird durchaus nicht eitel Freude in Österreich sein, sondern wir werden eine schwere und harte Zeit erleben. Wenn der Bundeskanzler nicht so sehr seinen Ehrgeiz darein setzte, als ein Diplomat in der Welt zu gelten, der es durch seine besonders schlaun Winkelzüge zustande gebracht hat, daß die ganze Welt endlich von Österreich redet, ein schlauer Diplomat zu sein, der es verstanden hat, den Völkerbund zu zwingen, daß er sich mit Österreich beschäftigt, der es verstanden hat, Jugoslawien gegen Italien zu verheizen, Italien und Jugoslawien gegen Frankreich usw., um daraus für Österreich scheinbar Vorteile zu erzielen, wenn er nicht seinen Stolz darein setzte, als ein großer Diplomat in der Welt spazieren zu gehen und einst in die Geschichte zu kommen, wenn er zweitens nicht sehr bewußte Ziele in der inneren Politik dieses Landes hätte, Ziele, die verwerflich sind und die uns in den Abgrund und zu den größten Gefahren führen können (*Beifall*), wenn er nicht seinen Ehrgeiz darein setzte, ein großer Politiker in der äußeren und inneren Politik zu sein, sondern seine Aufgabe darin erblickte, worin heute jeder auf diesem Posten stehende verantwortliche Mann seine Aufgabe zuerst erblicken muß, nämlich darin, Mittel und Wege zu schaffen, wie man dieses arme Österreich aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not befreit, nicht mit Winkelzügen, sondern in ehrlicher

Weise durch seine Selbsthilfe (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), dann hätten wir nicht von dem Bundeskanzler und all seinen Nachbetern und Anhängern diese politischen Reden gehört, sondern wir hätten eine einfache, schlichte Darstellung darüber empfangen, was denn nun das wirtschaftliche und finanzielle Programm ist, auf Grund dessen eine Konvention geschlossen, irgendwelche verfassungsrechtlichen Veränderungen vollzogen werden sollen usw. Der Bundeskanzler, der Österreich aus seiner wirtschaftlichen Not und seinem finanziellen Elend befreien will, der das Volk von Österreich aufrufen will, dieses große Werk der Selbsthilfe zu vollbringen, der muß vor allem andern einen klaren finanziellen und wirtschaftlichen Plan haben und dann erst kann er sich umschauen, wer ihm dazu Kredite gibt, unter welchen Bedingungen er Kredite bekommt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.*) Heute aber, sehr geehrte Frauen und Männer, heute aber in Österreich aufstehen und diesem hungernden armen Volke zu sagen, ich bin bereit, ich habe ein geheimes Programm, ein Finanzprogramm, mit dem ich dich retten, mit dem ich dich befreien werde unter einer Bedingung: Du mußt, bevor ich es dir sage, über eine Konvention abstimmen, die dir deine Freiheit nimmt, die dich verflacht, die letzte Hoffnung des Anschlusses nimmt usw., das ist eine lügnerische, eine heuchlerische Politik. (*Lebhafter Beifall.*) Es ist die Politik schmählicher Ausnutzung des Hungers dieses Volkes für politische Zwecke. Natürlich die Leute — und das ist Ihre Spekulation — sagen sich heute: Ja, wie soll uns denn geholfen werden? Es muß uns doch geholfen werden, also greifen wir nach jedem Mittel. Und wenn uns der Herr Prälat Seipel ein solches Geheimmittel verspricht, verlangen wir es nicht näher zu kennen, beschließen wir die Konvention. Das ist keine Spekulation.

Herr Bundeskanzler, eine Gruppe von Menschen gibt es noch in Österreich, die sich so nicht narren läßt, sondern die Ihnen erklärt: Sie werden dieses Finanzprogramm vorlegen und werden sagen, was geschehen soll; und wenn dieses Programm da ist und wir es geprüft haben, dann werden wir über die andern Dinge reden. (*Lebhafte Zustimmung.*) Dann werden wir sehr bald sehen, ob es notwendig ist, dieses Finanzprogramm mit Hilfe des Völkerbundes durchzuführen unter diesen drückenden Bedingungen, ob es notwendig ist, dieses Programm durchzuführen unter Verrat an der eigenen Freiheit, ob es notwendig ist, es durchzuführen unter Verrat an der Zukunft des Volkes, oder ob es nicht möglich ist, es als ein Finanzprogramm aus eigener Kraft durchzuführen.

Meine Herren! Es ist ja so bezeichnend für diese Debatte — ich habe die Rede des Bundes-

kanzlers und die Rede des Herrn Abgeordneten Hauser sehr aufmerksam verfolgt — es ist bezeichnend, daß Sie von der Liebe zum Volke reden, daß Sie das Vaterland preisen, den Schutz des Vaterlandes, die Liebe zum Vaterlande — so eine der echt altösterreichischen Melodie. Aber nicht einmal kommt Ihnen das Wort „Republik“ über die Lippen. (*Beifall und Händeklatschen.*) Dieses Wort haben Sie aus Ihrem Sprachschatz gestrichen. Das ist so bezeichnend für Ihre ganze Denkweise, vor allem für Ihre altösterreichische Denkweise, und mit Recht hat einer der Redner gesagt: Sie warten nur auf den Kaiser, und da Ihnen dieser Kaiser nicht gegeben werden kann, so muß es mindestens ein Kaiserlein in der Form des Kommissärs des Völkerbundes sein (*Lachen*), dem Sie das Volk ausliefern können, der eine Autorität darstellt, weil Sie nicht dulden wollen, daß das Volk selbst Autorität ist und sich selbst hilft.

Der Herr Abgeordnete Hauser hat sehr liebevoll, sehr väterlich geredet und hat uns gesagt, er sei nicht zu hassen, sondern zu lieben da, auch wir sollen lieben. Es klang so, als wisse er sehr gut, welchen hartgesottenen Sünder er zu verteidigen hat (*Lachen*), und daß ihm nur durch väterliche christliche Liebe verziehen werden kann. Nun, wir Sozialdemokraten sind gut-herzige Menschen (*Lachen*) und verzeihen leicht; aber eine Sünde können wir nicht verzeihen, und darüber hilft alle unsere Liebe zu den Menschen und selbst zu den Sündern nicht hinweg: das ist die Sünde des Hochverrates am eigenen Land und Volk. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Und wenn sich der Herr Abgeordnete Hauser wundert, daß bei uns nicht mehr Liebe zu Seipel ist, und daß der Abgeordnete Dr. Renner als Sprecher unseres Klubs klar und deutlich sagt: nein, nein und abermals nein! dann erinnern wir uns daran, daß bis zum August dieses Jahres die Politik der Sozialdemokratie in diesem Lande in allen Fragen der äußeren Politik die war, zu sagen: Ja, ja und ja. Wir haben durchaus nicht immer allem zugestimmt und durchaus nicht die Fehler verkannt, die mancher Minister des Äußern, der von Ihnen gestellt und gewählt war, begangen hat; wir haben durchaus nicht alles gebilligt, was sie getan haben, aber im Grunde war die äußere Politik der Republik doch geradlinig die: Wir müssen diese Republik und ihre Freiheit erhalten, nach außen hin möglichst die Einheit des ganzen Volkes wahren, selbst wenn wir über Fehler und Breßhaftigkeiten hinwegsehen müssen. Warum haben wir immer Ja gesagt? Die Politik der Republik Österreich war vom ersten Tage an eine Politik der vollkommenen Neutralität gegenüber allen Staaten, der Freiheit vor allen Verbindungen und Bündnissen besonderer Art zu einzelnen Staaten, die Politik der Neutralität

gegenüber allen, bis zu dem Augenblicke, wo wir in der Lage sind und die politischen Machtverhältnisse es ermöglichen, den Schritt zu machen, der einzig und allein unsere Zukunft bestimmen kann, den Schritt, der allein unsere Rettung ist: den Anschluß an das Deutsche Reich. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Das war eine geradlinige Politik, und sie ist, im Grunde genommen, von allen mitgemacht worden. Wir haben uns in das diplomatische Getriebe in Europa nicht hineingemengt, wir haben nie versucht, die einzelnen Staaten gegeneinander auszuspielen, wir waren uns auch dessen bewußt, daß wir viel zu klein und viel zu schwach dazu sind, wir haben uns damit beschieden, wenn man von uns nicht viel redet, und haben auf den Tag gehofft, der uns die einzig mögliche Verbindung bringen wird, die Österreich bestimmt sein kann.

Von dieser Linie ist Seipel abgewichen, und das ist sein Sündenfall. (*Lachen.*) Der Herr Abgeordnete Hauser erinnert uns an unseren großen Freund Viktor Adler, er appelliert an uns, wir sollen nicht streiten und nicht raufen, habe doch Adler schon gesagt: „Trachten wir zunächst, den Boden zu gewinnen, auf dem wir einmal raufen können!“ Den Boden zu gewinnen, wären wir schon am Wege. Ja, wir haben eigentlich den Boden schon gewonnen gehabt. Mit Recht sagte Renner: Wir haben die Reparationskommission beseitigt, wir haben die Militärkommissionen beseitigt, wir haben alles beseitigt, was hier an Bedrängnis für uns bestanden hat. Wir hatten schon unsere Freiheit, wir hatten schon den Boden gewonnen, auf dem wir uns eine glücklichere Zukunft bauen können. Und wenn wir heute sagen: Ja, wir raufen, so raufen wir um das große Prinzip, ob diese Linie der äußeren Politik Österreichs beibehalten werden soll, die seit den Novembertagen 1918 hier eingehalten worden ist, oder ob wir uns in die kniffligen und winkligen diplomatischen Schachzüge des Herrn Seipel einlassen und in die Diplomatie verstricken und unsere Freiheit an den jeweils Mächtigen verkaufen sollen. (*Lebhafter Beifall.*) Um das geht der Streit.

Wirtschaftlich und finanzpolitisch läßt sich der Plan eigentlich wirklich nicht erörtern, weil man ja über ihn gar nichts weiß. Wir haben Ratschläge des Völkerbundes, sie sind diesem Entwurf einer Konvention beigegeben. Der Bundeskanzler versichert aber ausdrücklich, daß sie durchaus nicht bindend, sondern daß sie Ratschläge sind. Warum befehlen Sie uns mit dieser Konvention? Glauben Sie den Leuten aus ihren eigenen Reihen, über diese einzelnen Protokolle, in denen ihnen auf Schritt und Tritt immer der Hinweis auf den Finanzplan begegnet, abstimmen könnte, ohne dieses Finanzprogramm zu

kennen? Glauben Sie den ernstlich, daß man über den Artikel 3 des Protokolls III — ich rede gar nicht von uns, sondern von Ihren eigenen Leuten — wird abstimmen können, ohne zu wissen, um welches Finanzprogramm es sich denn handelt, zu dessen Durchführung der Regierung eine solche Ermächtigung gegeben werden soll? Das widerspräche allen Grundsätzen der Vernunft und der Logik.

Es ist ein Winkelfzug, um der Bevölkerung die Augen auszuwischen und ihr zunächst zu sagen: Beschließt die Konvention, die Hilfe wird dann schon kommen. Und was diese Hilfe bedeutet, das haben Sie ja gesehen. Wäre dieses Finanzprogramm da, meine Herren, dann würde sich sehr bald zeigen, daß ein vernünftiges Finanzprogramm im Grunde genommen gar nichts anderes sein kann, als ungefähr das, was man sich im August dieses Jahres vorgestellt hat, wie wir den Vorschlag machten, eine Konzentrationsregierung zu bilden. Entweder wird dieses Programm ungefähr dem Selbsthilfeprogramm entsprechen, an das man damals gedacht hat, dann frage ich: Wozu hat man dieses Kommando bedurft? Oder es wird dem nicht entsprechen und es wird Torheiten und Unmöglichkeiten enthalten oder Zumutungen an einzelne Klassen der Bevölkerung, daß sie allein die Last tragen und die andern frei werden, dann wird dieses Programm nicht zustande kommen, dann werden Sie zuschanden werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Damit erledigt sich ja auch, meine sehr geehrten Herren, die ganze Frage dieser Zwangslage. Aus der Zwangslage, in der wir uns befinden, sollen wir befreit werden. Wodurch? Durch 500 Millionen Goldkronen und dann durch unsere Hilfe. Ökonomisch steht also die Frage sehr schlicht und einfach: Hast du, Österreich, hat deine Volkswirtschaft 500 Millionen Goldkronen, die sie zweckmäßig verwenden kann, dann kannst du dir helfen. Kannst du diese 500 Millionen Goldkronen nicht aufbringen, dann kannst du dir nicht helfen, dann mußt du dich an einen anderen verkaufen, mußt deine Freiheit preisgeben.

Nun, meine Herren, ich glaube nicht, daß der Herr Bundeskanzler den Mut haben wird, zu sagen, daß die 500 Millionen Goldkronen nicht aus der österreichischen Wirtschaft herauszuholen wären, und damit ist die ökonomische Frage beantwortet. Sie sind, ökonomisch betrachtet, in keiner Zwangslage, sondern eine Anzahl von Volkswirten, die durchaus nicht aus unseren Reihen sind, sondern Leute aus rein bürgerlichen Kreisen, Leute, die jedesmal, wenn sie von dieser Rettung sprechen, sich dreimal bekreuzigen und förmlich bekennen, daß sie nicht daran denken, irgendeinem Schieber auch nur eine Krone zu beschlagnahmen, weist Ihnen nach, daß die österreichische Wirtschaft imstande wäre, diese 500 Millionen Goldkronen aufzubringen. Es handelt sich also um gar

keine ökonomische Zwangslage und niemand wird das ernsthaft behaupten.

Um was es sich handelt, das ist eine psychologisch-politische, anders ausgedrückt, eine moralische Zwangslage. *(Sehr richtig!)* Sie leiden an einem moralischen Mangel. Das Bürgertum in Österreich ist nicht zu gewinnen, jene Selbstlosigkeit und jene Opfer aufzubringen, die notwendig wären, um die Selbsthilfe durchzuführen. Mit bewunderungswürdigem Opfermut hat die Arbeiterklasse an der Selbsthilfe Österreichs gearbeitet. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* In einer Zeit, wo wir im schrecklichsten Hunger waren, wo dem Arbeiter jeder Bissen Brot kostbar war, hat die Arbeiterschaft gesagt, wir verzichten auf den ganzen Lebensmittel- und Brotzuschuß und geben ihn preis. In der Zeit, wo wir in schrecklichster Notlage waren, hat die Arbeiterschaft mit klugem Verständnis auf sich genommen ein Gesetz, betreffend die Personaleinkommensteuer, das eigentlich, meine Herren, die Arbeiterklasse wesentlich ungünstiger stellt als die Besitzenden, weil sie diese Personaleinkommensteuer hinterziehen, weil sie die Personaleinkommensteuer in einer Zeit gezahlt haben, da sie den zehnten Teil des Wertes betragt hat, während dem Arbeiter die Personaleinkommensteuer am Freitag oder Samstag, an seinem Lohnzahlungstag einfach in dem vollen Werte abgenommen wurde und er sie nicht hinterziehen konnte. Diese Opfer haben die manuellen und die geistigen Arbeiter für Österreich gebracht und ich könnte aus der Geschichte unserer Finanzwirtschaft aufzählen, Punkt um Punkt, welche schwere Opfer die Arbeiter in diesem Staate für die Republik gebracht haben, wie oft gerade unsere Partei die Demagogie die Front von gewissen Kreisen ertragen mußte, und den Mut aufgebracht hat, den Arbeiter zu sagen: Willst du die Republik oder willst du sie nicht, willst du das Chaos oder nicht? Die Arbeiter haben also den Beweis erbracht, daß sie Opfer bringen können und Opfer bringen wollen. Alfanzerien, lächerliche Vorschläge vom Neunstundentag oder was Sie da für Unsinn reden in einem völligen Unverständnis der in Betracht kommenden Fragen, wünsche ich nicht weiter zu erörtern. Das sind Lächerlichkeiten. Aber die Opfer sind gebracht worden.

Wo sind die Opfer des Bürgertums? *(Sehr richtig!)* Wir haben Sie seinerzeit eingeladen, eine Vermögensabgabe zu machen. Durch diese Vermögensabgabe hätte ein vom bürgerlichen Standpunkt gerechter Ausgleich selbst stattfinden können. Es waren so viele Leute, die ein Vermögen erworben hatten — um mich Ihrer Terminologie zu bedienen — in harter Arbeit — bitte, ich will nicht untersuchen, vielleicht waren viele darunter, die nur bei der Arbeit anderer zugeschaut und dann gesagt haben, sie haben in harter Arbeit dieses

Vermögen erworben — aber jedenfalls nach Ihrer eigenen Auffassung Leute, die ein ehrenhaft erworbenes Vermögen hatten: sie mußten es verlieren. Es waren Leute, die Ihnen nahegestanden sind, die in wirklicher Arbeit sich einen Sparpfennig für das Alter erworben hatten, arme Personen, die 40.000, 50.000, 60.000 K in der Sparkassa erspart hatten, und sie mußten sie verlieren. Es waren arme Leute, die Aussicht auf einen ruhigen Lebensabend gehabt hatten; sie haben Kriegsanleihe gezeichnet und sie mußten sie verlieren. Wir haben Sie damals eingeladen, eine Vermögensabgabe zu machen und so auch nach Ihrer bürgerlichen Auffassung Recht und Gerechtigkeit, einen Ausgleich walten zu lassen und all die Schieber und Kriegsgewinner und all die Leute, die an dem Unglück des Volkes groß und reich geworden waren, durch eine vernünftige Vermögensabgabe zu besteuern und zu einer patriotischen Leistung für den Staat zu veranlassen. Meine Herren! Erinnern Sie sich noch an das schändliche Spiel der Verhandlungen über die Vermögensabgabe, wie Sie dieser Vermögensabgabe Bahn um Bahn ausgegriffen haben, bis das lächerliche Ding zurückgeblieben ist, das Sie dann beschlossen haben. Das war Ihre Selbsthilfe!

Eine Grundsteuererhöhung? Da sei Gott vor, das ist unmöglich! Wenn die Gemeinde Wien sagt: Leute, die heute im Hotel Imperial und dergleichen leben können, sollen eine Steuer zahlen, schreien Sie, Sie seien ruiniert. Wenn man den Leuten eine Luxusabgabe vorschreibt, schreien Sie, Sie seien ruiniert. Und es ist wahr, so mancher von Ihnen, meine Herren, sagt einem im stillen Kämmerlein: Ja, von meinen Leuten ist halt an Steuern nichts herauszubringen. (Hört!)

Meine Herren! Das ist keine ökonomische, das ist Ihre moralische Krise, es besteht keine ökonomische Zwangslage, sondern eine moralische Zwangslage. (Beifall und Händeklatschen.)

Professor Seipel sagt eigentlich: Gut, die Arbeiter werden ja vielleicht aus eigenem das tun, was notwendig ist. Aber wie gewinne ich meine Leute? Meine Herren von den bürgerlichen Parteien des Nationalrates! Unsere herzlichste Gratulation zu der moralischen Einschätzung, die Sie bei Ihrem Führer Seipel gefunden haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Kinder sind Sie nach seiner Auffassung, Kinder, die nicht glauben, daß sie Opfer bringen müssen, Kinder, die kein Opfer bringen wollen, auch wenn man ihnen noch so sehr Vernunft predigt, Kinder, die dem Herrn Professor Seipel nicht folgen, Kinder, die daher einen Kommissär brauchen, damit er ihnen diktiert, was sie zu tun haben. (Beifall und Händeklatschen.) Das ist die Zwangslage, in der sich der Herr Professor Seipel befindet. Nun, meine Herren,

selbst wenn ich die Hoffnung hätte, daß es diesem Kommissär gelingen würde, durch Beseitigung des Parlaments und durch Überantwortung der ausschließlichen Macht an eine Regierung noch einige hunderttausend Kronen Grundsteuer herauszubekommen (Zwischenrufe) und so Ihren moralischen Schaden zu beheben, sind wir nicht in der Lage, dieser Ihrer moralischen Zwangslage Rechnung zu tragen.

Es ist auch unrichtig, was man so häufig jetzt in ausländischen Blättern — offenbar von der österreichischen Regierung beeinflusst — lanziert findet. Da wird davon geredet, die Sozialdemokratie habe ja gar keine Selbsthilfe wollen, die Sozialdemokratie wolle doch gar nie mitwirken. Dem gegenüber muß ich erwähnen, daß die Sozialdemokratie bis zum Jahre 1920 in einer Koalition gestanden ist, mit einer bürgerlichen Partei, unter den schwierigsten Umständen, daß sie da die schwersten Opfer gebracht hat und daß diese Verbindung damals nur über dem Intriguenspiel einzelner Personen innerhalb Ihrer Partei und über dem Intriguenspiel Ihrer Presse gesprengt worden ist. Das war die Koalition. Dann sind die Wahlen gekommen und Sie haben bei diesen Wahlen einen Sieg über uns gefeiert. Bitte, wir gestehen das ruhig ein. Sie haben uns damals besiegt. Sie sind stärker hereingekommen. Mit welchen Mitteln erlassen Sie es mir, das zu untersuchen! (Lacher.) Ich wünsche keine Reizungen zu schaffen. Wenn Sie aber lachen, so kann ich einzelnes davon so ungefähr andeuten. Was haben Sie den Leuten versprochen? Daß Sie sie befreien werden von jeder Steuer. Haben Sie den Leuten nicht gesagt, daß unter der schimpflichen Regierung Renner die Krone auf zehn Centimes gesunken ist und daß sie unter Ihrer Regierung steigen wird? Haben Sie nicht gesagt, daß das Brot schon 60 K kostet und daß das ein wahnsinniger Brotpreis ist? Und heute kostet es 6000 K. Soll ich die ganze Liste Ihrer Wahlausrufe und all ihrer Lügenblätter noch einmal herzeigen? Sie sind sich dessen bewußt, mit welchen Mitteln Sie diese Wahlschlacht gewonnen haben und daß Sie sie nur gewonnen haben mit den Mitteln ärgster Demagogie (Zwischenrufe), mit leeren Versprechungen, von denen Sie wußten, daß Sie sie nicht erfüllen können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Sie sind aus Ruder gekommen.

Es war dieser kleinen Gruppe Ihrer Partei gelungen, sich in den Sattel zu setzen — der Herr Professor Seipel hat die Führung übernommen — unter verschiedenen Namen: einmal Mayr, einmal Schober usw.; der Name tut nichts zur Sache — er hat die Führung übernommen und er hätte Gelegenheit gehabt, diese Rettung zu vollbringen. Er möge mir sagen, wann wir ihn gehindert haben, eine vernünftige Finanzreform zu machen. Ja, ich

muß weitergehen: Wenn wir Sie gehindert haben, die Finanzen zu ordnen, dann besteht dieses unser Verbrechen nicht darin, daß wir etwa gegen Gesetzentwürfe von Ihnen Obstruktion gemacht haben; Sie werden das vergebens nachzuweisen versuchen. Wenn das Wort wahr ist, daß wir Sie verhindert haben, dann waren wir so heimtückisch und so schlecht, Ihr Gehirn zu verwüsten und Sie zu hindern, einen Finanzplan auch nur zu entwerfen (*Heiterkeit*), denn Sie haben keinen Finanzplan vorgewiesen. Ein Jahr lang war die Sozialdemokratie so böse und hat die Finanzminister und die Regierungen gehindert, sich hinzusetzen und einen Finanzplan auszuarbeiten. Nur das könnte unser Verbrechen sein; denn alles das, was Sie gebracht haben, ist wohlwollend und gewissenhaft geprüft worden, es ist ihm stattgegeben worden, wenn es möglich war, man hat eine Opposition in allen Grenzen gemacht, wenn es nicht möglich war. Ein Jahr haben wir so auf Ihren Finanzplan gewartet bis zum Oktober 1921. Dann ist der furchtbare Zusammenbruch gekommen und wir haben Ihnen einen umfassenden Finanzplan für die Rettung Österreichs vorgelegt. Was ist aus diesem Finanzplan geworden? Sie haben schlimme Scherze über ihn gemacht, Sie haben ihn dem Gespött politischer Jungen preisgegeben. Sie haben, weil Sie erkannten, daß dieser Finanzplan ernst ist, daß er geeignet wäre, Österreich zu retten — natürlich auch mit Opfern der Schieber und der Gewinner und mit Opfern der Kapitalisten — diesen Finanzplan abgelehnt. Dann haben Sie versucht, einzelnes von ihm zu retten, schlecht, verfälscht, zu spät usw., nur um den Schein zu wahren.

Es ist wieder die Zeit vergangen, wir sind in die Zeit der Krise von Lana gekommen, es waren einige Finanzgesetze da und ein Teil der heutigen bürgerlichen Mehrheit hat — warum, meine Herren? Weil sie Großdeutsche sind, weil sie den Anschluß an Deutschland wollen (*Heiterkeit*), weil sie von der Tschecho-Slowakei unabhängig sein wollen, weil sie nicht den Friedensvertrag neuerlich unterschreiben wollen; Dinge, die sich heute recht lustig anhören — ein Teil der heutigen Mehrheit hat Opposition gemacht. (*Zwischenrufe.*) Finanzvorlagen waren in Gefahr und die Sozialdemokratie hat erklärt, sie kann nicht die Republik wegen dieser Mätzchen, die da einige Herren machen, in Gefahr bringen lassen, und hat sich wieder bereit erklärt, an allen Finanzvorlagen mitzuwirken, welche geeignet sind, diesen Staat aus seiner Not zu befreien. Und schließlich, meine Herren, als der August kam, der große Sturz der Krone und alles drohte zusammenzubrechen und wir wirklich vor der größten Gefahr standen . . . (*Rufe: Im Juni!*) Ja, es war auch der 12. Juni ein Stichtag, es gibt eben sehr viele Phasen — dann ist der August gekommen

und im August, als alles zusammenzubrechen drohte, als die größte Gefahr bestand, daß die Krone überhaupt gestrichen wird und daß man um inländische Kronen im Inlande nichts mehr bekommt, an dem Tage ist die Sozialdemokratie wieder aufgestanden und hat gesagt: Wir sind bereit, in einer Regierung mitzuwirken, die von allen Parteien zusammengesetzt ist und das tut, was heute finanziell die eiserne Notwendigkeit ist, um Österreich zu retten. Das war im August. Bezeichnend ist die Verschiedenheit der Stellung der Sozialdemokratie und der Christlichsozialen zu dieser Zeit. Wir haben beide die Gefahr gesehen, wir haben auch ein Programm der Selbsthilfe durch das ganze Volk entworfen, durch eine Regierung des ganzen Volkes. Was haben Sie getan? Dem Herrn Professor Seipel sind einfach die Nerven durchgegangen, er hat einfach einen Zusammenbruch erlebt, er hat sich gesagt: zwei Jahre regiere ich dieses Volk, zwei Jahre habe ich die Möglichkeit gehabt, Österreich finanziell zu retten — was habe ich getan? Er ist doch endlich zurückgeschauert vor diesem Erfolg, vor diesem Stand der Krone, vor diesem Stand der Preise, vor diesem Stand der Papiergeldwirtschaft, aber sein erster Gedanke war, nicht das Volk zu retten durch das Volk selbst; sein erster Gedanke war, politische Intriguen zu spinnen, mit denen man vielleicht etwas bekommen kann, sich Italien anzubieten, daß wir uns um eine Münz- und Währungsunion verkaufen, das heißt Preisgabe des Landes, um einige Millionen Lire zu bekommen; die Tschecho-Slowakei dadurch herauszufordern, daß sie gegen eine solche Ausdehnung des italienischen Einflusses bis an die Donau Stellung nehmen, Jugoslawien herauszufordern, und nach Berlin zu fahren, damit auch die Großdeutschen etwas haben (*Heiterkeit*) und dort in Berlin einige Worte der Beruhigung zu sagen, alles das in der Absicht, eine Volksregierung zu vermeiden, die er nicht will, da blieb ihm also nichts übrig als fremde Hilfe zu suchen um das zu erreichen, was er innerhalb der letzten zwei Jahre durch Eigenhilfe des Volkes hätte erreichen können. Das Resultat dieses Intriguenspiels sind die Vereinbarungen von Genf.

Ein Wort noch darüber, was Herr Dr. Dinghofer hier gesagt hat. Er hat allen Ernstes meinem Freunde Kenner zugerufen, er kenne die Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain nicht, denn wenn er sie kenne, so würde er wissen, das sie noch viel schlechter sind als das, was heute hier geboten wird. Ja, meine Herren, daran hat kein Mensch gezweifelt — das muß ich auch dem Herrn Prälaten Hauser gegenüber sagen — daß der Friedensvertrag von Saint-Germain das Allerschlechteste war, was man sich überhaupt je vorgestellt hat. Der Friedensvertrag von Saint-Germain

hat uns in einer Zwangslage gefunden, in einer wirklichen Zwangslage: Besetzung des Landes und was wir alles vor uns gesehen haben. Der Friedensvertrag von Saint-Germain war uns diktiert, aber Renner ist nicht hinausgegangen, um ihn zu bewirken, wie der Herr Professor Seipel, um die die Diktatur ins Land zu holen, sondern er ist nach Saint-Germain gegangen, um — überzeugt, daß man diese Diktatur über uns verhängen will — noch so viel als möglich von den Plänen abzuwehren, die damals gegen Österreich bestanden. *(Sehr richtig!)* Das ist der wesentliche Unterschied in der Sache. Und wenn der Herr Prälat Hauser sagt, er war damals selbst Redner und erinnere sich recht gut, wie schwierig es damals war, und er habe sich damals gesagt, es werde nie mehr ein so schwerer Tag kommen, und er finde diese Meinung bestätigt, heute sei es viel leichter — nun, meine Herren, dann kann ich ihn nur bewundern. Der Friedensvertrag von Saint-Germain war gewiß das schwerste, aber er war einem niedergeschlagenen Volke mit der Gewalt der Waffen diktiert. Diese Konvention, die Sie uns hier zumuten, ist von niemandem diktiert, sie ist herbeigeführt durch ein Intriguenpiel des Bundeskanzlers beim Völkerbund. Das ist der große Unterschied in dieser Sache, und das ist es, was jeden, der mit der Republik empfindet, so tief in seinem Innern kränken muß. Damals sind wir als aufrechte Menschen dagestanden; wir wußten, daß die Bauern und Arbeiter in Österreich diesen unglückseligen Krieg nicht angefangen haben, sondern daß es andere Kräfte waren; wir haben uns nicht schuldig gefühlt; wir waren niedergeschlagen, aber wir haben uns als freie Männer gefühlt, die um ihre Freiheit kämpfen. Heute sind wir Bettler, die sich ausgeboten, die ihre Freiheit und die Republik um schnödes Geld verkauft haben. Das ist der moralische Unterschied in der Sache, und wenn hier gesagt wird, daß man gehofft hat, es werde nie so etwas kommen wie Saint-Germain, so kann ich sagen, auch ich habe es gehofft, ich habe mir gesagt, daß eine solche Schande über Österreich nicht mehr kommen kann. Aber leider bin ich enttäuscht. Wir haben uns gesagt, es wird nicht mehr möglich sein, weil wir geglaubt haben, daß, solange diese Republik besteht, niemand, der die Reparationskommissionen und die Militärkommissionen am Werk gesehen hat, einen Fremden ins Land rufen wird, weil wir gehofft haben, solange die Republik besteht, werde man ihre Freiheiten und ihre Demokratie und ihren Nationalrat, die Vertretung des souveränen Volkes achten und seine Rechte nicht antasten wollen, weil wir geglaubt haben, wir werden alles tun, um trotz der Friedensverträge die heilige Flamme unserer Hoffnung zu nähren, daß es einmal anders wird, daß Europa einmal geändert wird und wir uns einreihen können in das große Wirtschaftsgebiet, in

dem wir allein bestehen können. Wir haben gehofft, daß niemals mehr ein Saint-Germain kommen wird, weil wir nicht glauben können und nicht glauben konnten, daß sich ein Mann, gewählt aus dem deutschösterreichischen Volke, dazu hergeben werde, Verrat zu üben am eigenen Volke! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Dieser Mann hat sich gefunden.

Wir werden seinen Absichten zu begegnen versuchen. Wir drohen nicht. Wir sind keine Leute, die Ihnen Barrikadenkämpfe ankündigen. Wir haben auch durchaus nicht die Absicht, heute von den Mitteln zu reden, mit denen wir den heute noch dunklen und verdeckten Plänen des Bundeskanzlers begegnen werden. Aber wir können Ihnen in aller Ruhe sagen, daß wir entschlossen sind, unsere Freiheit zu verteidigen und jeden Anschlag gegen sie abzuwehren. Wie, das wird sich später zeigen. Das wird sich ganz besonders dann zeigen, wenn einmal überhaupt klar steht, was ist. Sie werden das Finanzprogramm vorlegen, dann werden wir über dieses Finanzprogramm reden, und wenn das vorüber ist und Sie bekundet haben, daß Sie bereit sind, die Selbsthilfe durchzuführen und Sie bekundet haben, was Sie den Arbeitern und was Sie den Bürgern zumuten, dann werden wir weiter reden. Ist dieses Programm etwas wert, ist es möglich, mit diesem Finanzprogramm Österreich zu retten, dann werden wir auf dieses schmähliche Angebot verzichten können und werden uns allein retten. Ist es nicht geeignet, uns zu retten, dann werden wir um so weniger unsere Freiheit verkaufen. Mit einem Wort: Wir werden prüfen, was wirklich ist und nicht nur die Redensarten politischer Verträge. Wir werden prüfen, welche Absichten man mit unserer Wirtschaft hat, mit der Arbeitskraft des Volkes, diesem kostbarsten Gut, das wir noch haben. Wir werden prüfen, was man mit unseren Freiheiten will, wir werden prüfen, ob der Weg, der hier eingeschlagen wird, uns unsere Zukunft versperrt oder nicht, und dann erst werden wir entscheiden. Aber das können wir Ihnen heute schon sagen: Wenn Sie glauben, die heute noch unklaren Absichten des Herrn Professors Seipel verwirklichen zu können, dann werden Sie scheitern an dem Widerstande, an dem entschlossenen, energischen Widerstande der arbeitenden Menschen in diesem Staate, die entschlossen sind, die Republik, die Freiheit und Zukunft zu verteidigen, auch gegen den Herrn Professor Seipel. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schönbauer.

Abgeordneter Dr. Schönbauer: Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Herren! Wenn ich

heute im Namen meiner Gruppe zu den Genfer Vereinbarungen spreche, so bin ich mir voll der Verantwortung bewußt, die jeder Politiker in den nächsten Wochen zu tragen hat, und ich will versuchen, unbeirrt vom Parteistreit, möglichst objektiv den Inhalt dieser Vereinbarungen zu prüfen. In den letzten Tagen haben wir das merkwürdige Schauspiel erlebt, daß auf der einen Seite ein lautes „Hosianna!“ und auf der andern ein „Kreuziget!“ gerufen worden ist. Das Richtige, die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Wenn wir die Politik unseres Bundeskanzlers Dr. Seipel heute rücksehend betrachten, so sehen wir, daß er von Anfang an ein bestimmtes Ziel gehabt hat, nämlich Österreich auf absehbare Zeit Ruhe zu verschaffen, zugleich dieses Österreich aber in pazifistischem Sinne festzulegen. Es war daher sicherlich gar niemals seine feste Absicht, diesen Staat in nähere Beziehung zu Italien etwa in der Form zu bringen, wie die Linke des Hauses gemeint hat, sondern es ging sein Plan dahin, zunächst die Rivalität der Nachbarn zu wecken, um ihnen zu zeigen, daß dieses Österreich ein Zankapfel zwischen den Staaten werden müsse, und auf Grund dieser vorhandenen Rivalität dann einen Ausweg zu finden. Betrachtet man also rücksehend die Politik der letzten sechs Wochen, so muß man zweifellos zugeben: Das, was sich Bundeskanzler Dr. Seipel vorgenommen hat, das hat er zielstrebend und kraftvoll durchgeführt. Und daher stehe ich nicht an — gerade weil ich sonst mit seiner Politik nicht vollkommen übereinstimme — zu erklären, daß nach meiner Überzeugung dies diplomatisch ein Meisterstück dargestellt hat. (Beifall.)

Verschieden aber von dieser Frage ist eine andere, ob nämlich ein nationaler Politiker den Vereinbarungen voll zustimmen kann. Eine Zustimmung mit Rücksicht auf die Zwangslage wäre ja zunächst vielleicht leicht. Aber ich glaube, unsere Verpflichtung geht dahin, gerade weil wir nicht eine Regierungspartei im engeren Sinne sind, aber noch weniger Oppositionspartei, ruhig den Inhalt dieser Vereinbarungen zu prüfen und, wenn es notwendig ist, auch Kritik zu üben.

Betrachten wir nun den Inhalt der einzelnen Protokolle, so muß ich leider sagen, daß das Protokoll I einen sehr bedauerlichen Eindruck in nationalpolitischer Beziehung macht. Es ist nicht richtig, daß das Protokoll I in nationalpolitischer Beziehung und in der Sache des Anschlusses keine Verschlechterung darstellt. Zweifellos ist in dem Protokoll I eine Verschlechterung enthalten. Denn erstens ist die neuerliche Bekräftigung des Artikels 88 vier Jahre nach der Kriegsbeendigung an und für sich schon sicherlich eine Erschwerung. Dazu kommen aber die folgenden Verpflichtungen, die besagen:

Jede Verhandlung, jede wirtschaftliche und finanzielle Bindung wird verboten, die geeignet ist, die Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Diese Bestimmungen über die wirtschaftliche Unabhängigkeit, diese Ausführungen über wirtschaftliche Verhandlungen waren im Friedensvertrage nicht enthalten. Auf Grund dieser Bestimmungen kann nun wirklich die Entente jedwede innere Annäherung, jede wirtschaftliche und kulturelle Annäherung an Deutschland unterbinden. Und wir müssen uns fragen: Ist das notwendig gewesen? Es wird uns darauf von allen Seiten geantwortet: Ja, es war notwendig, denn wir mußten etwas hingeben, weil wir etwas Wertvolles empfangen. Das Wertvolle, das wir empfangen, war die Garantieverpflichtung, die feierliche Garantieerklärung der Viermächte, wie sie im Anfang der Erklärung festgelegt ist. Da muß ich aber wieder darauf erwidern: Es ist merkwürdig, daß in einen neuen Vertrag, der vor dem Völkerbund unterzeichnet ist, eine solche feierliche Erklärung überhaupt hineinkommt. Wenn dies von den Ententeleuten gefordert wurde, so hätte ich erwartet, daß unsere Delegation darauf sagt: „Ja, das ist doch merkwürdig, was ihr uns da zugestehen wollt als Gegenleistung! Der Artikel 10 des Völkerbundsvertrages, auf den ihr euch feierlich festgelegt habt, lautet doch: Die Gliedstaaten des Bundes verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren.“ Nun sind wir ein Mitglied des Völkerbundes und ohne diese Garantieerklärung haben alle andern Völkerbundstaaten, nicht nur die vier unterzeichneten, sondern auch zum Beispiel Südslawien, aber auch Ungarn, das jetzt im Völkerbund drinnen ist, auf Grund des Völkerbundsvertrages allein schon die Verpflichtung gehabt, nicht nur selber keine begehrliche Hand nach fremdem Gut auszustrecken, sondern noch mehr, sie haben die Verpflichtung, es gegen jeden äußeren Angriff zu wahren. Hier geschieht nun das Merkwürdige, daß uns etwas geboten wird als eine besondere Gabe, das weniger ist als die ursprüngliche Verpflichtung, zu der sich ein jedes Völkerbundglied durch den Völkerbundvertrag bekannte. Man sieht daraus, daß es noch weit bis zu dem Zustand ist, zu dem es nach meiner Überzeugung niemals kommen wird, auf den der Herr Bundeskanzler hofft, daß nämlich der Völkerbund wirklich ein Instrument sein wird, um politisch die Welt im Frieden zu regieren. Wir sehen, wenn uns etwas, was weniger ist als der ursprüngliche Völkerbundvertrag, als Gabe gereicht wird, daß eben die Herren selbst den Völkerbundvertrag nur so lange halten wollen als es ihnen paßt. Das ist das Bedauerliche an dem ersten Protokoll und wir werden uns erlauben, in dieser Beziehung noch

Aufklärung von der Regierung im Ausschusse zu verlangen.

Die zweite Frage ist die wirtschaftliche Wirkung des Vertrages, sein wirtschaftlicher Inhalt. Da kann das Urteil wesentlich günstiger ausfallen. Wir müssen uns erstens zweifellos an die Zwangslage erinnern, in der sich die Regierung um Mitte August befunden hat, und da muß ich wieder der Linken des Hauses sagen, mit Schuld der Sozialdemokraten befunden hat; denn die damalige Lage war, wie ich schon neulich gesagt habe, eine Folge davon, daß die Regierung eben in den vergangenen Monaten, seit dem 31. Mai, seitdem sie im Amt war, keine wirkungsvolle wirtschaftliche Politik machen konnte, sondern von einem Tag auf den andern weiter fortgewurstelt hat wie die früheren Regierungen. Die Schuld daran aber, daß es so gewesen ist, trifft zweifellos in erster Linie die sozialdemokratische Opposition. Ich sage, die Regierung war damals in wirtschaftlicher Beziehung wirklich in einer Zwangslage. Berücksichtigt man nun diese ungünstigen Umstände, so kann man sagen, daß diese Kreditabmachungen verhältnismäßig günstig sind. Dabei halte ich es für meine Verpflichtung, auch an die Verdienste des vorigen Bundeskanzlers Schober zu erinnern, der gerade in dieser Beziehung sehr wirksam vorgearbeitet hat, was auch der Herr Bundeskanzler gelegentlich öffentlich betont hat. Schober war es, der insbesondere mit den englischen Stellen in sehr innigen Kontakt getreten ist und bei den Engländern und Amerikanern großes Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage erweckt hat.

Wenn man aber dieses Kreditabkommen beurteilen will, so muß man unsere Bevölkerung vor allem wieder vor einem warnen: ein großer Teil unserer Bevölkerung glaubt, daß wir diese 520 Millionen Goldkronen geschenkt bekommen. Man rechnet sich schon aus, wieviel Millionen Kronen auf jeden privaten Haushalt entfallen. So ist aber die Sache leider nicht. Es handelt sich um ein Darlehen, das wir unter ziemlich schweren Bedingungen erhalten und unter schweren Bedingungen zurückzahlen werden. Die vier Garantiestaaten haben nicht aus reiner Menschenliebe gehandelt, sondern waren sehr wohl auf ihren geschäftlichen Vorteil bedacht. Es sollen uns 650 Millionen Goldkronen ausbezahlt werden. Davon müssen wir aber 130 Millionen Goldkronen sofort den vier Staaten zurückzahlen und 20 Millionen bleiben noch für die Tschecho-Slowakei. Wahrscheinlich sollen diese 20 Millionen als Kaufpreis für das Gebäude des Ministeriums des Innern bestimmt werden, auf das die Tschechen schon längst ihre Blicke gerichtet haben. Diese 650 Millionen Goldkronen sollen uns rein zur Verfügung stehen, aber alle Begebungskosten sollen sofort aufgeschlagen werden. Demnach wird das Nominale der Anleihe gar nicht auf 650 Mil-

lionen Kronen lauten, sondern mindestens auf 700 Millionen, da ein Begebungskurs von höchstens 92 bis 94 zu erwarten ist. Wir werden also in zwei Jahren aus dem Titel dieser 650 Millionen Goldkronen, die wir jetzt bekommen, und der früheren Vorschüsse 700 Millionen Goldkronen mehr schuldig sein.

Diese 700 Millionen Goldkronen sollen nun nach Ablauf von zwei Jahren nicht nur verzinst, sondern auch getilgt werden. Rechnet man für beides zusammen nur zehn Prozent, so brauchen wir für den Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Anleihe allein 70 Millionen Goldkronen jährlich. Schon daraus geht aber hervor, daß das Normalbudget, das der Völkerbund aufgestellt hat, von vornherein falsch ist. Denn das Völkerbundkomitee hat für den Schuldendienst nur 52 Millionen Goldkronen eingestellt, während er 70 bis 100 Millionen betragen wird. Denn unsere Schulden werden ja nach zwei Jahren nicht nur aus diesen 70 Millionen Goldkronen, sondern auch noch aus den früheren Dollarschulden, zusammen aus etwa 1400 Millionen Goldkronen bestehen. Dieses Normalbudget, auf das sich die Berechnungen des Völkerbundkomitees aufbauen, ist aber auch in einer zweiten Beziehung falsch, nämlich in bezug auf die Ausgaben. Es wird dort damit gerechnet, daß wir in diesem Staate mit 237 Millionen Goldkronen auskommen müssen. Nun zeigt uns aber ein Vergleich mit dem Budget des alten Österreich, daß dies unmöglich ist. Das alte Österreich hatte 28 Millionen Einwohner und jährliche Ausgaben von rund drei Milliarden Goldkronen. Davon entfielen rund 1200 Millionen auf durchlaufende Posten und 1800 Millionen auf normale budgetmäßige Ausgaben. Wenn wir nun berechnen wollen, wieviel unser Staat in normalen Zeiten ungefähr ausgeben wird, müssen wir diese Summe durch vier dividieren. Das ergibt die Summe von 450 Millionen Goldkronen. Das werden in zwei Jahren die budgetmäßigen Ausgaben sein, nicht aber 237 Millionen Goldkronen, wie das Völkerbundkomitee ausrechnet. Daraus folgt, daß die Lasten und Opfer, die allen Ständen in dieser folgenden Zeit auferlegt werden, noch weit alle Berechnungen übertreffen; denn man müßte die Schulen und alle Humanitätsanstalten zusperrern, wenn man mit einem Budget von 237 Millionen Goldkronen in der Folgezeit auskommen wollte. Demnach sehen wir nach meiner Überzeugung, daß gar keine Hoffnung ist, in zwei Jahren wirklich das Gleichgewicht in den Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Die Kontrolle wird aber nach dem Protokolle so lange dauern, bis dieses Gleichgewicht hergestellt sein wird und es soll sich daher niemand einbilden, daß die Kontrolle nach zwei Jahren aufgehoben wird. Das ist der ungünstige Teil des Inhalts.

Anderseits ist es die Frage, ob man etwas anderes an Stelle dieser Kreditabmachungen setzen kann. Da muß ich nun gegenüber den sozialdemokratischen Rednern sagen, daß nach meiner Überzeugung das Schlagwort der Selbsthilfe und der eigenen Opfer ganz undurchführbar und leer ist. Die sozialdemokratische Partei sagt uns, daß es sich darum handelt, 500 Millionen Goldkronen aufzubringen. Es entsteht die Frage, ob wir sie im eigenen Lande aufbringen können oder ob sie aus dem Auslande kommen müssen. Zweifellos wären 500 Millionen Goldkronen in diesem Staate aufzubringen, aber sie müßten aus dem werbenden Vermögen genommen werden. Wir werden jetzt, wenn wir einmal eine stabile Währung haben, sehen, wie verarmt unser ganzer Produktionsapparat ist, und wenn der Herr Präsident Sie in diesem Zusammenhange gefragt hat, wo die Opfer der Bürger sind, so sage ich, daß die industrielle Arbeiterschaft mit Schauern binnen kurzem sehen wird, wie groß die Opfer der Bürger waren, die werbendes Kapital, werbendes Vermögen besaßen. Keine Opfer haben die Schieber und Spekulanten gebracht, die beizeiten den Weg in das Ausland gefunden haben und das ist auch der wichtigste Einwand gegen den sozialdemokratischen Plan.

Wenn heute die Sozialdemokraten noch immer meinen, man könne mit der Valutenanforderung an Stelle dieser Kreditaktion die 520 Millionen Goldkronen aufbringen, so vergessen sie das eine: Wenn zehn Tauben auf einem Dache sitzen und man schießt eine herunter, so bleiben nicht neun sitzen, sondern gar keine mehr. Wenn man den Teil der Valuten beschlagnahmt, den man erreichen kann, so sind die andern weg, spurlos verschwunden, sie sind bereits im Auslande — ein Prozeß, den wir bereits seit vier Jahren kennen. Wenn aber nun die sozialdemokratische Partei auch jetzt erklärt hat, die Regierung und die nichtmarxistischen Parteien haben zwei Jahre lang Zeit gehabt und niemals einen vernünftigen Finanzplan gemacht, so muß ich Sie doch an etwas erinnern. Zu der Zeit, als unsere Nationalversammlung am 16. Februar 1919 gewählt worden ist, war Staatssekretär für Finanzen der alte Bauernbündler Dr. Steinwender. Dr. Steinwender hatte einen fertigen Finanzplan in der Tasche, er war bereit, alle Bankkonten sofort zu sperren, nicht zu konfiszieren, sondern sie zu Sicherungszwecken zu beschlagnahmen, er war bereit, gegen die Banken auf das Schärfste vorzugehen. Bei der Wahl am 16. Februar ist er durch einen Zufall nicht gewählt worden, die Sozialdemokraten zogen als stärkste Partei im Hause ein und man sollte meinen, sie hätten sofort den Mann, der gegen die Banken, gegen das Großkapital, gegen die Vermögensflucht aufgetreten ist, zum Staatssekretär für Finanzen bestimmt. Keine Spur davon! Sofort

wurde Steinwender entlassen und an seine Stelle Schumpeter gesetzt. Warum? Weil er vorher in der Sozialisierungskommission in Berlin gearbeitet hatte. Demnach muß man sagen: Sie haben damals die Möglichkeit gehabt, einen bürgerlichen Politiker — ich sage mit Stolz: er war ein Bauernbündler — zum Finanzminister zu machen, dieser war bereit, das Opfer der Unpopularität zu bringen, und Sie haben dankend darauf verzichtet. Dann erinnere ich mich noch an eine andere Begebenheit, da ich schon Abgeordneter war. Wir sind von den Verhandlungen von Saint-Germain nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zurückgekommen. Nun war doch die Lage so, daß nach Ihrer Meinung die Selbsthilfe in erster Linie hätte hervortreten müssen; jetzt hätte man von allen Seiten Opfer verlangen müssen, da Sie ja heute das gleiche verlangen. Wie war es damals? Damals haben Sie von uns eine Ermächtigung begehrt, die Gobelins zu verkaufen, eine weitere Ermächtigung begehrt, das Tabakmonopol zu verpfänden oder zu verkaufen. Sehen Sie, Sie haben im Jahre 1919 nicht den Versuch unternommen, wirklich aus den Banken, aus dem Großkapital etwas herauszuholen, im Gegenteil, während Ihrer ganzen Regierungszeit ist keine einzige Maßnahme in dieser Richtung getroffen worden. Weiters muß ich Sie an folgendes erinnern, weil Sie sagen, kein bürgerlicher Politiker hat jemals einen solchen Plan gehegt. Nach Dr. Steinwender war es der jetzige Bundesminister Kraft, der Ihnen im Februar 1920 einen vollkommenen Plan vorgelegt hat, der mit der Zwangsanleihe zu Sicherungszwecken anfangt und dann in weiterer Folge Vermögensabgabe auf Grundlage dieser Zwangsanleihe usw. Und dieser Plan, denn der jetzige Minister Kraft im Unterausschuß erörtert hat, ist damals an dem Widerstande der Sozialdemokraten gescheitert.

Meine Herren! Ich will heute wirklich nur ruhig als Historiker der Wahrheit die Ehre geben und da muß ich eben sagen, dieser Vorwurf ist ganz unberechtigt, den Sie gegen die nichtmarxistischen Parteien erheben, weil es Tatsache ist, daß Sie zwei Jahre lang die Kraft gehabt hätten, einen antikapitalistischen Finanzplan durchzuführen und ihn nie durchgeführt haben. Sie haben erst dann eine antikapitalistische Finanzpolitik, eine gewaltsame Beschlagnahme und dergleichen verlangt, als Sie nicht mehr in der Regierung saßen, während es natürlich Ihre Aufgabe gewesen wäre, mit gutem Beispiel in dieser Regierung voranzugehen.

Überblicken wir heute die Gesamtwirkungen, so müssen wir sagen: daß eine Kontrolle kommt, daran sind wir alle miteinander selber schuld, ohne Unterschied des Standes und der Partei. Das ist das Traurige dabei. Wir müssen aber auch anderseits, wenn eine Kontrolle kommt, doch noch soviel Selbst-

besinnung aufbringen, um nicht aus rein parteitaktischen Gründen den Kopf in den Sand zu stecken oder nur auf die Partei bedacht zu sein, sondern müssen uns sagen: der Generalkommissär kann gegen ein einiges Volk und ein einiges Parlament nichts ausrichten (*Sehr richtig!*), denn er kann den Apparat zwangsweise unterbinden, indem er keinem vernünftigen Vorschlage zustimmt, aber dann kommt für ihn die Frage: was an dessen Stelle setzen? Daher sage ich: gegen ein einiges Volk, gegen eine wirkliche Volksgemeinschaft ist ein Generalkommissär ebenso wie jeder andere Diktator unmöglich. (*Sehr richtig!*) Jedes Volk hat die Regierungsform, die es verdient, und wenn das Volk von Österreich mit Einschluß des Parlaments in den letzten vier Jahren eben sich nicht selber ausgerafft hat, dann müssen wir leider sagen: die Kontrolle war die Folge. Die unmittelbare Veranlassung für Genf war Ihr Verhalten, meine Herren, in den Monaten Juni und Juli, wo Sie frohlockt haben, wo Sie immer erklärt haben: das darf nicht geschehen, wenn nicht vorerst dieses und jenes Gesetz bewilligt wird. In unserem Staate ist leider Gottes überhaupt der Sinn für das Mögliche verloren gegangen. Wir hatten 30.000 Arbeitslose und diese haben das Parlament zusammenhauen wollen. Im Nachbarstaate haben wir 400.000 Arbeitslose und da heißt es nur: Ruch, deutscher Arbeiter, unter der tschechischen Soldateska! Wir haben in England die ganze Zeit ein bis zwei Millionen Arbeitslose gehabt! Was möglich war, ist bei uns nicht eingesehen worden und so kommt jetzt die große Fastenzeit für das ganze Volk Deutschösterreichs. Falsch ist es, wenn man ihm das nicht sagt; falsch ist es, wenn man ausrechnet, wie viel Millionen jetzt auf jeden Haushalt kommen. Im Gegenteil, es muß heute gesagt werden und wer ein ehrlicher Politiker ist, muß es doppelt und dreifach sagen: es kommt jetzt eine Zeit, von der sich alle noch keine klare Vorstellung machen. Es werden sehr viele Opfer gefordert werden und wir werden dann erst sehen, wie arm wir im ganzen sind. Daher gibt es jetzt nur noch die eine Hauptfrage: Wie können wir uns für diese Zeit so gut als möglich wirtschaftlich einrichten? Da, glaube ich, sollte niemand von vornherein abseits stehen und Kritik üben, sondern es sollten sich alle zur Mitarbeit bereit erklären. Ich halte es für falsch, wenn die Sozialdemokraten ihre Mitarbeit an persönliche Bedingungen knüpfen. Es ist für jede Partei und so auch für die christlichsoziale Partei unmöglich, daß sie ihre besten Köpfe opfert. Es ist für ein Zusammenarbeiten im Sinne des Vaterlandes und des ganzen Volkes selbstverständlich, daß jede Partei ihre besten Männer in die Regierung entsendet. Dann muß ihr aber auch die Auswahl vorbehalten sein. Wenn Sie aber sagen: Seipel darf auf keinen Fall dabei sein, der ist ein Vaterlandsverräter, so

säen Sie eine Saat, die niemals zu guter Frucht führen kann, so säen Sie Haß und Mißtrauen und kommen damit natürlich nicht zu einem Zusammenwirken. Dieses Zusammenwirken in den nächsten zwei Jahren und darüber hinaus, läge aber meines Erachtens ganz besonders im Interesse gerade der industriellen Arbeiterschaft. Denn die Industrie hat zweifellos eine schwere Zeit vor sich und man wird sehen, unter wie ungünstigen Produktionsbedingungen sie arbeitet. Sie muß einen großen Teil des Rohmaterials aus dem Auslande beziehen, wir sind teilweise technisch noch im Rückstande, teilweise ist die Arbeitsintensität viel zu gering. All das zusammen wird wahrscheinlich eine Wirtschaft- und besonders eine Industriekrise herbeiführen. Jede Krise kann aber nach besten Kräften gemildert oder gemildert werden, wenn alle erwerbenden und arbeitenden Stände zusammenwirken. Daher geht mein Ruf, gerade weil ich mir bewußt bin, daß ich mehr in der Mitte stehe, auch nach der linken Seite dieses Hauses, nicht von vornherein Bedingungen zu stellen, die für die andern Parteien unannehmbar sind, sondern es sich wohl zu überlegen, welche schwere Folgen für die von Ihnen vertretenen Arbeiterschaft ein fruchtloses Verneinen, eine Opposition um jeden Preis haben muß. Ich sage das, weil ich glaube, daß in den zwei Jahren zwar nicht die dauernde Rettung des Staates herbeizuführen ist — die ist nach meiner Überzeugung mit diesem Produktionsapparat, mit diesen Grenzen unmöglich; man wird das nach zwei Jahren nach meiner festen Überzeugung deutlicher als jemals erkennen, daß wir unbedingt zu unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit die Eingliederung in ein großes Wirtschaftsgebiet, in das Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches, brauchen. Aber ich frage mich: Was ist die große Gefahr. Werden diese 500 Millionen uns in Zukunft wieder belasten und in der Zwischenzeit verbraucht sein, wie die früheren Kredite oder sollen wir wenigstens Frucht daraus ziehen, soll der Produktionsapparat gebessert, soll die landwirtschaftliche Produktion gehoben, sollen die Wasserkrafts ausgebaut werden und neue Industrien erstehen können? Denn wir werden die Sanierung unseres Geldwesens, den steigenden Geldwert nur dann extragen, wenn wir zu gleicher Zeit in eine aufsteigende wirtschaftliche Bewegung kommen; wenn wir in eine absteigende wirtschaftliche Bewegung, wenn wir in Krisen kommen, dann werden diese Kredite ganz zweifellos wieder spurlos in das berühmte österreichische Taß verschwinden, daß keinen Boden hat und wo man keinen Erfolg eines Opfers sieht.

Unsere Überzeugung ist nach wie vor dieselbe: Wir wollen offen bei allem mitarbeiten, wir wollen gerne und freudig mit tun, wenn es gilt, das deutsche Volk auf deutschem Grunde, in dieser

Ostmark sicherzustellen nach wie vor bleibt unsere Hoffnung aber aufrecht, daß es nach einer Spanne Zeit möglich sein muß, trotz aller Hindernisse und Gefahren den Zusammenschluß mit dem gesamten deutschen Volk herbeizuführen. Unterdessen haben wir reichlich und viel Arbeit zu leisten, und gleichwichtige Arbeit der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter. Darum wären gerade die zwei Jahre, die vor uns liegen, ein Prüfstein, ob der süddeutsche Stamm der Deutschösterreicher imstande ist, soweit es möglich ist, sich zu einem gesunden wirtschaftlichen Leben emporzuarbeiten. Gelingt es uns in diesen zwei Jahren, die Lebenskraft des Volks zu stärken, es innerlich und auch moralisch wieder aufzurichten, dann braucht es uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Die Republik Österreich wird nach meiner Überzeugung früher oder später zerfallen. Unzerstörbar aber ist mein Glaube an die Lebenskraft des geeinigten deutschen Volks. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kunschak.

Abgeordneter Kunschak: Hohes Haus! Der erste Redner der Opposition, Herr Dr. Renner, hat die Behauptung aufgestellt, daß die Genfer Konvention von uns mit schmunzelnden Behagen begrüßt werde. Ich will diese Behauptung zurückweisen und ihr gegenüber feststellen, daß wir uns der dankenswerten und aller Anerkennung werten Arbeit vollständig bewußt sind, die unser Bundeskanzler geleistet hat, daß wir aber darüber nicht übersehen, daß diese Konvention unserem Volk und allen Ständen in diesem Lande Opfer auferlegen wird, von deren Schwere, wie der unmittelbare Herr Vorredner sagte, sich die wenigsten noch eine Vorstellung machen. Die Situation, in der wir uns befinden, kann wirklich nicht anders gekennzeichnet werden als mit dem Wort: Nun wird es bitterer Ernst! *(Sehr richtig!)* Was wir bis jetzt in diesem Österreich erlebt haben, das hat den Ernst sehr stark vermissen lassen. *(So ist es!)* Es waren für die einzelnen Bevölkerungsschichten schwierige Zeiten, insbesondere für die Arbeiterschaft, schwierige Zeiten, die aber immer wieder überwunden worden sind durch eine Politik, die nicht auf das Ganze und nicht auf die Zukunft, sondern nur auf den Augenblick und die Not des Tages Bedacht genommen hat *(Sehr richtig!)*, eine Politik, die Raubbau an den volkswirtschaftlichen Kräften Österreichs war, Raubbau auch an dem Intellekt unseres Volks. Alle die Maßnahmen, die in früherer Zeit getroffen worden sind — Verbilligung des Brotes, indem man staatliche Zuschüsse gewährte, und ähnliche Einrichtungen — waren ja doch nicht eine ernste, auf das Lebensinteresse des

Volks abgestellte Politik, sondern nur die Politik des Tages. Nur heute noch darüber hinauskommen! Was morgen geschehen wird, wird sich noch erweisen! Wir haben dem Volk auch den Ernst seiner Situation durch eine Reihe von Kreditaktionen, die unternommen worden sind, verdunkelt.

Wenn heute Herr Dr. Renner darauf verwiesen hat, daß es ihm gelungen ist, Lebensmittelkredite zu bekommen, so ist das richtig und niemand wird das Verdienst daran irgendwie schmälern wollen. Aber ebenso richtig ist, daß durch diese Lebensmittelkredite dem Volk die wahre Sachlage verschleiert worden ist. Es war auch die Handels- und Wirtschaftspolitik, die wir getrieben haben, auch auf Augenauswischerei abgestellt. Wir haben einen Zustand geduldet, der die restlose Ausnutzung der Not unseres Landes und unserer Volkswirtschaft zur scheinbaren Behebung der Not benützt hat. Die Exportpolitik, die wir getrieben, hat künstlich eine Konjunktur geschaffen, die niemandem zum Vorteile gereicht hat, außer jenen Schiebern, die bei jedes vaterländischen Gefühls und bei jedes sozialen Empfindens nie daran gedacht haben, in Österreich ihre Heimstätte aufzuschlagen und mit den Österreichern gemeinsam Leid und Freude zu teilen. Wir haben der Arbeiterschaft eine blühende Konjunktur vorgegaukelt und wir haben durch diese scheinbar blühende Konjunktur auch in die Lohnpolitik der Arbeiterschaft einen Geist hineingetragen, der sich als verderblich erweist. Wir haben den Branchenegoismus großgezögert und wir sind selbst schuld daran, daß sich unter der Arbeiterschaft eine Umschichtung vollzogen hat, die das unterste zu oberst und die obersten und intelligentesten Arbeiter zu unterst gestoßen hat. *(Zustimmung.)* Was ich schon einmal in diesem Saale gesagt habe: Wenn es in Österreich dazugekommen ist, daß man die frühere sogenannte Aristokratie der Arbeiterschaft, das graphische Gewerbe, zu den Heloten im Produktionsprozesse herabgedrückt hat, so war es die Schuld derjenigen, die die Verantwortung für die Produktions- und Exportpolitik, die auf dem Sinken der Krone, auf dem Elend des Volkes aufgebaut war, zu tragen haben. *(Zustimmung.)*

Der ganze Trug bricht jetzt entzwei. Es ist klar: eine solche Wirtschafts- und Handelspolitik läßt sich auf die Dauer nicht halten. Alle Hilfsmittel sind erschöpft und es mußte daher dieser Trug entzweibrechen in dem Augenblicke, wo unsere Krone den tiefstmöglichen Stand erreicht hat und die Gefahr nicht mehr besteht, daß sie noch weiter sinkt, sondern, so widerspruchsvoll es klingen mag, die Gefahr in Erscheinung tritt, daß die Krone etwa an Kaufkraft gewinnen könnte. Bei diesem Zustande sind wir angelangt. Wir haben die Krone am tiefsten Punkte, wir haben die Spannung, die sich in der Weltmarktkonkurrenz daraus ergeben hat, rücksichtslos

ausgenutzt, haben sie in Konjunkturgewinne und Konjunkturlöhne umgesetzt, ohne dabei irgend etwas für den Staat und die Allgemeinheit abfallen zu lassen und das Ergebnis ist, daß man jetzt vielfach hören kann: die Aktion Seipel wäre sehr gut, wenn sie nur die Gefahr nicht brächte, daß etwa gar unsere Krone im Werte steigt, und die andern wieder, die etwas milder denken, sagen: Wenn sich nur das Steigen des Kronenwertes nicht allzu sprunghaft vollziehen möge. Die Tatsache, daß man heute vor der Besserung des Kronenwertes zittert, zeigt, wie verkehrt die Politik gewesen ist, die die Republik Österreich seit ihrem Bestande betrieben hat.

Daß man von dieser Politik abgegangen ist, daß man versucht hat, einiges abzubauen, ist richtig und der Herr Präsident Seitz hat sich sehr viel darauf zugute getan, daß man die Lebensmittelzuschüsse abgebaut hat. Jawohl, die Lebensmittelzuschüsse hat man abgebaut; aber vergessen Sie nicht: man hat da nur eine Umschreibung auf den Konten vorgenommen. Man hat diese Zuschüsse vom Ausgabenkonto des Finanzministeriums abgebaut und hat sie auf das Ausgabenkonto unserer Volkswirtschaft übertragen. *(Abgeordneter Seitz: Sie wissen, daß das heute nach den Kollektivverträgen in die Löhne einbezogen ist!)* Diese Tatsache wollte ich konstatieren. Ich bin froh, daß Sie das gleich so begriffen haben. *(Heiterkeit. — Abgeordneter Seitz: Aber bei Ihnen sehe ich einen gewissen Mangel! Ich kann Ihnen das Kompliment nicht zurückgeben!)* Möglicherweise. Ich muß mich also mit der Kränkung bescheiden.

Meine verehrten Frauen und Herren! Die Tatsache besteht, daß die Wirtschaftspolitik, die wir getrieben haben — bis hinein in die Lohnpolitik der Gewerkschaften — eine total verkehrte gewesen ist. Wenn Sie in Ihrer eigenen Gewerkschaftsliteratur nachlesen — allerdings bei uns, wo die schärfste Zensur wirkt, ist das weniger der Fall, aber in Deutschland, wo auch mehr Freiheit für sozialdemokratische Schriftsteller und Volkswirtschaftler besteht *(Heiterkeit)*, werden sie schon über diese Dinge ganz merkwürdige Sachen erfahren.

Wir wissen, daß dadurch, daß jetzt die Kreditaktion aktuell geworden ist, und zur Tat zu werden scheint, wenn nicht wir sie hier wieder zerstören, daß in diesem Augenblick das Trugbild, das bisher unserem Volk vorgegaukelt worden ist, das vielfach unser Volk sich selbst vorgegaukelt hat, entzwei bricht und daß die ganze nackte, erschreckende Wirklichkeit unserer volkswirtschaftlichen Armut und unserer politischen Ohnmacht den Leuten klar wird. Es wird wie Schuppen von ihren Augen fallen, wenn sich jetzt die Dinge im Sinne dieser Konvention weiterentwickeln, wenn wir jetzt unter dem Zwang eines ausländischen Kommissärs dazukommen müssen,

zunächst einmal Bilanz zu machen in unserer Hausrechnung und dann versuchen müssen, diese Rechnung wieder aktiv zu gestalten. Und wir, die wir die Psyche des Volkes doch auch einigermaßen kennen, wir wissen, daß es ein bitterer Augenblick sein wird, der Augenblick des Erwachens aus den bösen Träumen, in denen vier Jahre lang das Volk dahin gelebt hat. Wir wissen auch ganz gut, daß sich viel von dem, was sich da an Schwierigem, an Unangenehmem für die Volksmassen ergeben wird, umsetzen wird in politische Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen diejenigen, die diese Konvention herbeigeführt, die Schicksalsstunde Österreichs hervorgerufen haben. Wir wissen ganz gut, daß das ganz von selbst kommen wird, und wir wissen natürlich auch, daß das, um mich etwas trivial auszudrücken, für die Demagogen von Beruf eine gemähte Wiese ist, auf der sie ihr Unkraut säen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Deshalb ist uns der Ernst der Stunde durchaus gegenwärtig und es fällt uns nicht ein, etwa mit schmunzelndem Behagen die Errungenschaften des Kanzlers zu begrüßen. Wir begrüßen sie mit dem ganzen sittlichen Ernst, mit dem jeder echte und wahre Österreicher, jeder echte und wahre Volksheld diesen Wendepunkt in der Geschichte Österreichs und im Geschicke seines Volkes nur begrüßen darf. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Hohes Haus! Wenn uns Herr Dr. Renner vorgeworfen hat, daß wir eine Aktion unternehmen, die auf fremde Hilfe rechnet, statt auf Selbsthilfe uns zu verlassen, dann möchte ich dem gegenüber nur feststellen, daß das ja die entscheidende Frage ist: Sind wir in der Lage, uns selbst zu helfen? *(So ist es!)* Wenn Sie mir einen lückenlosen Beweis dafür erbringen, dann sage ich Ihnen, daß ich den geringen Einfluß, den ich in der Partei besitze, gern dazu verwenden will, um hintanzuhalten, daß die Abmachungen von Genf Tatsache werden. *(Zwischenrufe.)* Wenn eine Möglichkeit der Selbsthilfe bestünde; aber diese Möglichkeit muß man uns mindestens mit so viel Sicherheit verbürgen, wie die Kredite in der Genfer Konvention sichergestellt sind. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenruf.)*

Ich kann den vagen Hinweis darauf, daß es in Österreich noch reiche Leute gibt, nicht als eine solche Garantie betrachten. Gewiß gibt es in Österreich noch reiche Leute, Leute, denen man etwas wegnehmen könnte, obwohl das Verhältnis von ehemals heute sich ganz gewaltig geändert hat. Sie werden im Verlaufe dieses Appells an die Reichen der Jetztzeit noch auf so manchen stoßen, der Ihnen dann sagen wird: Sehr schön, ich habe euch gern, euch Österreicher, aber ich bin ein Italiener! *(Heiterkeit.)* An diese Reichen kommen Sie, so wie bei der Zwangsanleihe, auch mit dem Notopfer für den Staat nicht heran. Der hodenständige Reichtum

ist leider zusammengeschmolzen wie der Schnee in der Maiensonne und das, was als neuer Reichtum aufgetrieben ist, aus dem aufgewühlten Boden des Kriegslebens und dem sumpfigen Boden der Umsturzzeit, das sind eben nur Sumpfpflanzen, die nicht tragen, sondern nur zehren, Schmarozerpflanzen, die man zum Aufbau nicht brauchen kann. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Aber schließlich und endlich liegen die Dinge auch hier so: Was wollen Sie uns denn mit der Tatsache beweisen, daß es reiche Leute gibt und daß Sie den reichen Leuten ein bißchen energisch an den Geldbeutel greifen wollen? Was wollen Sie uns nach dem russischen Experiment noch damit beweisen? Hat nicht die russische Regierung zugegriffen, wie Sie es nicht einmal zu denken wagen? Hat die russische Regierung nicht den Besitzenden alles weggenommen, Geld und Gut und zum Schluß auch noch das bißchen nackte Leben, damit die ehemaligen Besitzenden nicht etwa als Konsumenten an dem Volksvermögen schmarozen können? Und was ist das Ergebnis? Alles ist in Rußland verschüttet, alles ist ausgezehrt, was vorhanden war, auch die großen begehrenswerten Kirchengüter — und die russischen Kirchengüter waren enorm, das weiß die ganze Welt — sind konfisziert und ausgezehrt und der Schluß von all dem sind Millionen Hungernde, Millionen Tote aus Hunger. Mit ihren Argumenten können Sie nur Versammlungen imponieren, aber hier in einem Saale, wo gereifte und mit Verantwortung belastete Männer sitzen, sollte man derartige Mätzchen nicht vorbringen. (*Stürmischer Beifall.*)

Wir haben leider — mögen Sie das als einen Defekt an uns bezeichnen — nicht das Vertrauen, nicht den Glauben daran, daß wir uns durch Selbsthilfe retten können.

Wenn wir es gekonnt hätten, wäre es doch eigentlich schon geschehen, denn ich kann mir doch gar nicht vorstellen, daß Sie zwei Jahre hier regierten, ohne die im Volke ruhenden Kräfte der Selbsthilfe, Opferfreudigkeit und Begeisterung für die Republik, besonders im Anfangstadium der Republik, wo die Begeisterung am mächtigsten war, ausgenutzt, die Selbsthilfe mobilisiert und die Republik gegen alle Fährlichkeiten sichergestellt zu haben. (*Stürmischer Beifall.*) Es klingt übrigens ganz sonderbar, wenn Sie jetzt auf einmal die Selbsthilfe entdecken. Wenn ich mir gegenwärtig halte, was Sie früher von diesem Staat und seiner Lebensmöglichkeit gesagt haben, dann kann ich mir Herrn Dr. Renner, der heute von der Selbsthilfe gesprochen hat, nur als Freiherrn von Münchhausen vorstellen, der sich am eigenen Popf aus dem Sumpfe herausgezogen hat. (*Heiterkeit und Beifall.*)

Das Wort von der Lebensunfähigkeit Österreichs hat Herr Dr. Renner ausgesprochen. Er

hat es zum Evangelium erhoben, zur Grundlage der Friedensverhandlungen in Saint-Germain und als ein trauriges Dokument stehen diese Behauptungen in den Akten des Friedensvertrages und tragen die Unterschrift desselben Dr. Renner, der heute sagt: Wir können uns selber helfen, wenn wir es nur wollen. Sie haben das Evangelium von der Lebensunmöglichkeit Österreichs bis in die letzte Zeit hochgehalten und in die Massen hineingetragen und dadurch die gewisse „Ich pfeif' d'rauf Stimmung“ in einen großen Teil unseres Volkes erzeugt. Und jetzt, weil der grüne Neid Sie nicht schlafen läßt, daß Dr. Seipel... (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*) kommen Sie mit der Behauptung, daß wir uns nicht selbst helfen wollten, denn Seipel brauchte nur an das Volk, an die Selbsthilfe appellieren und Österreich wäre über alle Schwierigkeiten hinausgehoben, die Genfer Konvention könnte zu den historischen Akten in die Archive gestellt werden.

Hohes Haus! Es hat uns Herr Dr. Renner auch mangelndes Vertrauen zu unserem Volke vorgeworfen. Ich gebe zu, daß in großen Kreisen mangelndes Vertrauen in unser Volk besteht. Insbesondere im Ausland ist das zu verzeichnen und wir sind natürlich bei der Entscheidung von Fragen über Österreichs Geschick nicht unabhängig von dem, was die Stimmung in diesem Belang im Auslande besagt. Es gibt Leute, die in unser Volk kein Vertrauen mehr haben. Die christlichsoziale Partei, die bürgerlichen Regierungsparteien gehören zu diesen Leuten sicher nicht, denn es gehört ein starkes Vertrauen zum Volke dazu, daß man entgegen einer solchen Demagogie, wie Sie sie heute proklamiert haben, noch den Mut hat, derartige Konventionen und Rettungsaktionen für Österreich durchzusetzen. (*Zustimmung.*) Dazu gehört der unerschütterliche Glaube, daß der gesunde Hausverstand unseres Volkes die Attentate der Demagogie überwinden und aufzehren wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — *Lebhafte Zwischenrufe und Lärm.*)

Präsident (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! (*Andauernde Zwischenrufe.* — *Abgeordneter Glückel*: Sie sind doch der Meister der Demagogie! Sie dürfen so etwas nicht sagen! Das ist unerhört! — *Lärm.*) Ihr Benehmen ist unerhört! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — *Andauernde Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Kunschak (*fortfahrend*): Aber wenn Sie, meine verehrten Frauen und Herren von der Opposition, wieder einmal das Bedürfnis haben, uns Mangel an Vertrauen zu unserem Volke vorzuwerfen, schicken Sie doch um Gotteswillen einen andern als den Dr. Renner! (*Heiterkeit.*) Dann schicken Sie uns jemanden her, der zunächst Vertrauen

zu seinen eigenen Parteigenossen hat! (*Sehr gut!*) Was hier heute geschehen soll, das ist die Annahme von Krediten unter Bedingungen, die wir alle schwer finden. Sie behaupten, das ist die Annahme von Krediten unter Preisgabe und Verrat der Grundsätze, die ein österreichischer Patriot haben müsse.

Nun, hochgeehrte Herren von der Opposition, möchte ich Ihnen doch eines in Erinnerung rufen. Gar so weit scheint es mit dem Vertrauen bei Ihnen auch nicht her zu sein. Ich erinnere mich an herrliche Bilder in allen Stadtbahnhöfen von Wien, an Photographien eines industriellen Establishments: „Das Werk der Wiener Arbeiter“. Dieses Werk der Wiener Arbeiter hat Herr Dr. Renner einiger Hunderttausend holländischer Gulden wegen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und hat die Arbeiter unter die Kontrolle des Herrn Bosel gestellt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Aus dem Werke der Wiener Arbeiter ist aus mangelndem Vertrauen des Herrn Dr. Renner zur Opferfreudigkeit der Wiener Arbeiter eine Aktiengesellschaft geworden. Während die ganze Welt gemeinwirtschaftliche Anstalten gründet, haben Sie eine gemeinwirtschaftliche Anstalt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und haben diese der Kontrolle eines einzelnen Privatkapitalisten, noch dazu eines der erfolgreichsten Kriegsgewinner, unterstellt. Da muß es mit dem Vertrauen zu den eigenen Leuten verdammt windig im Herzen des Dr. Renner ausschauen. (*Beifall.*)

Ich möchte weiters feststellen, daß Sie auch zum christlichsozialen Finanzminister, wie zum sozialdemokratischen Finanzminister der Gemeinde und zum christlichsozialen Finanzminister des Landes Niederösterreich und des Landes Oberösterreich mehr Vertrauen haben als zur Opferfreudigkeit Ihrer Parteigenossen, denn Sie haben sich nicht von Ihren Parteigenossen, sondern von diesen Leuten die Kreditgarantien zum Betrieb Ihrer Großeinkaufsgenossenschaft geben lassen. Herr Dr. Renner möge uns künftighin mit seinen Bemerkungen und mit seinem Urteile darüber, ob wir Vertrauen zu unserem Volke haben oder nicht, verschonen.

Es ist hier vom Präsidenten Seitz gesagt worden, daß die Redner, die bisher gesprochen haben, von der Republik nicht gesprochen haben. Er findet das als höchst bedenklich, als höchst bezeichnend. Ich wieder nicht. Ich rufe da wieder Herrn Dr. Renner als Helfershelfer auf, der gesagt hat, das Große ist es, von einer Sache nicht zu reden, aber immer an sie zu denken. (*Heiterkeit und Beifall und Händeklatschen.*) Nun auf einmal findet Herr Präsident Seitz, daß Dr. Seipel viel zu wenig von der Republik redet. Mag sein, daß ihm der Sprachgebrauch nicht ganz geläufig ist oder welche Gründe immer sein mögen, ich weiß

es nicht, ich kann ja nicht in der Seele des Professors Seipel lesen; aber ich weiß, er ist nach Prag, nach Berlin, nach Verona und zweimal nach Genf gegangen, weil er an die Republik gedacht und die Republik retten wollte. (*Lebhafter Beifall.*)

Ganz falsch ist es auch, wenn Sie uns sagen, wir seien hinausgegangen, um einen Diktator zu holen, um uns diese „schändliche“ Konvention zu holen, und wenn Sie darauf hinweisen, was die Motive des Abgeordneten Dr. Renner gewesen seien, als er nach Saint-Germain gefahren ist. Nehmen Sie den richtigen Tatbestand zur Kenntnis: Herr Dr. Renner ist nach Saint-Germain gefahren, nicht um den Friedensvertrag. Er ist nach Saint-Germain gefahren, um den Frieden für Österreich zu bringen und er hat uns den Frieden gebracht und mit diesem Frieden als eine Bedingung desselben den schändlichen Friedensvertrag von Saint-Germain, die Quelle allen Übels und allen Unglücks, unter dem Österreich heute leidet. Herr Dr. Seipel ist nach Genf gegangen, nicht um dort die Konvention zu holen, er ist nach Genf gegangen, um dort die Kredite zu holen. Wie Herr Dr. Renner den Frieden in Saint-Germain bekommen hat, so hat der Bundeskanzler die Kredite bekommen. (*Abgeordneter Leuthner: Wo sind die Kredite? Zeigen Sie sie uns!*) Mit dieser Frage, wo ist das Geld, können Sie doch wohl nur in der Kinderstube imponieren. (*Abgeordneter Leuthner: Sie haben noch keine Kredite, Sie haben nur den Kommissär!*) Wir haben weder die Kredite noch den Kommissär. (*Abgeordneter Leuthner: Aber den Kommissär haben Sie!*) Wir haben bis zum Augenblick und nicht zu unserem Vorteil leider nur den Leuthner, sonst haben wir gar nichts. (*Heiterkeit.*) Der Bundeskanzler ist nach Genf gegangen, um dort die Kredite zu erwirken. Er hat die Kredite, beziehungsweise die erforderlichen Garantien erhalten und natürlich so, wie man dem Dr. Renner in Saint-Germain gesagt hat, du kriegst den Frieden, aber nur unter Bedingungen, so hat man auch in Genf gesagt: Du kriegst die Kreditgarantien, aber nur unter den Bedingungen, die in dieser Konvention niedergelegt erscheinen. Es ist Sache des hohen Hauses, darüber zu entscheiden, ob es diese Konvention annehmen will oder nicht. Das österreichische Volk hat durch seine Vertreter die Entscheidung in der Hand, die Kredite anzunehmen und mit ihnen die Konvention, oder die Konvention abzulehnen und mit ihr die Kredite. Wenn Sie jemandem einreden wollen, daß Dr. Seipel die Kredite in Genf etwa seiner schönen Augen oder seines Prälatenkolliers wegen bekommen hat, so befinden Sie sich sehr im Irrtum. Er hat Kredite bekommen, und diejenigen, die Kredite geben, wollen sichergestellt sein. Die Österreichisch-ungarische Bank hat Ihnen die Kredite auch nicht ausbezahlt, weil der Herr Dr. Renner

Direktor der Großeinkaufsgenossenschaft ist, sondern weil Finanzminister Segur und der Landeshauptmann von Niederösterreich ihre Unterschrift unter die Garantiescheine und unter die Wechsel gesetzt haben. *(Zwischenrufe.)*

Ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe. *(Abgeordneter Leuthner: Das ist Demagogie!)* Wenn man die Widersprüche zwischen Ihren Worten und Ihren Handlungen aufzeigt, nennen Sie das Demagogie. Mögen Sie das immerhin so halten. Wir aber sind der Meinung, daß Österreich ohne Kredite nicht zu helfen ist und stehen dabei auf dem Boden, auf dem Sie bis in die jüngste Zeit auch gestanden haben. Wir sind uns in dieser Frage konsequent geblieben. Wir wissen, daß wir jetzt die Kredite bekommen, unter harten und drückenden Bedingungen. Wenn Sie sagen, es sei nur eine moralische Zwangslage, in der wir uns befinden, dann sage ich Ihnen: Ja, die moralischen Triebkräfte sind höher als die rein materiellen Triebkräfte. Wir stehen unter dem moralischen Drucke, zu wählen zwischen dem Untergange dieses Landes und der Rettung dieses Landes, wenn auch auf Grund von Bedingungen, die wir nicht leichter gestalten konnten. Wir stehen unter dem moralischen Drucke, der entstanden ist aus unserer Liebe zu diesem Lande, unserer Liebe zu dessen Volke. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* Unter diesem moralischen Drucke akzeptieren wir das, was der Bundeskanzler in Genf zum Abschluß gebracht hat, unter diesem moralischen Drucke akzeptieren wir es, in der Hoffnung, daß das wahr wird, was mein letztes Wort sein soll: Es lebe unser Vaterland! Es lebe Österreich! *(Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe. — Redner wird beglückwünscht.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Eidersch.

Abgeordneter Eidersch: Hohes Haus! Ich bedauere aufrichtig, daß wiederholt schon und so auch heute das Eingreifen des Herrn Abgeordneten Runschak die Debatte auf ein Niveau bringt, das meiner Ansicht nach dieses Hauses unwürdig ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Widerspruch und Zwischenrufe.)* Wenn sich der Herr Abgeordnete Runschak über die Wirtschafts- und Handelspolitik lustig macht, die seine Partei und die von ihr gewählten Minister betrieben haben, so mag er sich das mit seinen Parteigenossen ausmachen. Ich will darauf nicht näher eingehen. Wenn aber der Herr Abgeordnete Runschak über die Rede des Abgeordneten Dr. Renner witzelt und meint, Dr. Renner käme ihm vor wie ein Münchhausen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpfe ziehen will, so frage ich Sie, ob Sie uns ein Geschenk

gebracht haben, so frage ich Sie, ob wir ein Geldgeschenk bekommen haben. Was Sie uns bringen, ist ein Darlehensvertrag, für den wir zehn Prozent Zinsen zahlen müssen, für den wir in Gold zahlen müssen, für den wir das Wertvollste verpfänden müssen, das wir haben, und wofür wir uns noch einen ausländischen Diktator gefallen lassen müssen, einfach weil Sie nicht die Courage haben, von den Bürgerlichen Steuern zu verlangen, weil Sie selbst zu sehr Demagogen sind, um vor das Volk hinzutreten, um von dem Volke Opfer für seine Selbsthilfe zu verlangen, weil Sie sich hinter einen Diktator stecken wollen, um sich auf ihn auszureden, und weil Sie sonst noch manche reaktionäre Pläne haben. Wir müssen das, was wir bekommen, schwer bezahlen, wir müssen es schwer verzinsen, wir müssen uns also aus uns selbst heraus helfen. Nur brauchen Sie den Diktator, nur brauchen Sie jemanden, auf den Sie sich ausreden können, weil Sie entweder nicht den Mut haben oder weil bei Ihren Anhängern nicht die Moral, die für die Rettung des Staates notwendig ist, vorhanden ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lärm.)* Wir haben erst im Juli hier über den Zolltarif verhandelt. Sie haben sich geweigert, die Weinproduzentensteuer zu beschließen *(lebhafter Zustimmung)*, wodurch Sie jetzt ungeheueren Gewinne gemacht haben. Sie haben die Weinpreise so erhöht, daß der Wein Zoll lukriert war, aber Sie haben sich nicht dazu entschließen können, diese geringe Weinproduzentensteuer zu zahlen, die dem Staate wenigstens einen bescheidenen Anteil an den Gewinnen der Weinbauern gesichert hätte. Sie haben also gar keine Ursache, sich hier als diejenigen aufzuspielen, die immer bereit waren, Österreich zu retten. Sie können keinen einzigen Fall nennen, in den wir uns einer finanziellen Maßnahme widersetzt hätten, die als notwendig befunden wurde.

Wenn Sie hier von Demagogie reden, so sind Sie schon an die Versprechungen erinnert worden, die Sie in der letzten Wahlbewegung gemacht haben. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Sie haben das Volk aufgerufen, für Sie zu entscheiden, Sie werden das Volk aus dem Elend führen, in welches es angeblich durch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik geraten ist. Merkwürdigerweise waren alle Wirtschaftsminister Christlichsoziale, alle Wirtschaftsminister waren von Ihnen gestellt. Und über diese Politik machen Sie sich lustig, die Fehler Ihrer Minister machen Sie uns zum Vorwurf. Am allerwenigsten hat der Herr Abgeordnete Runschak das Recht, jemanden Demagogie vorzuwerfen, der den berühmten Anspruch und das Versprechen des billigen Mehls aus Ungarn gemacht hat. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe. — Abgeordneter Runschak: Sie lügen bewusst! — Abgeordneter Forstner: Es hat sich nicht um Mehl, sondern um Getreide für*

sechs Kronen gehandelt! Es ist beim Sechskronengetreide auch noch genug Demagogie dabei gewesen! — Anhaltende Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Wenn der Herr Abgeordnete Runschak auch noch Unternehmungen unserer Partei und der Genossenschaften in die Debatte gezogen hat, so finde ich es unter meiner Würde, ihm darauf zu antworten. (Lachen.) Ich will Ihnen nur eines sagen, daß ein hervorragender Funktionär der Österreichisch-ungarischen Bank erklärt hat, daß ihr die Giros sowohl des Staates, als auch der Länder keine Sicherheit bieten und daß die letzte Kreditaktion ohne staatliche Garantie durchgeführt wurde, weil die Österreichisch-ungarische Bank sagt, wenn die Großeinkaufsgesellschaft nicht zahlen wird, dann wird sie weder vom Staate noch vom Lande Niederösterreich, das ja ständig, wöchentlich, vielleicht täglich vom Staate alimentiert wird, ihr Geld bekommen. Sie haben also absolut keine Ursache, diese Kreditaktionen irgendwie in einer Form vorzubringen, die etwa uns diffamieren würde, denn Sie geben Ihren Bauernbanken, Sie geben Ihren Organisationen und anderen wirtschaftlichen Institutionen ebenso Garantieerklärungen und es ist selbstverständlich, daß wir diese Garantieerklärungen auch für unsere Institutionen verlangt haben. Was das in dieser Debatte zu suchen hat (lebhaftes Zwischenrufe), und zwar als Vorwurf gegen uns, weiß ich nicht und ich kann es nur als eine unerantwortliche und des Parlaments unwürdige Demagogie bezeichnen.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Runschak hat sich mit großem Pathos, mit großem Glanz gegen die Bemerkung des Abgeordneten Dr. Renner gewendet, daß Sie mit schmunzelndem Behagen in diese Aktion eintreten. Ihr Verhalten während der Rede des Herrn Abgeordneten Runschak hat gezeigt, daß Sie dieses schmunzelnde Behagen haben, daß Sie gar nicht wissen und sich dessen nicht bewußt werden, daß über die Schande Österreichs nunmehr verhandelt wird und diese Verträge eine Preisgabe Österreichs in einem Maße sind, das noch weit über dem des Friedensvertrages steht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir werden, hohes Haus, die Bevölkerung aufklären (Zwischenrufe), wir werden vor die Bevölkerung treten und sehen... (Abgeordneter Spalowsky: Sie werden unsere Versammlungen sprengen, das werden Sie tun! — Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Eldersch:** Meine Herren, Sie werden Ihre Versammlungen in Ruhe abhalten können, vorausgesetzt, daß Sie nicht die Arbeiter

zu diesen Versammlungen rufen. Da Sie keine haben, müßten dann die sozialdemokratischen Arbeiter kommen.

Hohes Haus! Wir werden das Gewissen der Bevölkerung aufrufen, wir werden sie entscheiden lassen zwischen Ihnen und uns, die wir sagen: wer ehrlichen Willens ist, gehe daran, das Werk der Selbsthilfe aufzurichten, wer aber nicht mehr die Kraft und die Moral hat, sich zu einer solchen Selbsthilfe zu bekennen, der akzeptiere diese Verträge, die Österreich zum Sklaven des Auslandes machen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist daher geschlossen.

Unter Hinweis auf meine früher abgegebene Erklärung schreite ich nunmehr zur Abstimmung. Zuerst kommt der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Renner zur Abstimmung. Soll ich ihn nochmals zur Verlesung bringen? (Rufe: Nein!)

Ich bitte daher diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Renner zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Minderheit, er ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Fink, Dr. Dinghofer und Genossen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Mehrheit, dieser Antrag ist angenommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung, das ist die Wahl von drei Mitgliedern und drei Ersatzmännern in das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Miklas, den Wahlvorschlag des Hauptausschusses dem Hause zu unterbreiten.

Berichterstatter **Miklas:** Es liegt folgender Gesamtvorschlag des Hauptausschusses für das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten Hölzl, Partik, Dr. Schürff.

Als Ersatzmänner die Frau Abgeordnete Seidel, Abgeordneter Birbaumer und die Frau Abgeordnete Stradal.

Präsident: Wünscht jemand zu diesem Wahlvorschlage das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich

4448

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1922.

über diesen Wahlvorschlag abstimmen lassen. *(Nach einer Pause:)* Eine Einwendung wird nicht erhoben.

Ich ersuche daher diejenigen Damen und Herren, die dem mitgeteilten Wahlvorschlag des Hauptausschusses zustimmen, sich von den Sizen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Wenn keiner der Gewählten die Wahl ablehnt, nehme ich an, daß die Damen und Herren bereit sind, die ihnen übertragene Funktion zu übernehmen. *(Nach einer Pause:)* Es lehnt niemand ab, die Gewählten nehmen somit die Wahl an.

Die heute eingebrachten Vorlagen der Bundesregierung werde ich — wenn von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird — sofort zuweisen, und zwar:

Die Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Durchführung von Investitionen bei den Bundesmontanbetrieben (1226 der Beilagen),

betreffend die Mündelsicherheit der fünfprozentigen Hypothekarschuldverschreibungen des Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft-Anlehens (1228 der Beilagen),

und die Vorlage der Bundesregierung über ein Bundesgesetz, betreffend den weiteren Bestand der im Abbaugesetz eingesetzten paritätischen Kommission (1227 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschusse.

Es wird kein Widerspruch erhoben.

Ferner werde ich folgende Anträge zuweisen:

1222 der Beilagen dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht;

1219 und 1221 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschusse;

1220 und 1223 der Beilagen dem Justizauschusse;

1224 der Beilagen dem Heeresauschusse.

Es erfolgt ebenfalls kein Widerspruch, ich werde demgemäß vorgehen.

Außerdem werde ich den in der heutigen Sitzung eingebrachten Antrag des Abgeordneten Hanusch und Genossen, betreffend die Verlängerung des Lebensmittelabbaugesetzes (1233 der Beilagen), falls keine Einwendung erhoben wird, sofort zuweisen, und zwar dem Finanz- und Budgetausschusse. *(Nach einer Pause:)* Eine Einwendung wird nicht erhoben, der Antrag Hanusch ist zugewiesen.

Ich bitte ferner, die Vorlage der Regierung, betreffend die Genfer Konvention, ebenfalls zuweisen zu dürfen.

Zu dieser Frage hat sich Herr Abgeordneter Miklas zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Miklas: Ich beantrage die Einsetzung eines 26gliedrigen Sonderausschusses für die Beratung der Genfer Konvention; für den Fall der Annahme meines Antrages bitte ich das hohe Haus, den Wahlvorschlag mündlich erstatten zu dürfen.

Präsident: Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß das hohe Haus mit der Zuweisung einverstanden ist. *(Nach einer Pause:)* Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte daher über den Antrag Miklas, das hohe Haus möge beschließen, einen eigenen 26gliedrigen Sonderausschuß einzusetzen, sofort durch Abstimmung zu entscheiden. Diejenigen Damen und Herren, welche für diesen Antrag sind, bitte ich, sich von den Sizen zu erheben. *(Geschicht.)* Dieser Antrag ist genehmigt.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Miklas den Antrag gestellt, noch in der heutigen Sitzung die Wahl vorzunehmen. Ich bitte nunmehr um Erstattung des Wahlvorschlages.

Abgeordneter Miklas: Die Liste ist zwischen den Parteien vereinbart. Es sind vorgeschlagen als Mitglieder die Herren Abgeordneten: Dinghofer, Schürff, Clessin, Schönbauer, Weiskirchner, Mataja, Heisl, Miklas, Kollmann, Gürtler, Gimpl, Födermayr, Ramek, Steinegger, Fink, Paulitsch, Adler, Bauer, Danneberg, Eisler, Elbersch, Hanusch, Leuthner, Renner, Schiegl, Seitz;

als Ersatzmänner: Pauly, Schmidt, Bichl, Lanner, Krüßner, Waiz, Eisenhut, Volkert, Partik, Spalowsky, Pirchegger, Birbaumer, Wollek, Geisler, Dostal, Niedrist, Allina, Austerlitz, Domes, Ellenbogen, Probst, Sailer, Scholz, Sever, Tomischik, Witternigg.

Präsident: Wünscht jemand zu diesem Wahlvorschlag das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Wahlvorschlag genehmigen wollen, sich von den Sizen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Wahlvorschlag ist genehmigt.

138. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1922.

4449

Ich erlaube mir, die neugewählten Ausschußmitglieder zu ersuchen, sich morgen den 13., $\frac{3}{4}$ 10 Uhr vormittags, im Saale I zur Konstituierung einzufinden.

Ich schreite zum Schluß der Sitzung.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Mittwoch, den 18. Oktober d. J., 3 Uhr nachmittags.

Die Bekanntgabe der Tagesordnung behalte ich mir vor.

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr 25 Minuten abends.

